Mittwoch, 31. August 1983 - D ***

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 202 - 35.W.- Preis 1.20 DM - 1 H 7109 A

Axel Springer Verlag AG. Postf. 10 08 64. 4300 Essen 1. Tel. 0 20 54 / 10 11
Wichtige Telefon-Nummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 28) 304-1 / Anzeigenannahme Kettwig (0 20 54) 10 15 24 / Vertriebsabteilung Hamburg (040) 347-1 – Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

Belgien 36,00 bfr. Dänemark 8,00 dkr. Frankreich 6,50 F. Griechenland 90 Dr. Großbritannien 65 p. Italien 1300 L. Jugoslawien 100,00 Din. Luxemburg 28,00 lfr. Niederlande 2,00 hfl. Norwegen 7,50 nkr. Österreich 12 öS. Portugal 100 Esc. Schweden 6,50 skr. Schweiz 1,80 sfr. Spanien 125 Pts. Kanarische Inseln 150 Pts.

TAGESSCHAU

POLITIK

Begin sucht Nachfolger: Die Entscheidung des israelischen Ministerpräsidenten Begin zum Rücktritt ist endgültig. Formell gibt Begin sein Amt aber erst nach Regelung der Nachfolgefrage ab. Die Reise von Bundeskanzler Kohl nach Israel ist verschoben worden. (S. 1)

Dänemark fest: Außenminister Ellemann-Jensen bekennt sich bei Gesprächen in der „DDR" eindeutig zum NATO-Doppelbeschluß.

Lob für Strauß: Kanzleramtschef Schreckenberger verteidigt in der „Quick" die Aktivitäten des CSU-Vorsitzenden Strauß: „Was aus München kam ist konstruktiv, auch wenn es kritisch ist."

Nachfolger: Berlins Regierender Bürgermeister von Weizsäcker schlägt den 60jährigen Baufachmann Klaus Franke zum Nachfolger des ausgeschiedenen Bausenators Rastemborski vor.

Mutterschaftsgeld: Die Arbeitnehmergruppe der CDU/CSU-Fraktion stellt sich gegen die geplante Kürzung des Mutterschaftsgeldes.

Jahrestag: Auf Flugblättern ruft die verbotene Gewerkschaft Solidarität zu friedlichen Kundgebungen in Warschau zum Jahrestag der Danziger Abkommen auf.

Genscher-Appell: Der Außenminister appelliert im ZDF an die Sowjetunion, die gegen Westeuropa gerichteten Mittelstreckenwaffen abzubauen. Neue Briefe Andropows zum Raketenthema an Kanzler Kohl, Premierministerin Thatcher, Präsident Mitterrand, die Regierungschefs Spaniens, *Italiens und* Schwedens. (S. 8)

Rückzug verschoben: Israel *stimmt auf Bitten der USA zu,* seinen Teilrückzug aus den Schuf-Bergen und dem Raum Beirut zu verlegen, berichtet der staatliche Rundfunk. Kämpfe in Beirut dauern an. USA sehen UdSSR und Syrien hinter den Feuerüberfällen *auf* US-Truppen in Beirut. (S. 8)

Arbeiter-Protest: Gegen die geplante Schließung der Bremer Werft „Weser" haben 2000 Belegschaftsmitglieder vor dem Bremer Rathaus protestiert. In Oberhausen demonstrierten 15 000 Personen gegen die geplante Aufgabe der Grobblechstraße der Thyssen Stahl AG, wodurch 1500 Arbeitsplätze gefährdet werden. (S. 3)

Heute: Kabinettsitzung unter Leitung von Bundeskanzler Kohl in Bonn. – Dritter Jahrestag der Danziger Abkommen zwischen Polens Machthabern und der Solidarnosc. – Urteil im Herstatt-Prozeß angekündigt.

ZITAT DES TAGES



„Ich bin durchaus dafür, die Städte da von Arbeiten zu entlasten, wo Privatfirmen besser arbeiten und wo der Dienst am Bürger nicht betroffen ist."

Dortmunds Oberbürgermeister und Städtetag-Präsident Günter Samtlebe (SPD) in *„Weltbild"* zur Privatisierung öffentlicher Aufgaben.

FOTO: WITSCHEL/DPA

WIRTSCHAFT

US-Handelsbilanz: Im Juli Defizit von 6,36 Milliarden Dollar ausgewiesen; in den ersten sieben Monaten 1983 Fehlbetrag von 33,6 Milliarden Dollar gegen 19,03 Milliarden 1982. Handelsminister Baldrige erwartet Rekorddefizit von 60 bis 70 Milliarden in 1983. (S. 9)

Agrarreform „abwegig": Für unzumutbar und abwegig hält Bauernverband-Präsident Heereman die Vorschläge der EG-Kommission zur Agrarreform. – Ernte im Bundesgebiet besser als bei der Trockenheit erwartet, schätzt Bundeslandwirtschaftsminister. (S. 9)

Rote Zahlen bei VW: Im ersten Halbjahr 1983 Konzern-Verlust von 147 Millionen Mark bei Gesamtumsatz von 20,1 Milliarden. AG-Überschuß von elf *Millionen* (Vergleichszeitraum 1982: Konzern-Plus 63 Millionen. (S. 11)

Eurofer vertagt: Der EG-Stahldachverband vertagt sich in Brüssel ohne Einigung über Quoten-Modalitäten auf den 20. September.

Zahlungsunfähig: Brasilien teilt der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ) in Basel mit, es könne die fälligen Kreditrück*zahlungen von 400 Millionen* Dollar nicht aufbringen.

Börse: Bei lustlosem Geschäft konnte sich die Mehrzahl der Standardaktien knapp behaupten. Der Rentenmarkt war leichter. WELT-Aktienindex 135,6 (135,7). Dollarmittelkurs 2,6871 (2,6803) Mark. Goldpreis pro Fein*unze 418,10 (-) Dollar.*

KULTUR

Gegen Kurzstudium: Arbeitsmarkt- und Hochschulprobleme können nicht durch geringere Qualifikation gelöst werden, erklären Arbeitgeber (BDA).

Wiederbelebung: Sowjetischen Wissenschaftlern gelingt es, 12 000 Jahre alte Mikroorganismen aus der Antarktis zum Keimen zu bringen.

SPORT

Tennis: Der New Yorker Fotograf Art Seitz hat die Wimbledonsiegerin Martina Navratilova (USA) auf zwei Millionen Dollar Entschädigung verklagt. Die Spielerin war gegen ihn tätlich geworden.

Fußball: Nach dem Verzicht auf eine Weltmeisterschafts-Kandidatur für 1990 erhofft sich der Deutsche Fußball-Bund (DFB) jetzt die Ausrichtung der Europameisterschaft 1988 in Deutschland. (S. 7)

AUS ALLER WELT

Nachtflug: Erfolgreicher Start der US-Raumfähre Challenger erstmals bei Nacht. Rückkehr am 5. September.

Badeverbot: Nach Überschwemmungen im Baskenland Giftfässer an französischen Stränden angespült. (S. 18)

Sanitäre Mängel: 27 von 67 Luxuslinern erfüllten bei Überprüfung durch US-Behörden sanitäre Ansprüche nicht. (S. 18)

Wetter: Nach Frühnebel-Auflösung sonnig; 24 bis 29 Grad. Im Südwesten zunehmend Quellbewölkung und gewittrig.

Außerdem lesen Sie in dieser Ausgabe:

Kanzler-Besuch in Israel bei „ruhiger innenpolitischer Lage"

Kohl verschob seine Reise, als feststand, daß Begin sein Amt aufgibt

MANFRED SCHELL, **Bonn**

Bundeskanzler Helmut Kohl hat seinen offiziellen Besuch in Israel verschoben, nachdem sich die innenpolitische Situation in dem Land zugespitzt hat und ein Wechsel im Amt des Ministerpräsidenten bevorsteht.

Ursprünglich wollte der Kanzler heute in Tel Aviv eintreffen; es sollte der erste Besuch *eines deutschen* Regierungschefs nach zehnjähriger Pause sein. Die Absage Kohls zeichnete sich gestern bereits um die Mittagszeit in Bonn ab, aber sie wurde erst definitiv, nachdem die Mitteilung aus Jerusalem vorlag, Ministerpräsident *Begin halte* an seiner Rücktrittsabsicht fest. Der damit verbundene Zusatz, Begin werde den Rücktritt um ein paar Tage hinausschieben, beeinflußte die Entscheidung des Kanzlers nicht mehr.

Regierungssprecher Peter Boe*nisch sagte, Bonn handele im* Einvernehmen mit den israelischen Gesprächspartnern. Der Besuch des Bundeskanzlers in Israel sei nicht auf die Unterzeichnung von Verträgen abgestellt gewesen. Vielmehr gehe es dabei um Völkerverständigung und *die Vertiefung der Beziehungen auf* breiter Basis. Vor diesem Hintergrund sei es besser, einen anderen Zeitpunkt, möglichst noch 1983, zu suchen.

Der Bundeskanzler ließ sich bei seiner kurzfristigen Absage vor allem von der Überlegung leiten, er könne als deutscher Regierungschef nicht in einer Zeit nach Israel reisen, in der sich das Land praktisch in einer *Wahlkampfsituation* befinde. Nach dem angekündigten Rücktritt von Begin richte sich das Interesse der israelischen Bevölkerung zwangsläufig auf die politische Entwicklung in Jerusalem und auf den Nachfolger Begins. Vor diesem Hintergrund kön*ne er die Aufmerksamkeit, vor allem* aber die positive Wirkung, die er mit dem Besuch in Israel erreichen wolle, nicht finden. Deshalb sei es angebracht, in einer „ruhigen innenpolitischen Lage" den Besuch in Israel nachzuholen.

Die Bundesregierung war bemüht, aus den jüngsten Ereignissen keine Belastung der deutsch-israelischen Beziehungen werden zu lassen. In Regierungskreisen war dennoch ein gewisses Befremden darüber zu spüren, daß der Kanzler über mehrere *Tage hindurch in einer Art* „Schwebepartie" gelassen worden sei. Bundesaußenminister Genscher hatte gestern morgen seinen israelischen Amtskollegen Shamir angerufen in der Hoffnung, er könne dabei Gewißheit über die weitere Entwicklung in der israelischen Regierung erhalten. Dabei bekundete Shamir, die israelische Regierung hätte Verständnis dafür, wenn Kohl absagen würde. Tags *zuvor hatte sie Bonn noch ermuntert,* auf jeden Fall an dem Kanzler-Besuch festzuhalten.

Nach verschiedenen Berichten der deutschen Botschaft wurde die geplante Vorausreise von deutschen Journalisten mit einer Sonderma*schine nach Tel Aviv zweimal* verschoben und dann auf Empfehlung von Boenisch ganz abgesagt.

Am Nachmittag gegen 15 Uhr, der Kanzler kam aus einer Koalitionsrunde, fiel dann die Entscheidung, endgültig abzusagen, zumal die Ankün*digung, Begin werde den Rücktritt* um ein paar Tage hinausschieben, nicht als Geste in der Richtung gewertet werden konnte, daß er damit den Besuch des Kanzlers ermöglichen wolle. Kohl wird wahrscheinlich vom 5. bis 10. Oktober Jordanien, *Ägypten und Saudi-Arabien* besuchen.

Begin will seiner Partei Zeit lassen

Nachfolger soll auf geordnete Art und Weise gefunden werden / Bonn war informiert

DW. **Jerusalem**

Menachem Begin hat die weitere Verschiebung seines definitiven Rücktritts vom Amt des israelischen Ministerpräsidenten mit parteiinternen Problemen begründet. Begin gab gestern bekannt, seine Entscheidung sei zwar unabänderlich, er sei aber bereit, mit dem Gang zu Staatspräsident Herzog noch zu warten, um der Koalition Gelegenheit zu geben, auf geordnete Art und Weise einen Nachfolger zu finden.

Begin sprach von einer Verschiebung um kurze Zeit. Von Teilnehmern der Kabinettsrunde wurde geschätzt, daß es einige Tage bis zwei Wochen dauern könne, ehe der Ministerpräsident sein Rücktrittsschreiben übergeben werde. *Möglicherweise* wird Begin sich heute dazu äußern.

Die Verschiebung war das einzige Zugeständnis, das der Ministerpräsident machte. Begin weigerte sich auch, den konkreten Grund seines *Rücktrittes preiszugeben. Beein*druckt zeigte er sich aber von den Argumenten seiner Anhänger, daß eine sofortige Demission der in der Opposition stehenden Arbeiterpartei eine gute Gelegenheit geben würde, durch parlamentarische Manöver eine Mehrheit zu finden, ohne sich dem Risiko von Neuwahlen auszusetzen. Dabei spielte zweifellos auch die Überlegung eine Rolle, daß Staatspräsident Herzog – der Mann, der allein den künftigen Regierungschef nominieren kann – ein altgedientes Mitglied der Arbeiterpartei ist.

Bei den Parteien in Israel beginnt ungeachtet des Taktierens von Begin bereits der Kampf um die Nachfolge im Amt des Regierungschefs. Solange Begin keine Demissionsabsicht zeigte, galt es als ein Tabu, über die Zeit nach ihm zu reden. Jetzt wird der Kampf um das Amt des Regierungschefs mit Begins Segen, aber aller Voraussicht nach nicht weniger rücksichtslos ausgetragen werden.

Gestern nachmittag war in Jerusalem niemand bereit, Fragen nach dem voraussichtlichen Nachfolger *Begins konkret zu beantworten. Die* Nachricht von der definitiven Entscheidung des israelischen Ministerpräsidenten, an seiner Rücktrittsabsicht festzuhalten, war gestern zuerst in Bonn bekanntgeworden. Staatssekretär Boenisch hatte erklärt, die israelische Regierung habe die Bundesregierung vom Entschluß des 70jährigen unterrichtet. Ein Kommentator des israelischen Rundfunks nannte es eine „absurde Situation", daß Israel von Bonn aus über die Entscheidung Begins informiert werde. „Begin – König Israels" riefen Hunderte von Menschen in Sprech*chören, als der Ministerpräsident das* Regierungsgebäude verließ und wortlos in seinen Wagen stieg.

Seine Absicht, zurückzutreten, hatte Begin am vergangenen Sonntag angekündigt. Am Montag ließ er sich in dreistündiger Aussprache mit seinen Koalitionspartnern überzeugen, seine Entscheidung noch einmal „zu überdenken". Einige führende Mitglieder der Koalition waren noch optimistisch, daß der Ministerpräsident seinen Entschluß revidiert. „Sie können jetzt, wo uns noch große Prüfungen bevorstehen, nicht abspringen", sagte beispielsweise der frühere Verteidigungsminister Ariel Sharon.

„Prawda" fordert Lohn nach Leistung

Mißbrauch des Prämiensystems in der sowjetischen Wirtschaft verurteilt

AFP, *Moskau*

In ihrer Kampagne gegen Mißstände in der sowjetischen Wirtschaft hat die Partei jetzt das System der Leistungsprämien in den Betrieben aufs Korn genommen und angeprangert, daß Sonderzahlungen praktisch unterschiedslos an „Faule und Fleißige" geleistet würden. Keine „Lohngleichheit", sondern „Entlöhnung nach Leistung", forderte das Parteiorgan „Prawda".

Das von der Partei vertretene Prinzip, wonach die Werktätigen entsprechend ihrer Leistung bezahlt werden sollen, werde in den meisten Fällen nicht angewandt, beklagt das Blatt. Der weitaus größte Teil der Arbeiter, „einschließlich der Faulenzer, der Bummler, der Krankfeierer und der Pfuscher", erhalte unabhängig von den Arbeitsergebnissen Prämien. Es reiche heute meistens aus, regelmäßig an der Arbeitsstelle zu erscheinen, um die Jahresendprämie einzustreichen, vorausgesetzt, daß der Betrieb den „Plan mehr oder weniger" erfüllt.

Das gesamte Prämiensystem wird *nach Darstellung der „Prawda" viel* zu freizügig gehandhabt. Selbst wenn Bertriebe ihre Produktionspläne zwei Jahre lang nicht erfüllten, werde den Arbeitskollektiven die Hälfte der Fonds zur Förderung der Produktivität als Prämie ausgezahlt.

Nach Angaben der Zeitung betragen die für Leistungsprämien vorgesehenen Fonds in diesem Jahr 32,4 Milliarden Rubel (rund 112 Milliarden Mark). Die ihnen zugewiesenen Beträge hätten sich in den vergangenen 15 Jahren somit verdoppelt, während die Produktivität aber nur geringfügig gestiegen sei. Damit werde die hinter dem Prämiensystem stehende Absicht, höhere Produktion und Produktivität zu belohnen, praktisch völlig ignoriert.

Als Beispiel erwähnt die „Prawda" ein großes Werk in Leningrad, in dem seit 1970 die Prämien um 83 Prozent erhöht wurden, die Produktivität seither jedoch nur um acht Prozent zugenommen habe. So etwas sei unannehmbar, weil es die „schlechten Arbeiter" belohne und die „besten Arbeiter" entmutige.

Die „Prawda" vertritt die Ansicht, daß die vom Zentralkomitee der Partei kürzlich beschlossenen Maßnahmen zu einer gerechteren Verteilung der Prämien führen werden. Das ZK will künftig zuverlässige Arbeiter mit guten Produktionsleistungen mit zusätzlichen Urlaubstagen belohnen und bei ungerechtfertigter Abwesenheit vom Arbeitsplatz den Jahresurlaub kürzen. Arbeiter, die faul sind oder häufig ohne Grund fehlen, können auf Arbeitsplätze mit geringerem Lohn versetzt werden und müssen außerdem mit einer Kürzung ihrer Prämien um die Hälfte rechnen.

In einigen Musterbetrieben soll die Direktion ab nächstem Jahr unabhängig von übergeordneten Organen Lohnprämien festsetzen und über die Verwendung vom Staat zugeteilter Investitionsmittel selbst bestimmen können. Das von Staats- und Parteichef Andropow angeregte Experiment soll zunächst zwei Jahre laufen.

Es sei an der Zeit, so die „Prawda", „daß Arbeit nicht länger als Erholung angesehen wird".

Altuns Chancen standen nicht schlecht

Selbstmord des Türken löst Kontroverse um Praxis der Asylverfahren aus

Schü./hey/DW. **Berlin/Bonn**

Für den 23jährigen türkischen Asylbewerber Kemal Altun, der gestern Selbstmord beging, stand es vor dem Verwaltungsgericht in Berlin so *gut wie nie zuvor* in seinem Bemühen, in der Bundesrepublik Deutschland als politischer Flüchtling anerkannt zu werden. Es gab keinen Hinweis darauf, daß der Einspruch gegen den Auslieferungsbeschluß aussichtslos sein würde.

Doch Altun verlor offenbar die Nerven und stürzte sich aus dem sechsten Stock des Berliner Verwaltungsgerichts. Dort war über den Einspruch des Bundesbeauftragten für Asylangelegenheiten, Hans Reichler, gegen die im *Juni* vom *Bundesamt* für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge ausgesprochene Asylberechtigung Altuns verhandelt worden. Das Bundesamt hatte die Anerkennung von Altun als Asylberech*tigter vor allem damit begründet, daß* ihn im Falle seiner Auslieferung in der Türkei Maßnahmen erwartet hätten, die einer politischen Verfolgung gleichkämen.

Die türkischen Behörden beschuldigten Altun, an einem Mordanschlag gegen den ehemaligen Minister Gün Sazak beteiligt gewesen zu sein. Die Bundesregierung bewilligte die Auslieferung, nachdem das Berliner Kammergericht keine Bedenken erhoben und die Auslieferung angeordnet hatte.

Das Berliner Verwaltungsgericht hatte den Justizbehörden und dem Berliner Kammergericht vorgeworfen, sie hätten die Vorbereitung des Verfahrens erschwert. Auch wurde gerügt, daß das Kammergericht Altun selbst nicht angehört hatte.

Der Freitod Altuns hat zu Kontroversen über die Praxis der Asylgewährung geführt. Die Bundesregierung hat mit Betroffenheit auf den Selbstmord Altuns reagiert und die Verzweiflungstat ausdrücklich bedauert. Nach ihren Worten ist der Freitod auch deshalb tragisch, weil in diesem Fall die Schwierigkeiten deutlich geworden seien, die im Spannungsverhältnis zwischen Asylgewährung und Auslieferung gerade gegenüber der Türkei aufträten.

Dagegen sprach der SPD-Abgeordnete Karsten Voigt von einer „politisch-moralischen Mitverantwortung" der Bundesregierung. Die Grünen im Bundestag forderten den Rücktritt von Innenminister Zimmermann.

Seite 2: Der Selbstmord vor Gericht

DER KOMMENTAR

Begins Gründe

HERBERT KREMP

Der Israel-Besuch des Bundes*kanzlers ist nun endgül*tig der Regierungskrise zum Opfer gefallen. Begin tritt zurück. Seine Ära ist zu Ende. Der Schwebezustand, das Zögern und Finassieren der letzten Tage ist in der innenpolitischen Situation Israels begründet. Der sofortige Rücktritt hätte das Gesetz des Handelns auf den Staatspräsidenten übertragen, der aus der oppositionellen Arbeiterpartei stammt, und auf *die Knesset, wo der Likud-*Block nur noch eine knappe, brüchige Mehrheit besitzt. Eine israelische „Wende" wäre möglich geworden.

Zu den aussichtsreichsten Nachfolge-Bewerbern zählen der stellvertretende Premierminister Levy und Außenminister Shamir. Beide gehören der Partei Begins an, die sich über die auszuwählende Person nicht einig ist. Das Zentralkomitee der Herut zieht Levy vor, die Herut-Fraktion, also die Praktiker, Yitzhak Shamir. Darüber gibt es Streit – auch Israel kennt die Einrichtung des Sommertheaters. Menachem Begin, an schwierige Regie gewöhnt, wartet mit dem entscheidenden Gang zum Staatspräsidenten, bis der Vorhang fällt. Er sitzt den Krach aus, damit die Macht erhalten bleibt.

Mit dem deutschen Besuch im besonderen und deutschem Wesen im allgemeinen hat Begins Taktieren also nichts zu tun. Der Premier hat andere Sorgen, obwohl ihn persönlich die vom Vorgänger Rabin überlieferte Einladung an Schmidt, der nicht kommen wollte, und Kohl, der gern gekommen wäre, sicher nicht in Euphorie versetzte. Auch die zeitliche Überschneidung der Termine dürfte eine rein zufällige sein. Das beeinträchtigt freilich nicht das *Gerücht und einen gewissen* Mißmut am Rhein, der in dem beschwerenden Ereignis begründet sein mag, daß reisefertige Journalisten und Beamte ihre Koffer wieder auspacken mußten.

Manche haben dem Kanzler zur Reise geraten, weil er sich schließlich nach Israel begeben wollte und nicht zu einem Premier, und weil nach zehn Jahren Kontaktpause die Zeit zu drängen beginnt. Nun hat der Bundeskanzler ins Feld geführt, daß er sich der innenpolitischen Auseinandersetzung des Gastlandes fernhalten wolle und das natürlicherweise *obwaltende Stimmengewirr* dem Dialog nicht nützlich sei. Man wird Kohls Gründe respektieren, zumal jeder weiß, daß der Kanzler den Besuch nachholen wird, sobald die Regierungskrise beendet ist.

SPD-Politiker: Teilweise privatisieren

DW. **Augsburg**

Der Gedanke einer teilweisen Privatisierung kommunaler Dienstleistungen ist jetzt auch von einem sozialdemokratischen Politiker ins Gespräch gebracht worden. Der Präsident des Deutschen Städtetages, der *Dortmunder Oberbürgermeister* Günther Samtlebe, gab in einem Interview der Zeitschrift „Weltbild" vorsichtig Sympathien für diese bislang vornehmlich von CDU-Politikern erhobene Forderung zu erkennen.

Samtlebe sieht in der Privatisierung einiger Dienstleistungsbereiche einen möglichen Weg für die Städte, aus den hohen Schulden herauszukommen. „Die Privatisierung ist ein gangbarer Weg in solchen Bereichen, wo es sich nicht um unmittelbare Dienstleistungen für den Bürger handelt. Warum sollte beispielsweise die Reinigung der Büros nicht von einer privaten Firma durchgeführt werden?" Es gebe zweifelsohne Bereiche, in denen die private Wirtschaft leistungsfähiger sei.

Zur Frage eines neuen Finanzierungssystems sagte Samtlebe, entscheidend sei für Städte und Kommunen, daß an der Gewerbesteuer nichts verändert werde. Die Verantwortlichen in Bund, Ländern und Städten müßten ferner über ein Finanzierungssystem nachdenken, das Stetigkeit und Sicherheit der Einnahmen schaffe. Ferner müsse es steuergerecht und konjunkturabhängig sein. Die Wertschöpfungssteuer sei in diesem Zusammenhang ein interessanter Vorschlag, betonte Samtlebe.

Hamburgs SPD nimmt Palmes Vorschlag auf

HERBERT SCHÜTTE, **Hamburg**

Der Landesvorstand der Hamburger SPD lehnt die Stationierung neuer amerikanischer Mittelstreckenraketen – auch in der Form einer Zwischenlösung – ab. In einer Erklärung nach einer Sitzung des Landesvor*standes hieß es, der gegenwärtige* Verhandlungsstand in Genf sei nicht akzeptabel. Ohne weitere Verhandlungen der Großmächte werde in Europa ein Rüstungswettlauf beginnen, und die Abrüstungsverhandlungen würden für lange Zeit abgebrochen.

Das Führungsgremium der hanseatischen Sozialdemokraten verlangt in einem Beschluß, der dem Landesparteitag am 22. und 23. September als Beitrag der Hamburger SPD für den Bundesparteitag vorgelegt werden soll, daß sowohl die Stationierung zusätzlicher Mittelstreckenwaffen der USA verhindert als auch die Zahl sowjetischer SS-20-Raketen drastisch abgebaut wird.

Der Landesvorstand – mit der Forderung der Parteilinken nach Erklärung Hamburgs zur atomwaffenfreien Zone konfrontiert –, griff den Vorschlag der schwedischen Palme-Kommission auf. Er sieht die schrittweise Einführung einer nuklearfreien Zone in Europa auf beiden Seiten der Trennlinie zwischen NATO und Warschauer Pakt in einem Streifen von jeweils 150 Kilometer Breite vor.

Auf diese Weise konnte der Landesvorstand die Forderung unterlaufen, Hamburg ausdrücklich zur atomwaffenfreien Zone zu erklären und damit ein Präjudiz zu schaffen.

Seite 2: Palme als Zuflucht

Streit zwischen Kreisky und Androsch droht auszuufern

Neue Schimpfe des Ex-Kanzlers / SPÖ sorgt sich ums Image

AFP/DW. **Wien**

Die Fehde zwischen dem ehemaligen österreichischen Bundeskanzler Bruno Kreisky und seinem einstigen „*Kronprinzen" und Finanzminister* Hannes Androsch nimmt immer schärfere Formen an. In einem Interview für die „Wochenpresse" erklärte Kreisky jetzt: „Er (Androsch) ist leider ein sehr mieser Charakter." Er sei dagegen, daß Androsch in die Politik zurückkehre, „solange ich lebe".

In einer Stellungnahme dazu sagte Androsch dem „Kurier", daß sich Kreiskys „Argument von selbst vernichtet". „Wenn man kein Argument hat, schimpft man. Das ist aber kein Zeichen von Stärke."

Der Groll zwischen beiden Politikern hat große Beunruhigung in der regierenden Sozialistischen Partei Österreichs (SPÖ) ausgelöst. Immer mehr Stimmen werden laut, die ein Ende des *unwürdigen Schauspiels* fordern, da es dem ohnehin lädierten Ansehen der Partei nur schaden könne. Die stellvertretende SPÖ-Vorsitzende Jolanda Offenbeck meinte: „Kreisky demoliert sein eigenes Geschichtsbild."

Kreisky beschuldigt seinen früheren Finanzminister, den er selber 1980 auf den Posten des Generaldirektors der Creditanstalt-Bankverein (der größten österreichischen Bank) abgeschoben hatte, ihn, Kreisky, getäuscht, seine Politik hintertrieben und eine Sanierung des Staatshaus*halts durch Verhinderung der „Spar*buch-Steuer" vereitelt zu haben. Schließlich wirft er ihm auch noch vor, an seinem, Kreiskys, verschlechterten Gesundheitszustand Schuld zu tragen.

Kreisky will auf dem SPÖ-Parteitag im Oktober seinen Posten als Parteivorsitzender abgeben. Der Parteitag will ihn zum Ehrenvorsitzenden wählen. *Der unversöhnliche Alt*kanzler hat aber durchblicken lassen, daß er die Annahme des Ehrenvorsitzes *möglicherweise* vom Ausscheiden Androschs a[illegible] Parteivorstand abhängig [illegible] werde. Das wird von star[illegible] erhalb der Partei je[illegible]

Bundesk[illegible] angekün[illegible] Parteit[illegible] führe[illegible] zu [illegible]





F

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Palme als Zuflucht

Von Herbert Schütte

Man nehme ein Lineal, lege die eine Seite an die Zonengrenze und die andere Seite – auf 150 Kilometer projiziert – in das Gebiet der Bundesrepublik. Und schon ist Hamburg atomwaffenfreie Zone. Olof Palme hat dieses Planspiel erfunden als Distanzierungsmodell zwischen NATO und Warschauer Pakt. Den hanseatischen Sozialdemokraten kam der Trick mit dem Streifen höchst gelegen: Die ausdrückliche Proklamation eines Bundeslandes zur atomwaffenfreien Zone wäre vermieden, doch in der Praxis befände sich der Stadtstaat unter dem vermeintlichen Sicherheitsschirm.

Was der Hamburger SPD-Vorstand in der Nacht zum Dienstag als eine Art Zauberformel verkündete – die Berufung auf den Palme-Vorschlag soll Ende September dem Landesparteitag und bei Annahme als Hamburger Beitrag dem SPD-Bundesparteitag vorgelegt werden – wird bei vielen Genossen an Alster und Elbe Erleichterung auslösen. Man hat – so lautet ihr Kalkül – das leidige Thema vom Hals. Wochenlang hatten die Flügelmänner von links und rechts aufeinander eingeschlagen, während sich Straßenzüge, Hochschulräume und schließlich drei der sieben Stadtbezirke als atomwaffenfrei erklärten. Vereint waren die Partei-Oberen nur in der Besorgnis, wie sich ein Antrag der Grün-Alternativen Bürgerschaftsfraktion erledigen lasse, die die Hansestadt per Parlamentsbeschluß atomwaffenfrei machen will.

Der Griff nach dem Palme-Plan ist Peter Paterna zu verdanken. Die Hansestadt soll zwar atomwaffenfrei, aber deswegen noch lange nicht blockadefrei werden: Für eine Blockade-Aktion gegen die Führungsakademie der Bundeswehr in Hamburg-Blankenese am 20. und 21. Oktober hat sich der SPD-Abgeordnete aus dem linken Wahlkreis Dimsbüttel bereits gemeldet. Auch Oskar Lafontaine will zwar bei einer „Kasernen-Umarmung" nicht zurückstehen. Doch fragt es sich, ob Paterna dem bedauernswerten Stadtoberhaupt von Saarbrükken noch unter die Augen treten kann – bleibt doch das Saarland von dem von Paterna aufgespannten Friedensschirm ausgespart. Auch die Genossen im Ruhrgebiet wären außen vor. Sogar Sylt, wo sich Paternas Hamburger Parteifreund Hans-Ulrich Klose so gern als „Pastor auf Morsum" niederlassen würde, wäre ungeschützt dem Atomblitz ausgesetzt. Was machts? Hauptsache, die Hamburger SPD hat das Problem vom Tisch – verpackt, verschoben, verkannt.

Kommt Zeit, kommt Un-Rat

Von Rüdiger Moniac

Es verblüfft, daß die Arbeitslosigkeit aus der Bundeswehr ausgeschiedene Soldaten auf Zeit im Verhältnis mehr trifft als generell Arbeitnehmer (wie jetzt eine Untersuchung des Bundeswehr-Verbandes ergab, die die Berufsförderung für die „Zeit-Soldaten" kritisch unter die Lupe nahm). Denn Soldaten mit einer zwölfjährigen Verpflichtung haben sogar einen gesetzlich verbrieften Anspruch darauf, nach ihrem Militärdienst, wenn sie es wollen, als Beamte oder Angestellte in den öffentlichen Dienst eingegliedert zu werden.

Doch auch diesen rechtlichen Anspruch zu verwirklichen, gelingt heute häufig nicht mehr. Die Untersuchung belegt, daß sich der öffentliche Dienst künftig schwer tun wird, die Inhaber mit sogenannten Eingliederungs- oder Zulassungsscheinen zu übernehmen. Gewiß tragen dazu auch Sparmaßnahmen bei. Unverständlich aber ist, daß die zivile Bundeswehrverwaltung keine Ausnahme macht. Weshalb ausscheidende Zeit-Soldaten nicht gerade dort im öffentlichen Dienst für den zweiten Teil ihres beruflichen Lebens aufgenommen werden, der der Bundeswehr artverwandt ist und sogar dem Verteidigungsministerium untersteht, muß die Hardthöhe erst noch erklären.

Wie die Untersuchung generell zeigt, finden die Zeit-Soldaten, die während ihres Dienstes und durch die von manchen als unzulänglich angesehene Berufsförderung technische und organisatorische Kenntnisse erworben haben, leichter den beruflichen Übergang ins Zivilleben. Schwerer ist es dagegen für die „Kämpfer", also die älteren Unteroffiziere, die in der Truppe Teileinheiten von Verbänden der Kampf- und Kampfunterstützungstruppe führten.

Beides offenbart ein großes Manko des Konzepts vom Zeitsoldaten. Wie will die Bundeswehr künftig bei schwächer werdenden Wehrpflichtigen-Jahrgängen ihr Personalsoll mit mehr „Längerdienenden" halten, wenn sie ihnen keine Perspektive einer späteren Laufbahn bieten kann? Und wie will sie verhindern, daß sich niemand mehr zur Kampftruppe als Zeit-Soldat verpflichten mag, weil er später im Zivilberuf nicht genug an Kenntnissen und Können vorweisen kann, was ihn für einen Arbeitgeber interessant macht?

Der Selbstmord im Gericht

Von Enno v. Loewenstern

Der Weg in den Selbstmord ist ein einsamer Weg. Andere können vermuten, aber niemals wissen, was einen Menschen dazu getrieben hat, unwiderruflich Schluß zu machen. Es ist immer ein tragischer Weg, denn selbst wenn andere die Tat für „unverständlich" oder gar „unbegründet" halten: Dieses Menschenleben jedenfalls ist verlorengegangen.

Um so mehr schaudert einem vor jenen flinken Fledderern, die den Tod eines Menschen auszuschlachten wissen, während der Leichnam noch nicht erkaltet ist. Der Vorsitzende der Lehrergewerkschaft, Wunder, beispielsweise gab der Jugend im Rechtsstaat ein Beispiel dafür, wie man blindlings andere Menschen verurteilt. In einem Telegramm an Bundesinnenminister Zimmermann polemisierte er: „Ich protestiere gegen das Verhalten der Bundesregierung im Fall des türkischen Asylbewerbers Altun. Seinen Selbstmord hat die Bundesregierung auf dem Gewissen. Machen Sie Ihre Mitschuld dadurch wett, daß Sie eine Änderung der deutschen Asylpolitik einleiten."

Ob jemanden an einem Vorgang „Schuld" trifft oder nicht, sollte allemal erst einem Gericht zur Klärung überlassen werden. Im Fall Altun ist es so, daß ein Gericht damit befaßt war. Es hat ein Auslieferungsbegehren der türkischen Regierung überprüft und hat, so weit sich bisher sagen läßt, die Einwände zugunsten Altuns ausführlich und eher wohlwollend angehört. Keineswegs war schon geklärt, ob eine Auslieferung Altuns bedenklich wäre oder nicht; keineswegs war etwa entschieden, daß er ausgeliefert werden soll – geschweige denn, daß jemand hätte überprüfen können, ob eine solche Entscheidung rechtswidrig wäre.

Altun aber hat die Entscheidung des Gerichts nicht abgewartet, sondern für sich eine unglückselige Entscheidung getroffen. Und schon wird von interessierter Seite spekuliert, wie diese jedenfalls übereilte Tat politisch ausgenutzt werden kann, um die Bundesregierung unter Druck zu setzen. Was will man erreichen – daß künftig jeder ins Land darf, der möchte, ohne daß einem Gericht die Gelegenheit gegeben wird, den Anspruch des Bewerbers zu überprüfen?



„Hast du zur Nacht gebetet ....?"

ZEICHNUNG: KLAUS BÖHLE

Der düstere Jahrestag

Von Carl Gustaf Ströhm

Aus Warschau wird gemeldet, daß die Lage in Polen am dritten Jahrestag der Unterzeichnung des Danziger Abkommens „gespannt" sei. Die Sicherheitskräfte sind wieder einmal in Alarmbereitschaft. General Jaruzelski hat seine üblichen Warnungen und Drohungen ausgestoßen. Wieweit die Streikaufforderungen der im Untergrund operierenden Gewerkschaft „Solidarität" befolgt werden können, bleibt abzuwarten. Immerhin wird aber bereits aus der Haltung des Regimes klar, daß die „Normalisierung" nicht geglückt ist. Das Regime bleibt auch nach Aufhebung des Kriegszustandes auf Zwangsmaßnahmen angewiesen. Die Polen bleiben ein unruhiges Volk.

Betrachtet man die Situation von Regime, Gesellschaft und Nation im zweitgrößten Land des „realen Sozialismus", so muß man zwischen einer kurzfristigen und einer langfristigen Perspektive unterscheiden. Auf kurze Sicht profitiert das kommunistische Regime von gewissen Erscheinungen der Resignation, der Ermüdung und auch der um sich greifenden Hoffnungslosigkeit in weiten Schichten der polnischen Bevölkerung. Es ist wohl kein Zufall, daß Drogenkonsum und Alkoholismus seit der *glorreichen „Machtergreifung"* Jaruzelskis unter der jungen Generation um sich greifen.

Die „Konterrevolution" des Generals gegen die größte demokratische Gewerkschaftsbewegung, die es je in einem kommunistisch regierten Land gegeben hat, hat sich insofern als erfolgreich erwiesen, als der General einige Mythen und Erwartungen zerschlagen hat, welche die demokratische Opposition und die freie Gewerkschaft Polens ursprünglich gehegt haben. Da war der Glaube, daß Polen nicht auf Polen schießen, daß polnische Soldaten – Kinder des Arbeiter-und-Bauern-Volkes – ihre eigene Nation nicht unterdrücken würden. Die Wahrheit ist, daß es einige hunderttausend Polen gibt, die (aus welchen Gründen auch immer) als Funktionäre, Polizisten und Militärs durchaus bereit sind, auf ihre Landsleute mit Knüppeln loszugehen.

Darin liegt übrigens der Unterschied zwischen dem „realen Sozialismus" und früheren Herrschaftsformen in und über Polen. Frühere Gewaltherrscher über die polnische Nation waren Ausländer: Der russische Zar mußte mit russischen Soldaten und russischen Bütteln anrücken, um den polnischen Widerstand zu brechen. Unter Hitler waren es die Gestapo-Funktionäre und Landvögte von deutscher Nationalität. Jetzt hat das sowjetische System, welches den Polen aufgezwungen wurde und ihnen die Möglichkeit nationaler Unabhängigkeit raubte, zumindest auf einem Gebiet diese „Unabhängigkeit" des Landes verwirklicht: Die eigene Polizei, die eigenen bewaffneten Streitkräfte halten die demokratische Bewegung nieder – wenn auch jeder weiß, auf wessen Geheiß dies geschieht.

Darin erweist sich das sowjetische System seinen Vorgängern überlegen. Aber es ist eine Überlegenheit mit begrenzter Zukunftsperspektive. Denn niemand, weder Jaruzelski noch die Führung in Moskau weiß eigentlich, wie es mit Polen weitergehen soll. An einen wirklichen wirtschaftlichen Aufschwung ist nicht zu denken, denn mit einem demoralisierten und zutiefst enttäuschten Volk läßt sich nichts aufbauen. Jaruzelski – oder wer immer eines Tages nach ihm kommt – kann nur einen moralischen Trümmerhaufen verwalten.

Es ist nicht einmal gelungen, mit den Intellektuellen, die im polnischen Leben als Ferment und Katalysator eine so große Rolle spielen, *einen auch nur halbwegs trag*fähigen Kompromiß zu schließen. Die katholische Kirche, die ursprünglich gewisse Hoffnungen



Vor drei Jahren: Walesa erläutert die Verhandlungen über das Danziger Abkommen FOTO: BULKA/STUDIO X.

auf eine Mäßigung des Regimes setzte, hat den Partei- und Staatschef inzwischen beschuldigt, die Chancen zur nationalen Versöhnung, die der Papst-Besuch geboten hatte, nicht genützt zu haben. Sogar kommunistische Beobachter aus Ost- und Westeuropa – etwa Jugoslawen oder Italiener – konstatieren skeptisch, daß der Konflikt zwischen Staat und Gesellschaft in Polen auch nach Aufhebung (oder besser: Relativierung) des Kriegszustandes weitergeht und der Nation an der Weichsel möglicherweise weitere schwere Prüfungen bevorstehen.

Damit aber rückt die fernere, gewissermaßen geschichtliche Perspektive des polnischen Dramas ins Bewußtsein. Polen 1980 – das war nach Budapest 1956 und Prag 1968 der dritte großangelegte Versuch eines ost-mitteleuropäischen Volkes, zu seiner Selbstbestimmung zurückzufinden. (Von anderen Versuchen ähnlicher Art – etwa dem 17. Juni 1953 in Mitteldeutschland – sprechen wir in diesem Zusammenhang nicht, weil hier eine Bewegung im Stadium der Spontaneität erstickt wurde, ohne organisatorisch zur Ausformung zu gelangen.)

Das polnische Beispiel rückte zum ersten Mal zwei Kernprobleme in den Vordergrund: Die nationale Frage, das heißt: Unabhängigkeit und Lebensmöglichkeit nach eigener Tradition, und die Arbeitsfrage. Beide vereinigen sich in der „Solidarität" zu spezifisch polnischer Ausprägung. Aber beide Fragen sind nicht auf Polen beschränkt. Sie sind vielmehr im ganzen sowjetischen Machtbereich virulent, sogar in der Sowjetunion selber.

Der Westen kann und will wenig für die Polen tun. Aber wenn westliche Politiker ihre Entscheidungen treffen, sollten sie die langfristigen Perspektiven nicht aus den Augen verlieren. In dieser Hinsicht könnten sie von einem Elektriker namens Lech Walesa einiges lernen, der heute als ein Europäer von geschichtlicher Dimension erscheint. Die große Bedeutung des Danziger Abkommens von 1980, dessen dritten Jahrestag manche Polen offen und sehr viele insgeheim feiern werden, wird sich erst in den kommenden Jahren erweisen. Auch wenn ihnen ein vordergründiger Erfolg versagt blieb – die Arbeiter der Lenin-Werft haben Geschichte gemacht. Nach diesem Datum ist nichts mehr so, wie es früher war.

IM GESPRÄCH Anton Schlembach

Zurück in die Seelsorge

Von Gernot Facius

Der Generationswechsel in der Deutschen Bischofskonferenz schreitet voran. Spätestens zur nächsten Frühjahrsvollversammlung wird sich der deutsche Episkopat in einer weitgehend veränderten Zusammensetzung unter dem greisen Vorsitzenden Joseph Kardinal Höffner präsentieren. Den Ernennungen Karl Lehmanns (Mainz), Johannes Dybas (Fulda) und Josef Homeyers (Hildesheim) folgte jetzt die Berufung Anton Schlembachs zum neuen Bischof von Speyer. Offen ist derzeit nur noch die Besetzung des bischöflichen Stuhls von Eichstätt; von Passau einmal abgesehen, wo in Kürze ein Wechsel bevorsteht.



Nachfolger Wetters in Speyer: Bischof Schlembach FOTO: DPA

„Es war ein bewegter Weg, den ich in den letzten 25 Jahren gegangen bin", sagte der bisherige Würzburger Generalvikar Schlembach bei seinem silbernen Priesterjubiläum 1981. Im selben Jahr wurde der Bauernsohn aus dem unterfränkischen Großwenkheim, der einen wesentlichen Teil seiner theologischen Studien am Germanicum in Rom absolviert hatte, Domkapitular. Schon wenige Wochen später, im Juli 1981, rückte der damals 49jährige an die Spitze des Verwaltungsapparats seiner Heimatdiözese, für den Seelsorger Schlembach nicht gerade ein Posten nach Maß. „*Ich mußte springen und* schwimmen, wurde dabei sogar noch geschoben, ohne einen längeren Anlauf nehmen zu können, wie das für einen guten Sprung ins Wasser Voraussetzung ist", gestand er damals in einem Interview.

Er hielt auf Ordnung und Disziplin, wie er es als Germanicer gewohnt ist, kümmerte sich vor allem um die Förderung des theologischen Nachwuchses und erstickte nicht in Technokratie. Schlembach delegierte Verantwortung und schaffte es so, auch als Priester im Verwaltungsamt Seelsorger zu bleiben. Die Zeit als Regens des Würzburger Priesterseminars, von 1966 bis 1969, war freilich die theologisch fruchtbarste Zeit für ihn. Der Generalvikar Schlembach machte kein Hehl aus seinem Wunsch, eines Tages wieder Seelsorger „im Hauptamt" zu sein.

Mit der Berufung zum Bischof von Speyer, zum Leiter einer der ältesten deutschen Diözesen überhaupt, hat Papst Johannes Paul II. diesem Wunsch entsprochen. Schlembach war gerade von einer längeren Afrika-Reise zurückgekehrt, als ihn die Entscheidung aus Rom erreichte. Der neue Bischof steht den Entwicklungen der Weltkirche „kritisch und aufgeschlossen" gegenüber, wie es in seiner Heimatdiözese Würzburg heißt. Im Spektrum der Kirche ist er eher der „konservativen" Seite zuzuordnen.

Der Speyerer Bischofsstuhl war seit dem 12. Dezember 1982 vakant. Damals trat Bischof Friedrich Wetter die Nachfolge Joseph Kardinal Ratzingers als Erzbischof von München und Freising an. Weihbischof Ernst Gutting leitete das 730 000-Seelen-Bistum während der Sedisvakanz.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

NEUE OZ OSNABRÜCKER ZEITUNG

Zur Schmidt-Reise in die „DDR" bemerkt das Blatt:

Ein Treffen zwischen dem Ex-Kanzler und dem DDR-Staatsratsvorsitzenden wäre zu diesem Zeitpunkt von besonderer Pikanterie. Und das in doppelter Hinsicht. Einmal hat sich Helmut Schmidt erneut auch zum Nachrüstungsteil des NATO-Doppelbeschlusses bekannt. Von ihm müßten deshalb andere Töne zu erwarten sein als von Honecker-Gast Egon Bahr, das wäre ein nützlicher Kontrapunkt. Zum anderen hat Helmut Schmidt mit dem SED-Chef – salopp formuliert – noch eine alte Rechnung zu begleichen. Die nicht gehaltenen Versprechen für menschliche Erleichterungen nach dem Gipfeltreffen am Werbellinsee, die Verkündung des Kriegszustandes in Polen während der Gespräche, die gespenstischen Orwellschen Szenen in Güstrow.

Südwest Presse

Die Erklärung der arabischen Botschafter kommentiert das Ulmer Blatt:

Die Palästinenser werden seit 1948 heimatlos gelassen. Man läßt sie in Lagern hinvegetieren, statt ihnen eine Heimat zu geben. Zu allem Überfluß bringen sich auch noch Palästinenser gegenseitig um. Und nun wird Bundeskanzler Helmut Kohl aufgefordert, die deutsch-arabischen Beziehungen nicht zu gefährden. Bevor die arabischen Missionschefs noch einmal die möglichen Auswirkungen des Besuchs des Kanzlers auf das Verhältnis zwischen der Bundesrepublik und den arabischen Staaten beraten, sollten sie einmal über die Auswirkungen des innerarabischen Streits auf das leidgeprüfte palästinensische Volk sprechen, vor allem aber daraus die Konsequenzen ziehen. Gemeinsame politische Hilfe für die Palästinenser wäre wichtiger als gemeinsame und unangemessene Mahnungen an Bonn.

BERLINER MORGENPOST

Zu Oskar Lafontaines Empfehlung, die Bundesrepublik solle aus der integrierten Militärstruktur des NATO-Bündnisses ausscheiden, meint das Blatt:

Bundesgeschäftsführer Peter Glotz spielt Lafontaines zielstrebige Verirrung quasi zur Marotte eines Außenseiters herunter, wenn er anmerkt, damit finde Lafontaine in der Partei keine Mehrheit und im übrigen sei er ja parteifromm. In Wirklichkeit ist der Mann aus Saarbrücken nur zu weit vorgeprescht. Das Gros der Partei bewegt sich in die gleiche Richtung, wenn sie mit Bahr Bündnisse „überwölben" will und der Entnuklearisierung Europas das Wort redet. Lafontaine ist kein SPD-Ausrutscher, sondern leider ein Symptom.

THE GUARDIAN

Das Londoner Blatt schreibt zu den jüngsten Auseinandersetzungen in Polen:

Es gibt ein polnisches Sprichwort, das sagt: „Alles ändert sich und nichts ändert sich." Das dürfte die einzige gültige Lektion der letzten Tage sein. Warum demonstrieren und Tränengas oder Festnahme riskieren, wenn man weiß, daß es am Ende kein Ergebnis gibt? Warum Bummelstreik, wenn man ein Jahrzehnt oder länger ohne großes Ergebnis gebummelt hat, soweit das menschlich überhaupt möglich ist? Warum einen Arbeitsplatz riskieren, um eine Gewerkschaft aufzubauen, die von der Regierung ignoriert wird? Wenn andererseits der stellvertretende Regierungschef uneingeladen auftaucht, um an einem symbolischen Arbeitsplatz die Nasen in der Niederlage zu reiben, dann sollte er eine harte Gangart erwarten.

Libanon: Fehlschlag einer Armee bei der ersten Probe

Israel aber kann nicht auf Dauer den Polizisten spielen / Von Peter M. Ranke

Es ist dem amerikanischen Unterhändler Robert McFarlane schwergefallen, die israelische Regierung am Dienstag von neuem zu bitten, den Teilabzug ihrer Truppen aus dem libanesischen Schuf-Gebirge aufzuschieben. Aber die amerikanische Nahostpolitik, die nach der Erklärung von Präsident Reagan eine „umfassende Lösung" mit König Hussein und den Palästinensern anstrebt, bleibt schon in Libanon erfolglos. Auch die jüngsten Vermittlungsbemühungen mit dem Drusen-Chef Walid Dschumblat in Paris endeten ohne Ergebnis.

Oder vielmehr, es gibt ein Ergebnis: Libanon wird Schritt um Schritt in einen „Bürgerkrieg" zurückgestoßen, den weder die Bevölkerung noch Präsident Amin Gemayel wollen, den aber die westlichen Mächte, voran Amerika, offenbar nicht verhindern können.

Es geht ja nicht darum, wann Christenmilizen und Israelis aus den Schuf-Bergen abziehen, ob die libanesische Armee nachrückt oder ob Gemayel eine große nationale Versöhnungskonferenz zusammenbringt. Was in Libanon wirklich geschieht, ist ein verdeckter Krieg Syriens und der hinter Damaskus stehenden Sowjets zur Eliminierung des amerikanischen Einflusses und zur Verhinderung des Friedens in der Region.

Zum erstenmal sind US-Marinesoldaten in Beirut gefallen; vierzehn wurden überdies am Montag verwundet. Ihr Camp am Flugplatz wurde direkt beschossen, und zwar von der schiitischen Amal-Miliz, die wie die Drusen Dschumblats ihre Waffen und Munition von den syrischen Truppen bekommt. Zum erstenmal stellte das libanesische Kabinett fest, daß syrische Artillerie in die Kämpfe bei Beirut eingriff, nachdem sie schon wochenlang christliche Wohnviertel beschossen hatte.

Die Amerikaner wehrten sich heftig und wollten der libanesischen Armee zu Hilfe kommen, die sich wieder einmal als zu schwach erwiesen hat. Die erste Kampfprobe hat sie nicht befriedigend bestanden, ihre Soldaten räumten einen TV-Sender ohne Widerstand. Andere ließen sich mit zwei Schützenpanzern ohne Schuß gefangennehmen. Das ist keine Armee, die Beirut in den Schuf schicken kann, obwohl ihre amerikanischen und französischen Ausbilder noch vor vier Wochen das Gegenteil behauptet haben.

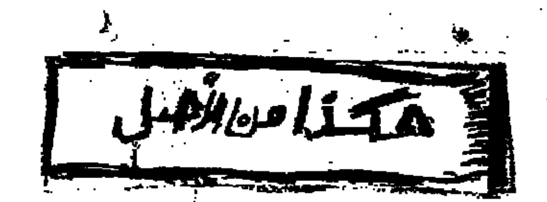
Nach der Mobilisierung der Amal-Miliz, die schon weite Teile des westlichen Beirut beherrscht, ergibt sich folgende Lage: In einer Front stehen die christlichen Milizen der „Lebanese Forces" mit der Armee und den 4800 Soldaten der alliierten Friedenstruppe. Sie werden vom konservativen Lager der sunnitischen und gegen Syrien eingestellten Moslems politisch unterstützt. Auf der anderen Seite befinden sich die von Syrien versorgten Drusen, die schiitische Amal-Miliz des Rechtsanwalts Berri mit Verbindung zu der persischen Kampftruppe in der Bekaa-Ebene und die sich wieder bewaffnenden Linksmilizen in Beirut. Die oppositionelle „Nationale Rettungsfront" und Syrien geben ihnen Hilfestellung.

Alles läuft gewissermaßen nach dem Plan, wie er in Damaskus mehrfach verlautbart wurde: Als Drusen-Chef Dschumblat nach dem Abschluß des israelisch-libanesischen Abzugsabkommens vom 17. Mai erklärte, selbst um den Preis eines Bürgerkriegs werde er für die Annullierung dieser Abmachung kämpfen, kam auch die syrische Zustimmung, verbunden mit der Kampfansage an Gemayel. Und dann begannen wieder Bomben-Attentate und aus den Bergen die blutige Beschießung Beiruts zur Einschüchterung der Libanesen.

Die Kämpfe im Schuf seit vergangenen Herbst sind eine wichtige Nebenfront im großen Konflikt um Libanon. Mit ihnen hofft Dschumblat für die 250 000 Drusen eine größere Beteiligung an der politischen Macht gegen Christen und sunnitische Moslems durchzusetzen, und den syrischen Auftrag, den „arabischen Libanon", zu verwirklichen. Die fast eine Million Schiiten, bisher eine vernachlässigte Minderheit, haben das gleiche Ziel.

Die israelische Besatzung im Schuf und in Südlibanon hatte im vergangenen Jahr weder Drusen noch Schiiten entwaffnet, da der Kampf allein der PLO galt und sich die Milizen nicht widersetzten. Außerdem nahm Jerusalem wegen der Drusen in Israel und wegen der Zusammenarbeit mit den Schiiten in Südlibanon gewisse Rücksichten. Doch diese Uhr ist abgelaufen. Die Israelis können keine Polizisten in Libanon sein. Ihre Verluste sind höher als die der Amerikaner. Ihre Pufferfunktion im Schuf-Gebirge funktioniert ohnehin kaum noch, daher kann Jerusalem nicht weiter monatelang auf eine Verständigung der Libanesen untereinander warten. Wenn es nicht politische Rücksicht auf Washington zu nehmen gilt, dann kommt der Rückzugsbefehl endgültig noch vor dem jüdischen Neujahr am 7. September.





Hinter starrer Fassade bröckelt das Gebäude

Dem Königshaus Saud, aufgebaut auf dem sittenstrengen Wahhabismus, drohen innere Gefahren. Es scheint nicht gelungen zu sein, die Fundamente der Monarchie unbeschadet ins Zeitalter des Ölreichtums zu retten.

Von HARALD VOCKE

Man *muß nicht immer* gleich das Allerschlimmste erwarten." Der Syrer Ibrahim Istuany, ein Diplomat alter Schule, sagte das in akzentfreiem Deutsch. Wir hatten von der linksradikalen Untergrundbewegung in der Hedschazprovinz Saudi-Arabiens gesprochen. Ihr Ziel war die Errichtung einer „Volksrepublik Hedschaz". Der Bestand des Königreichs Saudi-Arabien war durch den Krieg in Jemen bedroht.

In der Armee gärte es. Mit einem Umsturz in Riad mußte man jederzeit rechnen. Doch die Spaltung des Reichs in mehrere miteinander verfeindete kleinere Staaten – das wäre das Allerschlimmste gewesen, für die Saudis, *für ihre* arabischen Nachbarn wie für den Westen. Eine solche Entwicklung hielt der syrische Botschafter Istuany zunächst nicht für wahrscheinlich. Seit diesem in Bonn geführten Gespräch sind ziemlich genau zwei Jahrzehnte verflossen. *Noch immer sitzt in Riad* einer der Söhne des alten Ibn Saud auf dem Thron.

Als Innenminister machte Fahd wichtige Erfahrungen

In der *ersten* Hälfte dieses Jahrhunderts hatte sich Abdul Aziz Ibn Saud auf der Halbinsel Arabien ein Großreich erobert. Der Sohn und Thronfolger Saud, ein stiller, vornehmer Mann, wurde 1964 von seinem jüngeren Bruder Feisal gestürzt. Leidend, *verspottet* und heimwehkrank irrte Saud bis zu seinem Tod im Ausland umher. Nach einer Regierungszeit von einem Jahrzehnt wurde Feisal in seinem Palast in Riad von einem seiner Neffen ermordet. Der nächstjüngere Bruder, der für die *Thronfolge in Betracht kam*, Khaled, herrschte mit viel Prunk und wenig Ideen sieben Jahre lang, bis er an einem Herzleiden starb. Nur mit knapper Not wurde von seiner Regierung ein Aufstand in Mekka niedergeschlagen.

Seit dem Sommer 1982 herrscht König Fahd in Riad, neben Feisal wohl der begabteste Sohn des Staatsgründers Ibn Saud. In den für die Monarchie schwierigen sechziger und siebziger Jahren war er dreizehn Jahre lang Innenminister gewesen. Er kennt die inneren Schwächen seines Reiches genau. Aber auch Fahd auf dem Thron ist allein nicht eine Garantie für den Bestand der Ölmonarchie. Welcher Zukunft blickt Saudi-Arabien entgegen?

Die Beantwortung der Frage wird dadurch erschwert, daß sich unter den westlichen Orientkennern zwei bitter verfeindete Lager befehden: die Fans und die Gegner des saudi-arabischen Staates. Zu den Saudi-Arabien-Fans, die weit zahlreicher, aber nicht unbedingt sachkundiger als die Kritiker sind, gehören die meisten Diplomaten und Journalisten, die sich von Berufs wegen mit Saudi-Arabien befassen. Sie haben sich in das Abenteuer verliebt, einem asiatischen Land *zu begegnen, in* dem es unermeßlich viel Erdöl und Geld, Vielweiberei und verschleierte Frauen, menschenleere Sandwüsten und Königspaläste, Cadillacs, Kamele und Jagdfalken gibt.

Von den Schattenseiten des Lebens *im Königreich, von der gnaden*losen Härte der Geheimdienste des Landes, von der Korruption wie von der geduldigen List, mit der die Saudis einflußreiche Besucher, ja selbst westliche Diplomaten in verfängliche Situationen verwickeln und dann kaltblütig erpressen, ahnen manche Arabien-Fans nichts, während andere verschweigen, *daß sie selbst* schon erpreßt worden sind.

Im Untergrund ist in Saudi-Arabien das sowjetische KGB erfolgreicher als die amerikanische Central Intelligence Agency. Doch auch in Bonn scheint man das nicht zu begreifen. Für die Erdölproduktion Saudi-Arabiens liegt die Verantwortung im Westen bei den Vereinigten Staaten. Sie sind auch traditionsgemäß die Waffenlieferanten und Instrukteure der Streitkräfte der Ölmonarchie. Wenn neben den Vereinigten Staaten *die Bundesrepublik* Deutschland in Saudi-Arabien künftig auf eigene Faust als Waffenlieferant auftreten will, wird es den Amerikanern noch schwerer gemacht, sich im Dschungel arabischer Intrigen gegenüber der Sowjetunion zu behaupten.

Die Verwirrung der Gemüter ist groß. Nicht einmal über die Grundfakten der jüngsten Geschichte Arabiens herrscht Einvernehmen unter *den Arabien-Spezialisten der führen*den westlichen Staaten. Wie oft ist König Feisal den Mordanschlägen seiner Gegner entronnen, bevor ihn sein Neffe Feisal bin Musaid erschoß? Wie ist es um die Armee in Saudi-Arabien bestellt? Wie weit reicht der Einfluß *radikaler Gegner* des Throns? Wer das Wesen des Königreichs Saudi-Arabien ergründen will, gewinnt heute noch die interessantesten Aufschlüsse bei der Beschäftigung mit der Gestalt König Feisals. Mit Erfolg stellte er in den sechziger Jahren dem *pro-sowjeti*schen „Arabischen Sozialismus" des Ägypters Nasser seine Politik der „Islamischen Solidarität" gegenüber.

Schon als 1924 die zentralarabischen Beduinenkrieger des alten Ibn Saud in Mekka einzogen, stand in der ersten Proklamation des Eroberers an die Bürger der Stadt, seine Truppen seien nur in den Hedschaz gekommen, um „der Sache Allahs zum Sieg zu verhelfen". Die in Zentralarabien beheimateten *puritanischen* Wahhabiten, die Anhänger des Mohammed Abdul Wahhab (1703–1787), fordern die Unterwerfung der Welt unter den Islam. Zielstrebig hat König Feisal den Anspruch vertreten, sein Land sei die geistliche Füh*rungsmacht aller islamischen* Staaten. „Imam der Moslems", das heißt: „Vorbeter, geistlicher Führer der Moslems", ließ er sich nennen.

Doch dieser Anspruch hielt Feisal nicht davon ab, mit kühlstem Egoismus die eigenen Interessen zu wahren. Den für sein Land *gefährlichen* Feldzug der Ägypter in Jemen beendete er mit einem Kompromiß, bei dem er seine treuesten Bundesgenossen, die streng islamisch gesinnten Bergstämme in Jemen, der sozialistisch orientierten Regierung in Sana preisgab. Alle seither unternommenen Versuche des saudiarabischen Throns, sich mit „Entwicklungshilfe" und mit Bestechungsgeldern in der Republik Jemen neuen Einfluß zu sichern, haben jenen Frontwechsel Feisals nicht wettmachen können. Der Name „Saudi-Arabien" ist heute bei Jemeniten aller politischen Lager verhaßt. Das ist auch für die innere Stabilität des Königreichs eine Gefahr. Fast jeder vierte Einwohner *Saudi-Arabiens ist Gastarbeiter* aus Nordjemen. Wenn einmal der Thron in Riad ins Wanken gerät, wird viel davon abhängen, wo die Jemeniten in den innerarabischen Machtkämpfen stehen.

Gefährdet war die Monarchie *schon zu Lebzeiten Feisals.* Einmal war es die Luftwaffe, die putschte, auch auf das Heer war kein Verlaß.



Ein kluger Mann auf einem gefährdeten Thron: König Fahd FOTO: STEINER/DPA

Bei einem Überfall auf den König in Taif, der Sommerresidenz der Saudis im Bergland der Hedschaz-Provinz, mußte Feisal sich schließlich in der Palastküche verstecken. Die Köche hielten zu ihm und verrieten ihn nicht. Die Leibwachen waren *schon* übergelaufen. Manche Arabien-Fans möchten solche Episoden ins Reich der Fabeln verweisen. Aber der Wahrheit wird nicht gedient, wenn man die Schatten in der Laufbahn König Feisals verschweigt.

Das Haus Saud wagt es bis heute noch nicht, öffentlich einzugestehen, daß Prinz Feisal bin Husaid, der Mörder des Königs, in einem Palästinenserlager bei Beirut eine Sonderausbildung für Terrorakte erhielt. Einer der eifrigsten Verfechter guter Beziehungen zwischen Saudi-Arabien und der „Organisation zur Befreiung Palästinas" (PLO) ist ausgerechnet Prinz Saud bin Feisal, der Außenminister des Königreichs, einer der Söh*ne des ermordeten Königs Feisal* und ein Gegenspieler von König Fahd im Kabinett.

Von außen droht keine ernsthafte Gefahr

Der heutige König stand schon als Innenminister in dem Ruf, er umgebe sich nur mit verläßlichen Leuten. Sein jüngerer Vollbruder Prinz Sultan hingegen, der seit 1962 Verteidi*gungsminister des Königreichs ist,* hatte gerade in der Auswahl der engsten Vertrauten oft eine unglückliche Hand. Mit der Lieferung von Waffen an die nordjemenitischen Stämme, einer der heikelsten Operationen in der Politik Saudi-Arabiens, betraute Sultan *seinen langjährigen* Privatsekretär Mustafa Idris. Dieser Abenteurer wurde bald ein wohlhabender Mann. Doch die Waffenlieferungen gerieten gerade dann seltsamerweise ins Stocken, wenn die Gegner Saudi-Arabiens in Jemen Erfolge erzielten.

Saudi-Arabien hat keine äußeren Feinde, die seine Sicherheit ernsthaft bedrohen. Die Gefahren lauern im Inneren, und die Korruption ist beinahe die größte Gefahr. Seitdem das Königreich eine moderne Armee aufzubauen begann, war die Armee stets ein Unruheherd. Denn in der Armee dienen fast nur Bürgerliche, nicht Prinzen oder Beduinen der großen innerarabischen Stämme. Die Beduinen dienen in ihrer eigenen, der sogenannten „weißen" Armee, der die Sicherheit des Throns anvertraut ist. Niemand außerhalb der Palastmauern ahnt, wieviel saudiarabische Prinzen es gibt. Daß es längst viele tausend sind, läßt sich anhand der veröffentlichten Genealogien unschwer beweisen, aber wieviel tausend sind es genau? Jedes Prinzenbaby erhält von der Geburtsstunde an genug Geld, als „königliche Hoheit" *ein standesgemäßes Leben* zu führen. Was soll mit ganzen Heerscharen arbeitsunwilliger Prinzen auf die Dauer geschehen, die im üppigen Luxus ihrer Harems hauptsächlich auf sinnliche Genüsse bedacht, für die Mitbürger längst ein Ärgernis sind? Der wahhabitische *Islam gebietet ein* Leben puritanischer Strenge. Doch die Ölmilliarden haben die moralische Substanz der Oberschicht Saudi-Arabiens zerrüttet. Die Erregung der Regierung von König Khaled über den Film „Tod einer Prinzessin" läßt ahnen, welchen *Sprengstoff der* Gegensatz zwischen überkommenen Sitten und den Lebensformen des Westens, zwischen Prinzen und Bürgerlichen für die Saudi-Araber besitzt.

Die Fassade wird aufrechterhalten. Das Fernsehen überträgt regelmäßig Programme, die zur Sittenreinheit ermahnen. Ein bärtiger Scheich, ein Schriftgelehrter des Islams, lächelt vom Bildschirm die Zuschauer an. Er *erzählt von einem Mädchen, das* gerade von einer Auslandsreise zurückgekehrt ist. In London hatte sie sich Pralinen gekauft. Erst abends vor dem Einschlafen kam ihr der Gedanke, die seltsame Flüssigkeit in einer Praline könne Alkohol gewesen sein. Tagelang, *bis zur Rückkehr in die* Heimat, habe die junge Frau darauf geweint. „Mit Recht hast du, meine Tochter, geweint", sagt mit milder Strenge lehrhaft der Scheich. „Denke daran, im Land der Ungläubigen bist du überall vom Schmutz der Sünde umgeben. Warum bliebst du nicht im treuen Land des Islams?"

Viele junge Saudis lachen über solchen Schwulst der staatlichen Propaganda. Manche Saudis, die im Aus*land studierten, kehren als* Gegner des wahhabitischen Islams, ja womöglich als Marxisten in die Heimat zurück. König Fahd ist ein kluger und maßvoller Mann. Aber eine Anpassung des wahhabitischen Islams, der die strengen Lehren des Ibn Tai*mija aus dem dreizehnten nachchrist*lichen Jahrhundert zugrunde legt, an das Zeitalter der Ölproduktion ist schon König Feisal mißlungen.

Die bange Frage „Wie lange noch?" beginnt gerade klarsichtigen Freunden Saudi-Arabiens zum Alptraum zu werden. Wird das für die Weltwirtschaft so wichtige Land noch im Jahr 1990 ein Königreich sein?

Für die Werftarbeiter bricht ein Stück Bremen zusammen

Empörung unter den Bremer Werftarbeitern: Während eine Delegation bei Bürgermeister Koschnick vorsprach, marschierten tausend Mann protestierend zum Rathaus. Der Grund ist die beabsichtigte Schließung der Werft AG „Weser", die für mehr als 2000 Personen den Verlust des Arbeitsplatzes bedeutet.

Von W. WESSENDORF

Gegen acht Uhr früh formierten *sich gestern die* Werftarbeiter der AG „Weser" mit ihren roten, blauen und gelben Helmen auf den Köpfen zu einem Protestmarsch in Richtung Rathaus. Immer wieder skandierten sie dabei: „Koschnick, wir kommen!" Auf einem mitgetragenen Spruchband stand: „137 Jahre Tradition. Jetzt schließen. Ist das der Lohn?" Die Stimmung war gedrückt und aufgeladen. Denn am Abend zuvor hatte der Bremer Präsident des Senats, Bürgermeister *Hans* Koschnick (SPD), bekanntgegeben, daß die Großwerft im Zuge der geplanten Bremer Werftenfusion geschlossen werden soll. 2020 Werftmitarbeiter verlieren damit spätestens im März 1984 ihren Arbeitsplatz.

Während eine Delegation von sechs Männern sich mit dem Bürgermeister im Rathaus zwei Stunden später auseinandersetzte, protestierten etwa tausend ihrer Kollegen auf dem Marktplatz. Ratlosigkeit, aber auch Empörung stand in ihren Gesichtern. Mit dabei auch *ihre kopfschüttelnden* Frauen, die immer wieder murmelten: „Wir verstehen das nicht." Eine Frau mit weißen Strähnen im blonden Haar rief wütend: „Man müßte aus der Gewerkschaft austreten!" Der Betriebsratsvorsitzende Hans Ziegenfuß zuckte mit den Schultern. Auch er war mit seinem Latein am Ende, rief aber die Belegschaft zum Widerstand auf: „Leute, nehmt diese Entscheidung nicht so hin! Klärt die *Bevölkerung auf!*" Kurz nach zehn Uhr begab sich der Landeschef unter gellenden Pfiffen vor das Rathaus und griff sich eine Sprechtüte, um die bittere Wahrheit noch einmal zu wiederholen.

Die Entscheidung, daß die AG „Weser" geschlossen wird und das Konkurrenzunternehmen, die Bremer Vulkan AG, bestehen bleibt, ist trotz aller Proteste so gut wie sicher. Die endgültige Entscheidung wird zwar erst am Dienstag kommender Woche im Bremer Senat fallen – sie wird *aber nur noch* formellen Charakter haben. Die Vorstände aller drei an der Verschmelzung beteiligten Schiffbaubetriebe, die AG Weser, die Bremer Vulkan AG und Hapag Lloyd in Bremerhaven haben einvernehmlich beschlossen, die Werft in Bremen-Gröpelingen zu schließen. Reparaturen sollen künftig nach Bremerhaven auf die Hapag-Lloyd-Werft *vergeben werden, während* die Vulkan AG den Neubau übernimmt. Bei dieser Lösung bleibt die Schwesterwerft der AG Weser, die Seebeckwerft, mit 2700 Mitarbeitern in Bremerhaven erhalten. Tief bestürzt hatte Koschnick dieses Konzept verkündet: „Die Vorstände und die Eigner sind davon überzeugt, daß dies die betriebswirtschaftlich beste Lösung ist."

Der Senat *habe, so meinte* Koschnick, nur eine Alternative zu diesem Vorschlag, nämlich alle Betriebsstätten zu erhalten. Koschnick: „Aber dann kriegen wir noch mehr Arbeitslose." Der Vorstand der AG Weser hat schon schriftlich eingereicht, daß die Werft auch dann sofort dichtgemacht wird. Damit hingen auch die Sozialpläne in der Luft, die bislang zugesichert sind. Und der Chef der Bremer Vulkan AG, Norbert Henke, hat klar*gemacht, daß für diesen Fall „seine"* Werft die 4000-Mann-Belegschaft „erheblich reduzieren müßte". Auch Hapag-Lloyd hat keinen Zweifel daran gelassen, dann die Hälfte ihrer 1070 *Mitarbeiter* auf die Straße setzen zu wollen.

„Laß' *uns doch zu Neumann* gehen", schlugen einige der Protestierenden vor. Neumann ist der CDU-Chef in Bremen, steht mit seiner Partei in der Opposition zu den allein regierenden Sozialdemokraten. Dieser Gedanke wurde aber schnell verworfen, weil man sich, so die einhellige Meinung, an die Regierung halten müsse. Resigniert kletterten die Arbeiter kurz nach elf Uhr in die Straßenbahnen und fuhren wieder auf ihre Werft: „Dort werden wir weiter reden." An Arbeit war nicht zu denken. Am Freitag soll eine große Betriebsversammlung stattfinden. Dann wird auch das Ergebnis des Wirtschaftsprüfungsunternehmens „Treuarbeit" vorliegen, das das vor*geschlagene Konzept auf seine* Brauchbarkeit abklopft, seine Plausibilität allerdings schon erklärt hat.

Das angestrebte neue Werft-Unternehmen soll voraussichtlich zum 1. Januar des nächsten Jahres entstehen. Die Vorstände wollen allerdings schon ab Oktober auf gemeinsame Rechnung wirtschaften. Die Verwirklichung des Konzepts wird 230 Millionen Mark kosten. Eine Hälfte zahlen die Eigentümer, den Rest der Steuerzahler: das Land Bremen 29 Millionen Mark, der Bund 86 Millionen Mark. Allerdings muß der Bonner Wirtschaftsminister Graf Lambsdorff noch der vorgesehenen Verschmelzung zustimmen. Er hatte den Bremer Senat unerbittlich gezwungen, ein Konzept vorzulegen, das haarklein bis hin zu den Produktionsstätten die Vorstellungen darlegt.

Gibt Bonn grünes Licht, dann stellen sich die Eigentumsverhältnisse *so dar: Krupp hält rund 40 Prozent,* Bremen und Thyssen-Bornemisza jeweils 12,5 Prozent, Hapag Lloyd rund 20 Prozent der Anteile. Der Rest entfällt auf Kleinaktionäre. Die Zeit drängt, eine der größten europäischen Werften zu gründen. Denn mit jedem Tag werden die Verluste größer. Schon seit dem Frühjahr hat der Senat dieses *Konzept* in der Schublade liegen. Experten haben ausgerechnet, daß die Verzögerung durch die Unterbeschäftigung vor allem bei der AG Weser schon 50 Millionen Mark gekostet hat.

Der Bremer Senat spielt bei der Fusion eine wichtige Rolle, weil er seit vergangenem Jahr Miteigentümer der Bremer Vulkan in Höhe von 33 Prozent ist. Seinerzeit galt es, im Zusammenhang mit dem Fregatten*bau ein Defizit von mehreren 100* Millionen Mark zu decken. Der Nordbremer Schiffbaubetrieb verzeichnete zu jenem Zeitpunkt einen Auftragsbestand in Höhe von 2 Milliarden Mark. *Der Bund* schoß nach, aber nur unter der Bedingung, daß das Land Bremen sich bei der Werft einkaufte. Der andere Miteigentümer, Thyssen-Bornemisza, verpflichtete sich damals, mindestens eine Schachtel von 25,01 Prozent für mehrere Jahre zu halten. Das Land Bremen hat darauf ein Optionsrecht, das der Senat aber nicht ausüben will. Koschnick: „Wir wollen keine Staatswerft."

Ein sieben Jahre langer Überlebenskampf der traditionsreichen Gröpelinger Werft, *die sich zu 86 Pro*zent in den Händen von Krupp befindet, geht damit seinem Ende zu. Der berühmteste Musikdampfer, der auf dieser Werft gebaut wurde, war die „Bremen" (41 656 BRT) des Norddeutschen Lloyd. 2020 Mitarbeiter verlieren damit ihren Arbeitsplatz, nur 440 von ihnen werden in den Neubaubereich der Bremer Vulkan AG, 100 von Hapag Lloyd in Bremerhaven übernommen. Die Auszubildenden *sollen* über die Betriebe verteilt werden. Die Ankündigung von Daimler-Benz, in Bremen rund 1000 Werftarbeiter zu übernehmen, hat keinen verbindlichen Charakter.

Viele Mitarbeiter der Werft fühlen sich von ihrem Bürgermeister getäuscht. „Betrüger, Betrüger", *riefen* sie ihm vor dem Rathaus zu. Die Bremer Politiker befinden sich mitten im Wahlkampf. In dreieinhalb Wochen geht es an die Urnen. Meinte der Betriebsratsvorsitzende Ziegenfuß: „Das ist doch eine klare Rechnung. Beim Vulkan arbeiten ja viel mehr als bei uns, nämlich 4000 Beschäftigte. Diese Stimmen hat er doch jetzt sicher."



Vor dem Bremer Rathaus protestierten gestern die Arbeiter gegen die Schließung der AG Weser FOTO: AP

Franke neuer Bausenator in Berlin

hrk. **Berlin**

Ein politischer Praktiker aus der Baubranche und gestandener Parlamentarier übernimmt morgen als neuer Bausenator in Berlin das schwierige Erbe des „Aussteigers" Ulrich Rastemborski. Richard von Weizsäcker schlug gestern seinen Parteigremien nach langwierigen internen Auseinandersetzungen vor, den 60jährigen Klaus Franke (CDU) mit dem Ressort zu betrauen.

Franke gehört seit vier Jahren als kaufmännischer Direktor dem Vorstand der größten städtischen Wohnungsbaugesellschaft (DeGeWo) an und ist Vizepräsident des Abgeordnetenhauses. Der gebürtige Berliner und frühere U-Boot-Leutnant machte sich als Vorsitzender des Bauausschusses und Experte auf diesem Gebiet in der Stadt einen Namen. Politisch zählt er zum Mehrheitsflügel der CDU, der in der Hausbesetzer-Frage den von Innensenator Heinrich Lummer stets betonten Sicherheitsaspekt unterstützt. Für Weizsäcker gab offenbar am Ende die Überlegung den Ausschlag, die Bauverwaltung einem Politiker zu übergeben, der die notwendige Durchsetzungskraft aufbringt, um die größte Behörde Berlins jederzeit im Griff zu behalten.

Am Ende des Auswahlverfahrens, bei dem auch der FDP-Bündnispartner nach seinen Wünschen gefragt worden war, blieben nur noch Franke und der Berliner Rechtsprofessor und Baujurist Klaus Finkelnburg übrig. Die FDP hatte seit Rastemborskis schriftlichem Rücktritt am vergangenen Donnerstag unmißverständlich erklärt, daß sie nur einen Kandidaten akzeptieren werde, der die „Berliner Linie" einer möglichst einvernehmlichen Lösung mit den Hausbesetzern weiterverfolge. Es ist sicher, daß Franke morgen mit den notwendigen Stimmen von CDU und FDP zum Bausenator gewählt wird.

Dahrendorf zieht Kandidatur zurück

dpa, **Stuttgart**

Der FDP-Politiker Ralf Dahrendorf hat „aus gesundheitlichen Gründen" seine Kandidatur für die baden-württembergische Landtagswahl im März nächsten Jahres zurückgezogen. Nach Angaben des Vorsitzenden des FDP-Kreisverbandes Stuttgart, Hans Reinhard Schäfer, hat Dahrendorf vor mehreren Tagen seinen Verzicht auf eine Kandidatur schriftlich mitgeteilt. Dahrendorf leidet nach FDP-Angaben an einer schweren Schilddrüsenerkrankung und muß auf dringendes Anraten seiner Ärzte auf alle seine politischen Aufgaben verzichten. Er hoffe jedoch, den Vorsitz der Friedrich-Naumann-Stiftung weiterführen zu können. Dahrendorf ist noch bis 1984 Direktor der „London School of Economics and Political Science".

Kanzleramtschef lobt Strauß

AP, **Bonn**

Lob von seiten der Bundesregierung hat der bayerische Ministerpräsident Franz Josef Strauß erhalten. Strauß liege „ganz auf der Linie der Regierung", betonte Kanzleramtschef Staatssekretär Waldemar Schreckenberger in einem gestern in Bonn veröffentlichten Interview mit der Illustrierten „Quick". Es gebe Kreise, die mit ihrem Gerede vom „Querlegen" Keile zwischen den Koalitionspartner Strauß und die Regierung treiben wollten, meinte der Staatssekretär. „Gemessen an seinen bisherigen Aktivitäten, auch was den Kredit an die DDR betrifft, kann von Quertreibereien nicht die Rede sein." Wenn Strauß die Kürzungen im Beamtenbereich oder des Mutterschaftsgeldes bemängele, drücke er damit nicht nur die Meinung der Union aus, die gern von diesen Beschlüssen absehen würde, wenn die Finanzlage dies gestatten würde, „sondern verfährt nach den Spielregeln einer föderativen Ordnung, in der die Landeschefs der Regierung ihre Meinung sagen", erklärte Schreckenberger.

SPD lehnt Forderung Lafontaines ab

dpa, **Bonn**

Das SPD-Präsidium hat die Forderung des saarländischen SPD-Landesvorsitzenden Oskar Lafontaine nach einem Austritt der Bundesrepublik aus der NATO einhellig abgelehnt. Dies teilte SPD-Vorstandssprecher Wolfgang Clement gestern in Bonn nach Beratungen des Präsidiums am Vorabend mit. Die notwendige Diskussion über die militärische Strategie im Bündnis dürfe nicht durch eine Diskussion über das Bündnis belastet werden.

Das SPD-Präsidium bekräftigte zugleich die Feststellung, die Zugehörigkeit der Bundesrepublik zum atlantischen Bündnis sei Voraussetzung für eine Politik der Entspannung und der schrittweisen und ausgewogenen Abrüstung und Rüstungsbegrenzung. Die Bundesrepublik erfülle ihre Verpflichtungen innerhalb des Bündnisses und seines festgelegten Geltungsbereichs voll, was vor allem Verdienst der Bundeswehr sei. Unter sozialdemokratischen Verteidigungsministern sei die Bundeswehr zu einer leistungsfähigen und verläßlichen Streitkraft in der Demokratie geworden.

Innerhalb kurzer Zeit stoppten die Richter zwei Großprojekte

Berliner Oberverwaltungsgericht erklärt Kohlekraftwerks-Bebauungsplan für nichtig

AXEL SCHÜTZSACK, **Berlin**

In einem mit Spannung erwarteten Umweltverfahren hat das Berliner Oberverwaltungsgericht den Bebauungsplan des im Bau befindlichen Großkraftwerkes Reuter West für nichtig erklärt. Das Urteil ist rechtskräftig, eine Berufung beim Bundesverwaltungsgericht wurde nicht zugelassen.

Zwar hat das Urteil keine unmittelbaren rechtlichen Auswirkungen auf das Kraftwerksprojekt, das langfristig die Versorgung der Stadt mit elektrischem Strom sichern soll. Auf der Grundlage eines älteren Bebauungsplans und der inzwischen ausgesprochenen Teilbaugenehmigungen kann weitergebaut werden. Dennoch dürfte die Entscheidung des Gerichts faktisch einem zumindest befristeten Baustopp gleichkommen, da die Erteilung neuer Teilbaugenehmigungen untersagt ist. Bei der Bewag (Berliner Elektrizitätswerke AG) rechnet man damit, daß durch den Spruch des Oberverwaltungsgerichts eine Verzögerung der Projektrealisierung um etwa anderthalb Jahre eintreten wird.

Schon jetzt ist abzusehen, daß die Kraftwerksgegner sich mit dem von ihnen erzielten Teilerfolg im Normenkontrollverfahren vor dem Oberverwaltungsgericht nicht zufriedengeben werden. In den Verhandlungen wurde deutlich, daß es ihnen letzten Endes darum geht, das Kraftwerksprojekt zu Fall zu bringen. Der Versuch des Gerichtspräsidenten Professor Albrecht Grundei, eine gütliche Einigung zwischen den streitenden Parteien herbeizuführen, die eine Realisierung des Kraftwerks auf der Grundlage des Bebauungsplans ermöglicht hätte, war deshalb von vornherein zum Scheitern verurteilt.

Schon bevor der vorsitzende Richter Albert Grundei eine Kompromißformel zur gütlichen Einigung der streitenden Parteien vorgelegt hatte, nach der die Bewag sich verbindlich auf Obergrenzen des Schadstoffausstoßes festlegen sollte, winkte der Rechtsanwalt der Kraftwerksgegner, Reiner Geulen, ab. Den Klägern gehe es nicht um „Kompensationen". Auch gehöre es nicht zur Kompetenz des Gerichts, einen Vergleichsvorschlag zu präsentieren. Es habe lediglich über den Antrag der Kraftwerksgegner zu entscheiden, den Bebauungsplan für nichtig zu erklären. Deutlicher hätten die Kraftwerksgegner kaum zum Ausdruck bringen können, daß es ihnen bei dem Normenkontrollverfahren weniger um die Schaffung erträglicher Umweltbedingungen, sondern vielmehr um die Verhinderung des Kraftwerkbaus selbst ging.

Der Rechtsanwalt der Bewag, Professor Klaus Finkelnburg, hatte während der Verhandlung erklärt, daß durch den Einbau einer Rauchgasentschwefelungsanlage in das neue und die Stillegung des alten Kraftwerks „global" eine Entlastung des Schadstoffausstoßes eintreten werde.

Zu einer verbindlichen Festlegung von Schadstoffobergrenzen in dem Bebauungsplan war die Bewag allerdings nicht bereit. Die an sich logische Argumentation der Bewag, daß die Festschreibung von Grenzwerten in einem Bebauungsplan dazu führe, daß neue technische Entwicklungen zur Verbesserung des Umweltschutzes in der Zeit zwischen Bauplanung und Projektrealisierung nicht berücksichtigt werden brauchten, ließ das Gericht in der Urteilsbegründung unberücksichtigt.

Es folgte vielmehr weitgehend den Argumenten der Gegner des Kohlekraftwerkes. Den Antragstellern könnten aus dem Bebauungsplan Nachteile durch Schadstoffe entstehen, die in ihrem Wohnbereich möglicherweise niedergehen würden. Da in dem Bebauungsplan für das Kraftwerk Reuter West keine Schadstoffbegrenzung festgesetzt worden sei, hätten die Belange der gesunden Wohnverhältnisse und des Umweltschutzes nicht die erforderliche Beachtung gefunden. Der Bebauungsplan müsse deshalb für nichtig erklärt werden.

Das Urteil des Oberverwaltungsgerichts hat in Berlin erhebliches Aufsehen erregt, zumal es schon das zweite Großbauprojekt ist, das innerhalb kurzer Zeit vom gleichen Gericht faktisch gestoppt worden ist. Der Berliner Senat beschäftigte sich in seiner Sitzung am Dienstag mit dem Urteil. Auch in dem Urteil, das den Bebauungsplan für die Anbindung an die neue Autobahn Berlin–Hamburg für rechtswidrig erklärte, hatte sich das Gericht weitgehend auf die Argumente der Gegner der Autobahnanbindung durch den Tegeler Forst gestützt.

Länder-Finanzausgleich: Nun klagt auch Stuttgart in Karlsruhe

Baden-Württemberg fühlt sich als „Zahlmeister" der Bundesrepublik benachteiligt

XING-HU KUO, **Stuttgart**

Baden-Württemberg wird beim Bundesverfassungsgericht (BVG) in Karlsruhe eine Klage gegen die bisherige Regelung des Länderfinanzausgleichs einreichen. Dies hat die Stuttgarter Landesregierung jetzt beschlossen, wie Ministerpräsident Lothar Späth (CDU) gestern bestätigte und erläuterte. In dem Normenkontrollantrag wird Stuttgart darauf hinweisen, daß Baden-Württemberg nach wie vor mehr als 70 Prozent der Zahlungen im Finanzausgleich der Bundesländer alleine aufbringen müsse. Dabei werde die überdurchschnittliche Steuerkraft des Südwestens „ungleich stärker abgeschöpft" als bei den anderen ausgleichspflichtigen Ländern Hessen und Hamburg, so Regierungssprecher Matthias Kleinert.

Damit hat der jahrelange Streit zwischen den Bundesländern einen neuen Höhepunkt erreicht. Vor allem Baden-Württemberg fühlt sich als „Zahlmeister" der Bundesrepublik benachteiligt. Denn als der Länderfinanzausgleich 1970 neu geregelt wurde, zahlte der Südwesten nur 26 Prozent der Ausgleichszuwendungen an finanzschwache Länder in einer Gesamthöhe von 1,22 Milliarden Mark. Inzwischen hat sich, wie Finanzminister Guntram Palm kürzlich in Stuttgart berichtete, die Steuerkraft immer mehr zugunsten des Südens verschoben. Stuttgart zahle heute fast mehr als 70 Prozent in den Ausgleichsstopf, die restlichen knappen 30 Prozent werden von Hamburg und Hessen übernommen.

Alleine in diesem Jahr wird Baden-Württemberg voraussichtlich 1,6 Milliarden Mark an andere Bundesländer als „Entwicklungshilfe" zahlen müssen, für 1984 wird sogar mit einer weiteren Erhöhung um rund 150 Millionen (1,747 Milliarden Mark) gerechnet, teilte die Regierung in Stuttgart mit.

Besonders unzufrieden war Baden-Württemberg mit Niedersachsen: dieses Empfängerland ist inzwischen durch Erdölförderzinsen selber „wohlhabend" geworden. Diese Einnahmen wurden jedoch bis zum Sommer vorigen Jahres nicht im Finanzausgleich verrechnet. Es gelang, in diesem Punkt einen Kompromiß mit Hannover zu erzielen. Danach wird rund ein Drittel dieser Zinseinnahmen künftig mitverrechnet.

Diese politische Lösung zwischen den beiden unionsregierten Ländern behagte indes Nordrhein-Westfalen nicht. Düsseldorf profitiert nämlich nicht von der Einigung Späth-Albrecht. Als erstes Bundesland hat die Regierung Johannes Rau deshalb den Gang nach Karlsruhe beschritten. In einem Normenkontrollverfahren will Nordrhein-Westfalen vor allem erreichen, daß die besonderen wirtschaftlichen Schwierigkeiten, wie etwa die Belastungen im Kohle- und Stahlbereich, mehr als bisher berücksichtigt würden.

Um zu verhindern, daß durch die Klage aus Düsseldorf nur Teilaspekte des Finanzausgleichs durch das höchste Gericht geprüft werden, sah sich die Regierung Späth gezwungen, nun ihrerseits zu klagen.

Zu den von Stuttgart besonders beanstandeten Punkten, die die Karlsruher Richter jetzt beschäftigen werden, zählen die nach Ansicht Baden-Württembergs bevorzugte Behandlung der Hansestädte Hamburg und Bremen („Hanseatenprivileg") bei der Berechnung für den Finanzausgleich, die bisherige Regelung von bestimmten „Sonderlasten" und Ergänzungszuweisungen.

Der Aufschwung des Lothar Späth

Von XING-HU KUO

Als vor fünf Jahren, am 30. August 1978, Lothar Späth (CDU) neuer Ministerpräsident von Baden-Württemberg wurde, war er vor allem außerhalb der Landesgrenzen weitestgehend unbekannt. Aber auch im Südwesten wirkte der damals erst 40jährige noch recht farblos, obwohl seit einem halben Jahr Innenminister und zuvor mehrere Jahre Fraktionschef der regierenden CDU. Vor allem im Vergleich mit seinem vorzeitig zurückgetretenen Vorgänger Hans Filbinger, der über seine Vergangenheit als Marinerichter in der NS-Zeit gestolpert war, war Späth ein „unbeschriebenes Blatt".

Heute zählt Späth in der Union zu den profilierten Landesfürsten. Sowohl in Baden-Württemberg als auch im Bereich der Bundespolitik hat Späth in den letzten fünf Jahren prägende Einflüsse ausgeübt. Gleichzeitig waren manche seiner Entscheidungen und Vorschläge, die nicht selten vorschnell und im Alleingang gefällt wurden, nicht nur Gegenstand herber Kritik im gegnerischen Lager, sondern auch innerhalb der Unionsparteien heftig umstritten.

Späth, 1978 jüngster Ministerpräsident der Bundesrepublik (1937 in Sigmaringen geboren, Oberschule in Beilstein und Heilbronn, 1967 mit 30 Jahren Bürgermeister in Bietigheim, Geschäftsführer und Vorstandsmitglied der Neuen Heimat, von 1972 bis 1978 CDU-Fraktionsvorsitzender, 1978 sechs Monate Innenminister), stand vor einer schwierigen Aufgabe, als er plötzlich das Amt Filbingers übernehmen mußte.

Er stand zunächst im Schatten des überaus populären und erfolgreichen Vorgängers (bis zu 57 Prozent der Wählerstimmen hatte Filbinger verbuchen können). Außerdem war die Regierungspartei vor allem durch die zermürbenden Diskussionen um den zurückgetretenen Regierungschef nicht in allerbester Verfassung.

Das erste Regierungsjahr Späths stand völlig im Zeichen des Versuchs, sich selbst fast um jeden Preis „populär" zu machen. Der neue Regierungschef scheute sich nicht, durch Kirschkernspucken und Teilnahme an Quizsendungen im Fernsehen auf sich aufmerksam zu machen. Er bereiste ganz Baden-Württemberg, zugleich entfaltete er eine fieberhafte Auslandsreisetätigkeit.

Späth versuchte schon damals, sich in Bundes-, Deutschland- und Außenpolitik zu profilieren. In Teilen der Union wurde beispielsweise Späths Vorpreschen in der Ostpolitik mit Unbehagen registriert. In einem „Stern"-Interview im Oktober 1980



hatte er die Union aufgefordert, eine Kurskorrektur vorzunehmen, mehr Kontakte zu den kommunistischen Staaten aufzunehmen und keine Berührungsängste in diesem Bereich zu zeigen.

1981 versuchte Späth seine Fähigkeiten als Finanzexperte herauszustellen. Er schaltete sich mehrfach in die damalige Bonner Spardebatte ein. Kurz vor dem Hamburger CDU-Parteitag erregte Späth Aufsehen mit seiner Forderung an die Parteispitze, mehr „Führungskraft" zu zeigen.

Späth festigte trotz der Kritik sowohl in der Landes- als auch in der Bundes-CDU seine Position. 1979 wurde er in Reutlingen mit großer Mehrheit zum neuen Landesvorsitzenden, in Mannheim 1981 zu einem der stellvertretenden Bundesvorsitzenden gewählt.

Späth, der zugibt, in der Anfangszeit eine „vordergründige" Politik betrieben zu haben, wandelte sich allmählich zu einem langfristig planenden „Vordenker" der Partei. In den letzten zwei Jahren verschoben sich die Akzente. „Strukturfragen" lautet nunmehr das Lieblingsthema des Regierungschefs. Durch die wirtschaftlichen Schwierigkeiten, die auch in Baden-Württemberg bestehen, obwohl dieses Land nach wie vor die niedrigste Arbeitslosenquote hat, sind im Bereich der Firmenkonkurse und der Jugendarbeitslosigkeit ernste Probleme entstanden. Daher befaßt sich die Landesregierung zunehmend mit Zukunftsthemen. Dies kommt in Kongressen mit dieser Thematik zum Ausdruck und in den Maßnahmen der Späthschen Regierung. Seine Rezepte gegen die Wirtschaftsmisere lauten: Entwicklung und Anwendung der neuen Technologien (die neue Arbeitsplätze schaffen und die Welt humanisieren sollen), eine entsprechende Forschungs-, Mittelstands- und Exportförderung (enge Kooperation mit den Ländern der Dritten Welt) und ähnliches mehr.

Im Bereich der Gesellschaft will Späth einen Verzicht auf „Klassenkampf" erreichen, statt dessen spricht er häufig von der neu zu bildenden „Versöhnungsgesellschaft". In diesem Rahmen setzt sich der Regierungschef nicht nur verstärkt für die „Solidarität mit der Dritten Welt" ein, sondern scheut seit der Bonner Wende auch die innenpolitische Auseinandersetzung nicht. So beispielsweise im Streit innerhalb der Unionsparteien in Sachen Mutterschaftsgeld oder bei seinen Vorschlägen hinsichtlich von Weihnachtsgeldkürzungen im öffentlichen Dienst.

In manchen Fragen hat Späth, teils mit Erfolg, versucht, bundesweit eine Vorreiterrolle zu spielen: in der Asylanten- und Ausländerpolitik oder im Wohnungsbau.

Die Rückkehr von Isabel verstört auch Peronisten

Argentiniens Expräsidentin greift in den Wahlkampf ein

MANFRED NEUBER, **Bonn**

Mit gemischten Gefühlen erwartet Argentinien die Rückkehr der früheren Präsidentin Isabel Perón (53) aus dem spanischen Exil. Ihr langes Schweigen lähmte die Peronisten und schwächt deren Chancen bei den vom Militärregime für den 30. Oktober angesetzten Wahlen.

Die Witwe Peróns will Ende August, nach einem Zwischenaufenthalt in Paraguay, in Buenos Aires eintreffen. Sie soll den Vorsitz auf dem Parteikongreß am 3. und 4. September führen, bei dem die Peronisten ihren Präsidentschaftskandidaten bestimmen werden.

Den meisten Argentiniern ist die chaotische Regierungszeit Isabel Peróns, die 1974 die Nachfolge ihres verstorbenen Mannes antrat und 1976 gestürzt wurde, in schlechter Erinnerung. Doch in der Sicht ihrer Anhänger umgibt sie die peronistische Aura.

Fünf Jahre lang wurde die abgesetzte Präsidentin unter Hausarrest gestellt, dann durfte sie 1981 nach Madrid ausreisen. In einem Prozeß wegen Korruption für schuldig befunden, kann Frau Perón in Argentinien kein öffentliches Amt mehr bekleiden.

Während eine kleine Gruppe ihr blind ergebener Gefolgsleute die Rehabilitierung Isabel Peróns verlangt und sie als Präsidentschaftskandidatin vorschlägt, ringen einige Aspiranten um ihre Gunst, und andere Bewerber fordern parteiinterne Wahlen statt eines einsamen Entschlusses.

Die jetzt an Häuserwänden wieder auftauchenden Parolen „Perón und Evita leben!" (Evita war die erste Frau des Caudillos) können keine Entscheidungshilfe sein. Und der Spruch aus dem Vermächtnis des Juan Domingo Perón „Mein einziger Erbe ist das Volk" läßt die Peronisten bei der Führersuche ratlos.

Zwei Anwärter verloren die Geduld und erklärten ihre Kandidatur, ohne das Plazet von „La Señora" zu haben: der ehemalige Interimspräsident Italo Luder und der frühere Wirtschaftsminister Antonio Cafiero. Luder werden die größeren Aussichten auf die Nominierung eingeräumt, nachdem bekanntwurde, daß Cafiero offenbar sich mit dem Posten des Gouverneurs von Buenos Aires bescheiden will.

Im Rennen liegen noch der frühere Außenminister Angel Robledo, der eine innere Demokratie bei den Peronisten befürwortet, und Peróns früherer Leibarzt Raúl Matera, der ebenfalls die hierarchische Befehlsstruktur bei den Peronisten ablehnt. Der amtierende Parteivorsitzende Deolindo Bittel, als Vizepräsident im Gespräch, tendiert zu Italo Luder. Beide sind schweizerischer Abstammung.

Die Verwirrung im peronistischen Lager unmittelbar vor dem Nominierungskongreß und acht Wochen vor den Wahlen rührt auch von geheimnisvollen Kontakten des Admirals Emilio Massera nach Madrid her. Als Marine-Chef gehörte er der Junta an, die Frau Perón stürzte. Schon 1978 setzte er sich vom Militärregime ab und versuchte, eine populistische Bewegung aufzubauen. Seit einiger Zeit wirbt er um die peronistische Galionsfigur.

Auf diese bizarre Konstellation trifft auch die Feststellung des argentinischen Schriftstellers Ernesto Sabato zu: „In diesem verrückten, surrealistischen Lande ist alles möglich." – Fußnote zum Phänomen Massera: Der Admiral sitzt seit Wochen in Haft, weil er Beweismaterial im Falle eines Verschwundenen beseitigt haben soll.

In Argentinien ist tatsächlich vieles anders. Bei einer Gallup-Umfrage wurde nicht ermittelt, wer bei den Wählern am höchsten in der Gunst steht, sondern für wen sie auf gar keinen Fall stimmen würden. (Vier Wochen nach den Wahlen am 30. Oktober liegt die Kür des Präsidenten in den Händen von Wahlmännern.)

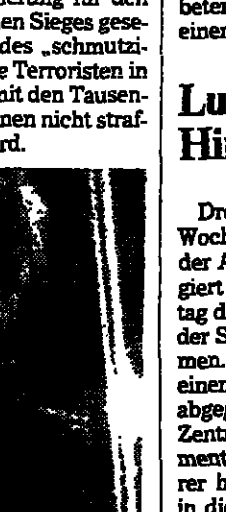
Bei dieser „verkehrten" Befragung schnitt Isabel Perón mit 50 Prozent am schlechtesten ab. Gegen den Gewerkschaftsführer Lorenzo Miguei stimmten 39 Prozent, gegen Admiral Emilio Massera 32 Prozent und gegen den liberalen Wirtschaftsfachmann Alvaro Alsogaray 30 Prozent.

Nur etwa acht Prozent der befragten Argentinier wandten sich sowohl gegen den Peronisten Italo Luder wie gegen Raúl Alfónsin, den aussichtsreichen Präsidentschaftskandidaten der kleinbürgerlichen Radikalen Volksunion. Alfónsin begann seinen Wahlkampf sofort nach der Wiederzulassung der Parteien vor einem Jahr und erhielt im Juli die offizielle Nominierung seiner Partei.

Der populäre Rechtsanwalt setzt auf die Jungwähler, um die Vorherrschaft der Peronisten brechen zu können. Alfónsin will den Einfluß der Gewerkschaften und der Streitkräfte auf die Tagespolitik eindämmen und die sogenannten Malvinas (Falkland-Inseln) durch Verhandlungen zurückgewinnen.

Unterdessen verlautete aus Madrid, daß sich Isabel Perón nicht in die Führungskämpfe der Peronisten einschalten wolle. Als ihr „persönlicher Vertreter" in Argentinien soll der ehemalige Innenminister Vicente Damasco ernannt werden.

In der Wahl Damascos, eines pensionierten Obersten, wird in der Armee eine Rückversicherung für den Fall eines peronistischen Sieges gesehen, daß die Periode des „schmutzigen Krieges" gegen die Terroristen in den siebziger Jahren mit den Tausenden von Verschwundenen nicht strafrechtlich aufgerollt wird.



Darf selber nicht kandidieren: Isabel Perón. FOTO: DPA

Großes Echo auf Aktion der „Bild"-Zeitung

Mehr als 700 zusätzliche Lehrstellen vermittelt

DW. **Bonn**

Die bisher größte private Lehrstellen-Aktion, entwickelt von der „Bild"-Zeitung in Zusammenarbeit mit der Bundesanstalt für Arbeit und den vier größten Wirtschafts-Verbänden, ist schon jetzt ein voller Erfolg: Innerhalb von 14 Tagen konnten mehr als 700 zusätzliche Lehrstellen geschaffen werden.

Seit dem 15. August veröffentlicht Europas größte Tageszeitung (täglich 11,3 Millionen Leser) Lehrstellen-Angebote. Die Aktion steht unter der Schirmherrschaft von Bundeskanzler Helmut Kohl. Der Kanzler: „Ich begrüße und unterstütze die Aktion der ‚Bild'-Zeitung. Wir alle helfen jungen Menschen die ausbildungswillig und -fähig sind."

Die Aktion läuft so ab: Täglich ab 9.00 Uhr bis abends 22.00 Uhr kann sich jeder, der eine Lehrstelle schaffen will, unter den Telefon-Nummern 040–35 11 91, 040–3 47 48 00 und 040–3 47 48 09 melden. In der „Bild"-Redaktion sitzen Fachkräfte der Bundesanstalt für Arbeit (Berufsberater). Sie nehmen die Stellenangebote entgegen. Danach prüfen sie – in Zusammenarbeit mit den zuständigen Arbeitsämtern – ob der Anbieter auch tatsächlich ausbildungsberechtigt ist, und ob die angebotene Lehrstelle eine zusätzliche ist. Wenn alle Fragen geklärt sind, geben die Berufsberater der „Bild"-Redaktion die Daten durch. Diese Stelle wird dann am anderen Tag in der „Bild"-Zeitung veröffentlicht und darauf hingewiesen, daß sich Interessenten an das zuständige Arbeitsamt wenden können.

Renommierte Unternehmen machen bei dieser Aktion mit: Dresdner-Bank-Chef Friederichs stellte gleich 25 zusätzliche Lehrstellen für Bankleute zur Verfügung. Auch das Verlagshaus Axel Springer ging mit gutem Beispiel voran: zehn Lehrstellen für Verlagskaufleute, Bürogehilfinnen, Druckvorlagen-Hersteller. Der Optiker Fielmann genehmigte 15 zusätzliche Lehrstellen, BP-Chef Buddenberg und Ford-General-Direktor Goedevert jeweils 15 Lehrstellen. Eine Welle der Hilfsbereitschaft kam auch von den Handwerksbetrieben: Schlosser, Textilläden, Gebäudereiniger, Schlachter, Friseure, Rechtsanwälte – kaum eine Berufsgruppe fehlt unter den Lehrstellen-Angeboten.

Ein Riesenaufwand der Zeitung: Täglich sind rund 40 Redakteure allein mit der Lehrstellen-Aktion befaßt. In den 146 Arbeitsämtern zwischen Kiel und Konstanz sind Fachleute im Vermittlungsgeschäft mit der „Bild"-Aktion tätig.

Berlin: Erste Spur im Asala-Anschlag

hrk. **Berlin**

Nach dem Sprengstoffanschlag der armenischen Geheimarmee „Asala" in Berlin, bei dem eine Person getötet und 23 verletzt wurden, verfolgt die Sonderkommission der Polizei jetzt eine erste heiße Spur. Zwei Zeugen beschrieben übereinstimmend einen etwa 35jährigen Mann von „südländischem Typ", der etwa eine Viertelstunde vor der Explosion das „Maison de France" betrat. Er trug eine Sporttasche an einem Schulterriemen und ein in braunes Packpapier eingewickeltes Paket von der Größe eines Schuhkartons bei sich.

Unabhängig voneinander hatten zwei Berliner diesen Mann kurz vor der Explosion im Nebenhaus des betroffenen Gebäudes und wenig später im vierten Stockwerk des Hauses bemerkt. Diese Etage war schon vor dem Anschlag für die Öffentlichkeit nicht zugänglich gewesen. Berlins Staatsschutzchef Manfred Ganschow erklärte dazu, der Verdächtige habe offenbar versucht, zunächst vom Nebenhaus aus in das französische Generalkonsulat zu gelangen. Zwischen beiden Häusern gibt es jedoch keine Verbindung.

Bastian mahnt die Grünen

hey. **Bonn**

Die Bundestagsabgeordneten der Grünen haben sich auf einer Klausurtagung in Altenahr nicht auf eine gemeinsame Haltung gegenüber gewalttätigen Demonstranten einigen können. In einer kontroversen Diskussion betonte der ehemalige Bundeswehrgeneral Gert Bastian mit Nachdruck, die Grünen dürften „absolut nichts" mit Krawallmachern und Chaoten zu tun haben. Er verwies insbesondere auf die schweren Ausschreitungen, die angereiste Gewalttäter während des Besuchs des US-Vizepräsidenten George Bush in Krefeld ausgelöst hatten.

Bei der erneuten Beratung des Falls des bisherigen Landtagsabgeordneten Frank Schwalba-Hoth, der in Wiesbaden den amerikanischen General Paul Williams mit Blut bespritzt hatte, blieb es bei einer vorsichtigen Distanzierung. Damit steht die Fraktion weiter im Gegensatz zur Haltung der Parteiführung und der hessischen Grünen.

Außerdem berieten die Abgeordneten über ihre Beteiligung an Demonstrationen gegen eine mögliche Stationierung neuer Mittelstreckenraketen. So will sich von Donnerstag an Bastian zusammen mit anderen an einem „Friedenscamp" in Mutlangen beteiligen. Außerdem will man sich einer Aktion in Bitburg anschließen.

Luftpiraten räumen Hindernisse

AFP/rtr, **Teheran/Paris**

Drei der vier Luftpiraten, die am Wochenende eine Passagiermaschine der Air France nach Teheran umdirigiert hatten, haben gestern nachmittag damit begonnen, Hindernisse von der Startbahn des Flughafens zu räumen. Berichte, wonach die Entführer einen Schuß auf eine ihrer Geiseln abgegeben haben, werden von der Zentrale der Air France in Paris dementiert. Einer der Flugzeugentführer habe lediglich einen Warnschuß in die Luft abgefeuert. Ungewiß war gestern, ob Teheran der Maschine Starterlaubnis geben würde.

Die Luftpiraten hatten gestern noch sieben französische Besatzungsmitglieder sowie mindestens neun Passagiere in ihrer Gewalt. Sie fordern von Frankreich, sich zum Abzug seiner Truppen aus Tschad und Libanon zu verpflichten, die militärische und wirtschaftliche Hilfe an Irak einzustellen und arabische Häftlinge aus französischen Gefängnissen freizulassen. Die Frist zur Erfüllung ihrer Forderung verstrich gestern, ohne daß die Terroristen ihre Drohung, die französische Besatzung zu töten, wahr machten.

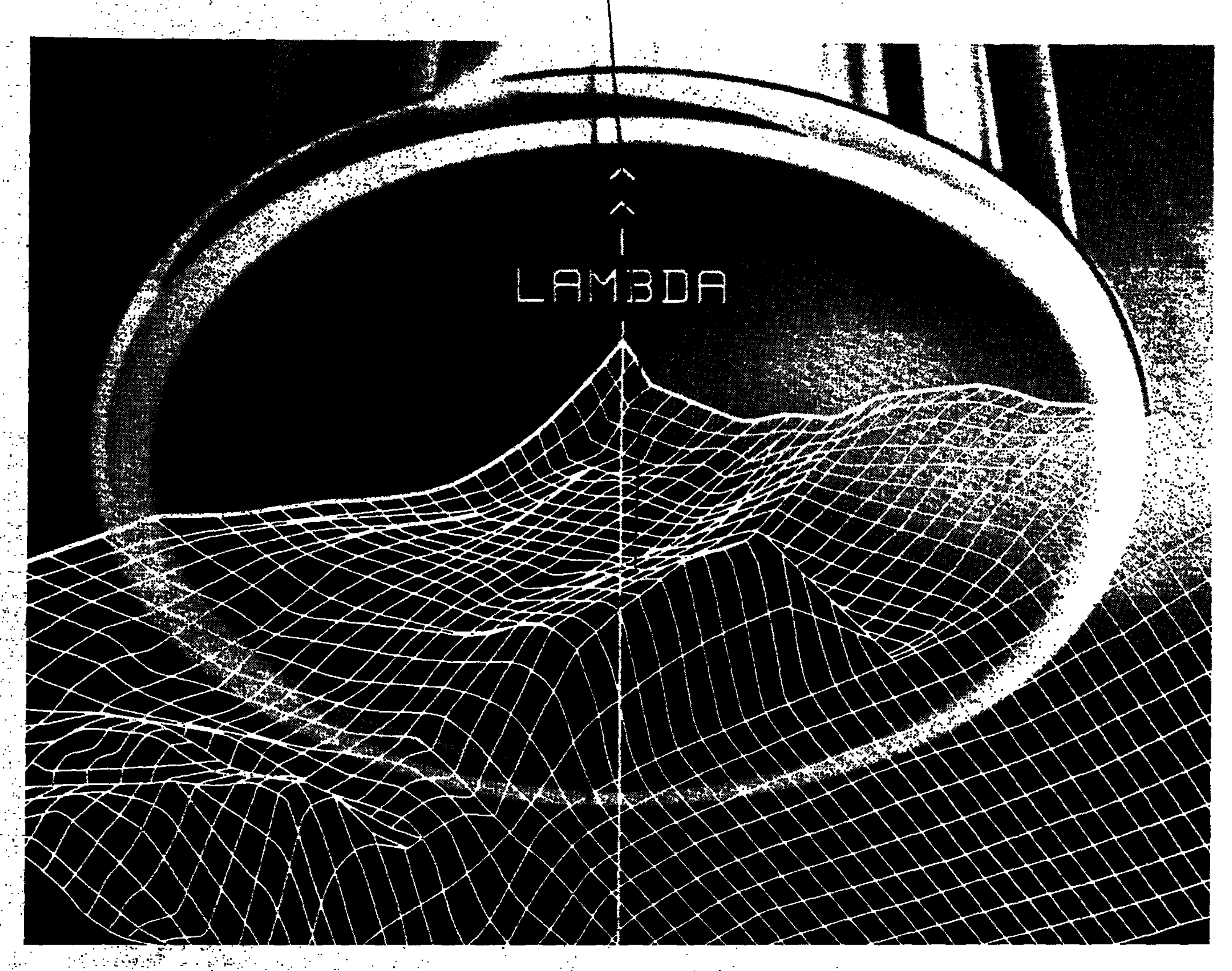
Geschäftsführer verläßt Ullstein

dpa, **Berlin**

Der Programmgeschäftsführer bei den Ullstein Buchverlagen, M. Joachim Maître, scheidet auf seinen Wunsch am 1. Oktober 1983 aus dem Verlagshaus Axel Springer aus. Gleichzeitig legt er die Geschäftsführung in der Verlag Ullstein GmbH nieder. Wie der Springer Verlag in Berlin mitteilte, wird bis zur Ernennung eines neuen Programmgeschäftsführers bei den Ullstein-Buchverlagen Viktor Niemann auch diesen Geschäftsbereich verantwortlich führen. Maître kehrt in die Vereinigten Staaten zurück, um dort seine akademische Laufbahn wieder aufzunehmen. Er werde in Amerika, so heißt es in der Pressemitteilung ferner, auch Axel Springer und dem Haus „für Sonderaufgaben zur Verfügung stehen".

DIE WELT (usps 603-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the U. S. A. is US-Dollar 365,00 per annum. Second class postage is paid at Englewood, N.J. 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: Send address changes to German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs N.J. 07632.

Plädoyer für ein neues Umweltbewußtsein durch kreative Technik.



»...alle Experten sind sich darüber klar,... Umweltschutz-Anforderungen lassen sich ohne Elektronik genausowenig bewältigen wie eine optimale Energienutzung verwirklichen.« (FAZ v. 30.9.81)
Und gerade das bessere Automobil muß *sich heute auch daran messen lassen, was* es für die Umwelt tut.

Es gibt keinen anderen Automobilhersteller, der bei Serienfahrzeugen so umfassend und so konsequent umweltfreundliche Elektronik einsetzt wie BMW.
Denn wir wollen auch dieses Gebiet, das für den Fortschritt dringend notwendig ist, *in unserem Sinn gestalten.*
Mit der Absicht, dem Fahrer zu helfen, sein Automobil trotz wachsender Belastung nicht nur effektiver, sondern vor allem auch umweltfreundlicher zu bewegen.

BMW hat als erster der Welt computergesteuerte Triebwerke entwickelt.
Triebwerke mit einer umfassenden *elektronischen Steuerung, die – wie es die* Mechanik nie können wird – für einen *Betrieb mit magerstem Kraftstoff-Luft-*Gemisch sorgt und damit zu günstigsten Abgaswerten beiträgt.
Heute, nachdem andere zum Teil noch nicht einmal damit zu experimentieren beginnen, werden bei BMW schon 35 % des gesamten Modell-Programms mit der Digitalen Motorelektronik ausgestattet.
Und auch das ist einmalig:
BMW bietet wie kein vergleichbarer Hersteller bei fast 90 % aller Modelle die besonders umweltfreundliche elektronische Einspritzanlage.

BMW Triebwerks-Elektronik steuert den Fortschritt immer wirkungsvoller.
Da wir das so frühzeitig wie kein anderer erkannt und deshalb einmalig konsequent solche technischen Lösungen entwickelt und eingesetzt haben, hat sich BMW *bei der Lösung* anstehender *Energiespar-* und Umweltprobleme einen Vorsprung erarbeitet.
Eine Basis von Know-how, auf der es viel leichter fällt, neue Herausforderungen anzunehmen – nicht erst, wenn sie ein Gesetzgeber fordert.

Natürlich bleibt noch viel zu tun.
Aber während andere noch den Weg suchen, sind Sie mit BMW schon auf dem richtigen.
Die Erfahrung, die BMW im Umgang mit modernster, leistungsfähiger und innovativer Technologie hat, ist die Voraussetzung dafür, daß wir so schnell neue *Lösungen* anbieten können.
Sehr interessante Lösungen z.B. für den *Betrieb mit bleifreiem Benzin oder beim Einsatz* von Abgasreinigungsanlagen.
Ein aktuelles Beispiel für den *Vorsprung* von BMW Technologie, auch im Hinblick auf die Verminderung von Schadstoff-Anteilen im Abgas:
Triebwerke mit eta-Konzept und Digitaler Motor-Elektronik.
Ein Triebwerk mit eta-Konzept wird u.a. für die Nutzung von bleifreiem Benzin unter harten Abgas-Bestimmungen auch in den USA eingesetzt – dort mit Katalysator-Technik und Lambda-Sonde.

Dieser Motor ist selbstverständlich – entsprechendes Benzin vorausgesetzt – auch in Europa einsatzbereit.
Und das ohne die häufig diskutierten drastischen Nachteile bei Leistung und Verbrauch.

Es ist Ausdruck größeren Verantwortungsbewußtseins, daß man hochwertige, umweltfreundliche Technik nicht nur den teuersten Modellen des Programms zukommen läßt.
Bei BMW hat selbst bereits der 316 eine umweltfreundliche Gemischaufbereitungs-Anlage.
*Der 316 wie der 518 besitzen als erste Auto*mobile der Welt elektronisch gesteuerte Vergaser.
Auch hier sorgt die intelligente Elektronik dafür, daß gerade in problematischen Fahrsituationen so wenig wie möglich Kraftstoff zu so wenig wie möglich Abgas verbrannt wird – z.B. im Stadtverkehr während der Warmlaufphase.

Wer mit großem Bewußtsein fährt, kann bei BMW ganz besonders intelligente Lösungen erwarten.
Wer beim anspruchsvollen Automobil bestmögliche Energie-Nutzung und eine minimale Umweltbelastung fordert, findet bei BMW einzigartige Lösungen:
z.B. die eta-Technologie, die praktisch ohne Abstriche bei Leistung und Komfort Bestwerte liefert.
Und weil *sich* mit *Diesel-Triebwerken* ebenfalls günstige Abgaswerte realisieren *lassen, bietet* BMW *auch hier ein* entsprechendes Fahrzeug: den BMW 524td.
Keine vergleichbare Diesel-Limousine bietet soviel Leistungsfähigkeit bei so *niedrigem* Verbrauch.

Während andere noch versuchen, Standardautomobile so sportlich wie einen BMW zu machen, sind wir in der Entwicklung ein gutes Stück weiter.
Warten Sie nicht auf die Zukunft.
Nutzen Sie Ihren Anteil daran schon heute.
Mit einem BMW tun Sie nicht nur mehr für sich, sondern auch viel für andere.



In der Flüchtlingshilfe liegt China ganz vorn

Erfolgreicher Einsatz für Heimatlose aus Indochina

JOHNNY ERLING, Bonn

Auf der Tagesordnung der Hawaiier Sonderkonferenz von vier bedeutenden Asylländern standen im August nicht etwa die 17 000 neuen Indochina-Flüchtlinge aus Laos, Kambodscha und Vietnam, die das UNO-Hochkommissariat für Flüchtlingswesen (Unher) für das erste Halbjahr 1983 registrierte. Die USA, Kanada, Australien und Japan debattierten statt dessen über das immer noch ungewisse Schicksal der fast 200 000 Flüchtlinge, die schon lange in den Auffanglagern Thailands, Malaysias, den Philippinen und Hongkongs auf eine Asylgewährung für Drittländer warten.

Die Volksrepublik China war auf Hawaii nicht vertreten, obwohl sie nach einhelligem Lob der Unher bislang mehr für die Flüchtlinge getan hat als jedes andere Land mit Ausnahme der USA, wo bislang 500 000 Asiaten Aufnahme fanden. Zum Vergleich: An sechster Stelle der Weltaufnahmeländer steht die Bundesrepublik Deutschland mit 21 685 Vietnamesen.

In China haben von mehr als einer Million Indochina-Flüchtlingen mittlerweile 270 000 Aufnahme gefunden. Dabei ist die Volksrepublik das einzige Land Asiens, das Flüchtlingen eine ständige Ansiedlung ermöglicht, nachdem sie 1979 selbst Mitglied des Exekutivkomitees für Flüchtlingshilfe wurde. Als zweites sozialistisches Land hat China im vergangenen Jahr nach Jugoslawien auch die internationale Flüchtlingskonvention ratifiziert. Damit garantiert Peking seit 1982 den Flüchtlingen den Schutz vor Ausweisung sowie ihren Anspruch auf Pässe.

Der Flüchtlingsstrom nach China hatte im Frühjahr 1978 begonnen. Innerhalb weniger Monate, bevor im August die Grenzen zu Vietnam geschlossen wurden, gelangten fast 250 000 Vietnamesen nach China. Sie wurden von Peking nach kurzer Zeit in Übergangslagern auf über 150 staatliche Landwirtschaftsfarmen und Fischzuchtgebieten in den südlichen Provinzen Yunan, Guangxi, Guandong und Fujian verteilt.

Das UNO-Hochkommissariat, das Peking 1979 offiziell zu Hilfe kam und ein ständiges Büro in der chinesischen Hauptstadt unterhält, hat nun nach fünf Jahren eine erstaunlich positive Bilanz gezogen. Die Integration sei in China weitgehend gelungen.

Mit der Flüchtlingsarbeit beauftragte chinesische Beamte bezeichnen dabei als größtes Problem der Eingliederung die Arbeitsbeschaffung für die Flüchtlinge, die zu 90 Prozent chinesischer Abstammung sind und den in Südchina verbreiteten kantonesischen Dialekt weitgehend beherrschen. Den geflohenen, vorwiegend städtischen Kleinhändlern, Bauern und Fischern hat der *chinesische Arbeitsmarkt nichts zu* bieten.

Die politisch und national willkommen geheißenen Flüchtlinge konnte China daher weder in seinen überbevölkerten Städten ansiedeln, noch den armen Volkskommunen aufbürden. Als Ausweg boten sich die einst von der Armee betriebenen staatlich subventionierten Farmen an, die zur Erschließung unwegsamer Gebiete eingerichtet worden waren.

Für Wohnungs- und Versorgungsprogramme, vor allem aber für Selbsthilfeprojekte hat Peking bislang über 600 Millionen Dollar aufgewendet, wobei die UNO weitere 41 Millionen Dollar zur Verfügung stellte.

Die anfängliche Unzufriedenheit der meisten Flüchtlinge mit ihrem Schicksal scheint überwunden. Zwischen 1979 und 1981 versuchten noch Tausende, angelockt vom „Traumziel" Amerika, erneut die Flucht nach Hongkong, wo sie sich als soeben gelandete Bootsflüchtlinge ausgaben. Fast alle endeten im eng geflochtenen Netz der Einwanderungsbehörden der Kronkolonie und Macaos. Sie wurden umgehend zurückgeschickt, denn nach internationaler Vereinbarung verlieren Flüchtlinge ihren Status, wenn sie in einem Land länger als sechs Monate angesiedelt waren.

Die legale Ausreisemöglichkeit, die ihnen Peking nun im Zuge der Familienzusammenführung bietet, haben bislang nur wenige wahrgenommen. Nach Ansicht von Jacque Mouchet, dem Leiter des Pekinger Unher-Büros, ist der entscheidende Grund dabei die Unmöglichkeit, ihre Verwandten in aller Welt zu finden und so die Aufnahmegenehmigung eines Drittlandes zu erhalten. Bislang gelang es 832 Vietnamesen auszureisen.

Das Netzwerk der PLO überzieht gesamte UNO

Die Palästina-Konferenz in Genf dient der Propaganda

GITTA BAUER, New York

Jassir Arafat, der vor der Palästina-Konferenz in Genf eine markige Botschaft verlesen ließ, mag erheblich an Macht verloren haben seit jenem Tag im November 1974, da der PLO-Führer in Imperatorenpose und mit Pistole vor die Vollversammlung der Vereinten Nationen trat und der Welt „den Ölzweig oder den Karabiner" anbot. In der Weltorganisation selbst jedoch hat sich die Basis der PLO bedeutend erweitert, seit sie von der Generalversammlung mit Mehrheit als *„einzig legitime Vertreterin* des palästinensischen Volkes" anerkannt und ihr – wie einem Staat – Beobachterstatus verliehen wurde. In Genf wurde sie sogar zum „Vollmitglied der Konferenz" erklärt, worauf ihr Delegationsleiter Faruk Kaddumi prompt eine internationale Konferenz zur Lösung des Pallästina-Problems mit den USA und der Sowjetunion als Hauptbeteiligten forderte.

Daß die PLO heute wie ein Netz die Vereinten Nationen überzieht, ihr Sekretariat, ihre Ausschüsse, ihre Agenturen und die Spezialorganisationen, liegt an der einseitig gegen Israel ausgerichteten Mehrheit, aber auch an der UNO-Bürokratie. Schon im Jahr nach Arafats Auftritt beschloß die Vollversammlung die Gründung des „Ausschusses für die Ausübung der unveräußerlichen Rechte des Palästinensischen Volkes". Der 23köpfige Ausschuß wird von einem Senegalesen geleitet. Ihm zur Seite stehen ein Kubaner und ein Afghane, die das Sagen haben. Nicht ein westliches Land gehört dem Komitee an, das eine Fülle von Papier produziert hat, darunter einen höchst fragwürdigen Report über „Ursprung und Entwicklung des Palästina-Problems". Die Karten, die das ursprüngliche Mandatsgebiet Palästina umreißen, haben „vergessen", daß Transjordanien zu diesem Gebiet gehörte, das immerhin 75 Prozent des Völkerbundsterritoriums Palästina ausmachte.

Zwei Jahre später, im Dezember 1977, wies die Vollversammlung den damaligen Generalsekretär Kurt Waldheim an, eine „Spezialeinheit" zur Propagierung der Palästina-Frage zu schaffen. Diese Propagandakompanie ist inzwischen zu einer „Division" im Sekretariat ausgebaut worden. Laut Hans Janitschek, Pressechef der seit Montag in Genf tagenden Palästina-Konferenz, soll die Division (Abteilung) im Gefolge der Konferenz noch weiter aufgewertet werden zu einem „Zentrum", ähnlich dem „Zentrum gegen Apartheid". Ein „Assistant Secretary General" mit diplomatischem Status und ein paar Neueinstellungen von drei bis vier Beamten des höheren Dienstes sind damit verbunden.

Selbst eine der ältesten und ursprünglich humanitären Zwecken dienende Organisation wie die Unrwa, die die Flüchtlingsnot im Nahen Osten lindern soll, ist von der Usurpation durch die PLO nicht verschont geblieben. Vor fast einem Jahr kam ans Licht, daß ein Großteil des 300 Millionen Dollar umfassenden Budgets der in Wien sitzenden Organisation der militärischen Schulung von PLO-Kadern in Lagern in Libanon diente.

Das ist kein Wunder. Der Direktor des Unrwa-Liaison-Büros in New York, John Miles, schätzt, daß von den 17 000 Angestellten der Organisation alle, bis auf 120 „internationale Angestellte", Palästinenser sind. PLO-Beobachter Terzi sagt, daß „alle Palästinenser, die bei der UNO arbeiten, Mitglieder der PLO sind. Selbst wenn sie nicht Teil der PLO-Organisation sind, werden sie doch als Mitglieder betrachtet." Das gilt für die 22 höheren Sekretariatsbeamten, die als „Palästinenser" aufgeführt werden, ebenso wie für die 52 „Staatenlosen". Zum Vergleich: Israel stehen im Sekretariat sieben bis 18 höhere Bedienstete zu. Besetzt sind nur vier Posten.

Inzwischen hat die PLO vollen Beobachterstatus in der Wissenschaftsorganisation Unesco, im Internationalen Arbeitsamt (ILO), in der Weltgesundheitsorganisation (WHO) und der Internationalen Zivilen Luftfahrtbehörde (ICAO).

Die Summen, die für die Aktivität der PLO in der UNO aufgewendet werden, sind nicht unerheblich. Der „Ausschuß für die Ausübung der unveräußerlichen Rechte des Palästinensischen Volkes" ist im Budget 1982/83 mit nur 71 800 Dollar veranschlagt. Die „Spezialeinheit" jedoch verschlingt bereits mehr als sechs Millionen Dollar. Auf diese Summe werden auch die Kosten für die Konferenz in Genf geschätzt.

Briefe an DIE WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Die deutschen Grenzen

„Kein Staat auf Rädern": WELT vom 28. Juli, „Nicht Grenzen von 1937 in Frage stellen": WELT vom 18. August, und „Leserbrief: Grenzen von 1937": WELT vom 23. August

Wenn Professor Blumenwitz (übrigens der Prozeßbevollmächtigte, der den Antrag zur verfassungsrechtlichen Prüfung des sogenannten Grundlagenvertrages vom 6. Juni 1973 stellenden Bayerischen Staatsregierung) aus dem Urteil vom 31. Juli 1983 (2 BvF 1/73) des Zweiten Senates des Bundesverfassungsgerichtes impliziert zu entnehmen glaubt, daß darin der Fortbestand Deutschlands „in seinen Grenzen vom 31. Juli 1937" festgeschrieben ist, so muß dem entgegengehalten werden, daß das BVerfG ausdrücklich – und damit seine einschlägige Rechtsprechung wiederholend – die Fortexistenz des Deutschen Reiches (als mangels institutionalisierter Organe nicht handlungsfähiger Gesamtstaat) zwar anerkannt hat, ohne indes zugleich dessen Grenzen (sein Staatsgebiet) genauer zu bestimmen (Bl. 28 des Urteils).

Aber auch Dr. Arndt (Leserbrief in WELT vom 23. August) ist mit seiner Bemerkung, das Urteil vom 31. Juli 1973 enthalte nicht das Datum des 31. Juli 1937, insoweit zu berichtigen, daß zwar nicht der 31. Juli 1937, sondern „die Grenzen des Deutschen Reiches nach dem Stand vom 31. Dezember 1937" im Beispielkatalog zu den „Grenzen verschiedener rechtlicher Qualität" aufgezählt sind (Bl. 32 a. a. O.).

Bedeutsamer als die vom BVerfG für „nicht nötig" gehaltene exakte Bestimmung des Gebietes des die zwei Staaten des „Ist-Deutschlands" umfassenden Staates „Deutschland als Ganzes" ist die gesetzes-adäquate Feststellung, daß die bestehende Grenze zwischen den beiden Staaten in Deutschland vergleichbar (im staatsrechtlichen Sinne) derjenigen anzusehen ist, „die zwischen den Ländern der Bundesrepublik Deutschland verlaufen". – Schön wäre es!

Dr. Horst Lehmann,
Essen 1

*

Sehr geehrte Damen und Herren,

die Behauptung, das Deutsche Reich bestehe in den Grenzen von 1937 weiter, ist vor dem Hintergrund der dahinterstehenden Ideologie nicht ganz richtig. Das Datum 1937 ist eine willkürliche Festlegung der Alliierten, die den Anschluß Österreichs von 1938 zu einer verbrecherischen Aktion degradieren wollten.

So einfach ist es aber nicht, denn tatsächlich lag ihm die Proklamation der Österreichischen Nationalversammlung von 1918 zur Bildung einer Konföderation zugrunde: „Deutsch-Österreich ist ein Teil der Deutschen Republik", deren Verwirklichung gegen das Selbstbestimmungsrecht der Völker von den Siegermächten des Ersten Weltkrieges und später von dem demokratisch wenig legitimierten Austrofaschisten Schuschnigg verhindert wurde. Der gewaltlose Einmarsch der deutschen Wehrmacht in Österreich kann als Realisierung des Beschlusses von 1918 angesehen werden; er wurde zudem durch eine nachfolgende völkerrechtlich einwandfreie Volksabstimmung sanktioniert (95 Prozent Ja-Stimmen in Österreich).

Die Plebiszite von 1918 und 1938 sind völkerrechtlich noch in Kraft und stellen die Grundlage der diskussionswürdigen These dar, daß das Deutsche Reich juristisch zumindest in den Grenzen vom April 1938 weiterbesteht. Bei allem Respekt vor Österreichs Neutralitätsvertrag sollte diese Tatsache – insbesondere nach der Rückkehr Deutschlands zur Demokratie – nicht verleugnet werden.

Mit freundlichen Grüßen

Dr. W. Paschen,
Hamburg

Ungeheuerlich

„Lafontaine: Kriegsdienstverweigerung: eine moralische Pflicht": WELT vom 22. August

Es ist schon ungeheuerlich, was heute Politiker ungestraft meinen sagen zu müssen. Ich frage: „Was berechtigt Herrn Lafontaine zu dieser gesetzwidrigen, einseitigen Aussage, was will er damit erreichen? Frieden?"

Wie verantwortet er die Wirkung? Was antwortet er den vielen 100 000 jungen Bundesbürgern, die ihre Wehrpflicht erfüllen? Sie müßten nach seiner Aussage unsittlich und unmoralisch sein, weil sie ihren Beitrag loyal zum Schutz der Bundesrepublik leisten.

Eine totale Verdrehung des geltenden Rechts.

Was will er erreichen? Eines ganz sicher, er erweist unserem Vaterland und seinen Bürgern einen schlechten Dienst. Er disqualifiziert sich als Politiker und reiht sich in die Kolonne der irregeführten Friedensmarschierer ein.

H. G. Steets, Oberstleutnant,
Deutscher Verbindungsoffizier in den Niederlanden

Leeres Stroh?

Sehr geehrte Damen und Herren,

die Äußerungen des Staatsministers Alois Mertes über den bevorstehenden Kanzlerbesuch in Israel enthalten in der entscheidenden Aussage eine „contradictio in adjecto" und sind deshalb nicht mehr wert als leeres Stroh.

Man kann nicht im Hauptsatz sagen, daß man für die Existenz Israels in gesicherten Grenzen eintrete, um dann im Nebensatz fortzufahren, daß man das Selbstbestimmungsrecht des palästinensischen Volkes unterstütze. Nach dem Selbstverständnis der sogenannten „Palästinenser" setzt die Ausübung ihres Selbstbestimmungsrechts die totale Vernichtung Israels voraus. Diese Tatsache ist einem Mann von der Erfahrung und Intelligenz des Dr. Mertes natürlich bestens bekannt, und deshalb ist seine Aussage einfach unerträglich.

Die Israelis werden es gerade den Deutschen nicht gestatten, sich im Nahost-Konflikt in die ach so bequeme – und nota bene auch einträgliche – Neutralität zu flüchten. Die Söhne der KZ-Opfer haben das Recht, ein klares Bekenntnis entweder zur PLO oder zu Israel zu fordern.

Mit freundlichen Grüßen

Josef Marcuse,
Wunstorf

Seltsame Moral

Unter der Überschrift „Gar nicht so anspruchsvoll" schreibt Herr Pentzlin am 4. August in der Welt, daß „der Mann auf der Straße" oft viel klarer und vernünftiger denkt, als Politiker dies annehmen und daß, was die Kürzung im Finanzbereich angeht, weitaus die meisten mit diesen Kürzungen einverstanden sind, durch die sie selbst betroffen werden. Das ist richtig.

Ob die Betroffenen aber weiterhin mit diesen, sie oft hart treffenden Kürzungen einverstanden sind, wenn sie hören, daß Millionen Steuergelder in „ein Faß ohne Boden", wie sich der Bundestagsabgeordnete, Herr Hennig (WELT vom 3. August) ausdrückt, geschüttet werden sollen? Ich rede von dem Millionen- (oder gar Milliarden-)Kredit für die daniederliegende polnische Wirtschaft, wie ihn die Herren Genscher und Strauß befürworten.

Als die Ostdeutschen noch in ihrer jahrhundertelangen deutschen Heimat lebten, bevor die Polen sie vertrieben und die Gebiete annektierten, lag die Wirtschaft jedenfalls nicht danieder. Im Gegenteil, sie blühte und es wurde sogar exportiert! Ist es nicht außerdem eine höchst seltsame Moral: man vertreibt die Besitzer, läßt dann alles verkommen bis „die Wirtschaft daniederliegt" und will zur „Belohnung" dann auch noch von den einstigen Besitzern Unterstützung? Und, last not least, nicht das polnische Volk – schon gar nicht, die in den ehemaligen Ostgebieten verbliebene unterdrückte deutsche Minderheit – würde von solchen Krediten und Subventionen profitieren, sondern wieder nur das kommunistische, vom Volk gehaßte Regime, was mit den Subventionen sein Prestige aufbessern würde.

D. Dosack,
Hannover

Wirkliche Lösung

Früher waren Ledige und Kinderlose überwiegend vom Schicksal geschlagen und als kleine Größe keine Störung für die Finanzierung der Rentenversicherung. Seitdem aber die Zustände bewußt und ausgeklügelt sind, daß diese Personen ein wonniges Leben führen und im Alter als Nutznießer von der Rentenversicherung zehren können, leben sie von einer Rente, die von Kindern aus sich einschränkenden Familien aufgebracht wird.

Eine wirkliche Lösung gibt es nur, wenn bei der Rentenberechnung die Kinderzahl berücksichtigt wird. Ich nenne ein Beispiel, dessen Zahlen für die Wirklichkeit von Fachmathematikern ermittelt werden müssen. Der Steigerungssatz je Versicherungsjahr (jetzt 1,5 Prozent) wird nach Kinderzahl gestaffelt; er bleibt bei 1,5 Prozent für 3 Kinder und mehr und sinkt auf 1,25 Prozent bei 2 Kindern, auf 1 Prozent bei einem Kind und auf 0,9 Prozent für Kinderlose. Solche Regelung sollte gelten für alle, die beim Stichtag für den Beginn einer solchen Neuordnung z. B. 30 Jahre oder jünger sind. Für Ältere müßte es etwa wie bisher verbleiben.

Wem dann die Rentenaussicht zu klein erscheint, der kann sich durch eine private Zusatzversicherung versorgen (vielleicht auch den Ersatzkassen entsprechend) oder muß den ihm nicht zustehenden Luxus einschränken.

Mit freundlichen Grüßen

Leo Weber,
Herford

Wort des Tages

„Im Grunde ist es auch dasselbe, für was man stirbt; wenn nur für etwas Liebes gestorben wird, und so ein warmer, treuer Tod ist besser als ein kaltes, treuloses Leben."

Heinrich Heine, dt. Dichter (1797–1846)

Personalien

BERUFUNGEN

Dr. **Anton Schlembach** (51), bisher Generalvikar der Diözese Würzburg, ist von Papst **Johannes Paul II.** zum Bischof von Speyer ernannt worden. Er wird Nachfolger von Bischof Dr. **Friedrich Wetter**, der Ende 1982 die Leitung des Erzbistums München und Freising übernommen hatte.

Dr. Schlembach, im fränkischen Großwenkheim geboren, begann sein Studium in Würzburg, wurde 1956 von **Franz Kardinal König**, dem Erzbischof von Wien, zum Priester geweiht und an der Päpstlichen Universität Gregoriana promoviert. Nach Jahren als Kaplan, unter anderem auch in der Gastarbeiter-Seelsorge, wurde Schlembach Direktor des Aschaffenburger Studienseminars und 1966 des Würzburger Priesterseminars. 1981 wurde er in das Würzburger Domkapitel berufen und Generalvikar der Diözese.

*

Heinz Schiffer (45), bisher Chef des Heeresmusikkorps II in Kassel, ist von Bundesverteidigungsminister **Manfred Wörner** als Nachfolger von **Günther Noris**, der am 1. Dezember aus dieser Tätigkeit ausscheidet, zum neuen Chef der Bundeswehr-Big-Band bestimmt worden.

VERÄNDERUNGEN

Prof. Dr. **Peter Koch**, Vorstandsvorsitzender der Aachener Rückversicherungs-Gesellschaft AG, Aachen, beendet nach Unstimmigkeiten in Grundsatzfragen der Geschäftspolitik mit dem Aufsichtsrat seine Tätigkeit einvernehmlich zum 30. September 1983. Für eine Übergangszeit ist **Wilhelm Hamacher**, Vorstandsmitglied der Aachener und Münchener Beteiligungs-AG, Aachen, mit der Leitung der Gesellschaft betraut worden.

*

Dipl.-Kfm. **Bernd Frangenberg**, seit 1981 Generalbevollmächtigter im Continental-Konzern, und deren Koordinationsdirektor Europa für die Tochtergesellschaft Uniroyal GmbH, Aachen, wird am 1. September 1983 deren Geschäftsleitung übernehmen. Er löst **Karl-Heinz Kufferath** (63) ab, der aus gesundheitlichen Gründen Ende 1984 ausscheidet, bis dahin aber noch Sprecher der Geschäftsführung bleibt.

EHRUNGEN

Prof. Dr. **Fritz Arndt** vom Studiengang Elektrotechnik an der Universität Bremen wurde zusammen mit seinen Mitarbeitern Jens Bornemann, Rüdiger Vahldieck und Dietrich Grauerholz für bahnbrechende Forschungen auf dem Gebiet der Hohlleitertechnik der A. F. Bulgin-Preis zugesprochen. Dieser Preis wird alljährlich von der 1925 begründeten britischen „Institution of Electronic and Radio Engineers" verliehen.

GEBURTSTAG

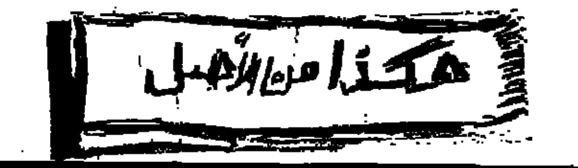
Dr. **Peter Beckmann**, Träger des Bayerischen Verdienstordens und der Ernst-von-Bergmann-Plakette der Bundesärztekammer, begeht am 31. August in Murnau seinen 75. Geburtstag. Der Schüler von **Sauerbruch** und **Bier** hat neue Wege in der Prävention und Rehabilitation insbesondere von Kreislauferkrankungen entwickelt.

*

Wilhelm Hamacher, Vorstandsvorsitzender der Aachener und Münchener Lebensversicherung AG, und Vorstandsmitglied der Aachener und Münchener Beteiligungs-AG, Aachen, wird am 1. September 60 Jahre.

SPENDE

Henning von Ondarza, Generalmajor und Kommandeur der 1. Panzerdivision, übergab einen Scheck über 15 000 Mark einem Vertreter der Stadtverwaltung von Hannover für ein Altersheim. Das Geld kam bei dem in der hannoverschen Stadthalle und den Gartenanlagen durchgeführten „Sommerbiwak" zusammen, an dem unter anderen die Minister **Wilfried Hasselmann** und **Georg-Bernd Oschatz** sowie Bundesminister a. D. **Egon Franke** teilgenommen hatten.



TENNIS

Navratilova angeklagt

dpa, New York

Wegen Tätlichkeit nach ihrer Niederlage bei den offenen amerikanischen Tennis-Meisterschaften in *Flushing Meadow 1982* wurde die 26jährige gebürtige Tschechoslowakin Martina Navratilova in New York zur Zahlung von zwei Millionen Dollar Entschädigung von dem amerikanischen Fotografen Art Seitz verklagt. Dabei schien der Streit zwischen Martina Navratilova und Art Seitz, der nach dem Spiel gegen Pam Shriver zu Handgreiflichkeiten führte, eigentlich beigelegt zu sein.

Art Seitz hatte zahlreiche Fotos von der weinenden Martina Navratilova gemacht, als diese im Viertelfinale gegen ihre Doppelpartnerin Pam Shriver verloren hatte. Als die Weltranglisten-Erste dies bemerkte, entriß sie dem Fotografen die Kamera und vernichtete den Film. Später bedauerte sie ihr *Verhalten*. Seitz beschuldigte die Navratilova, ihn tätlich angegriffen zu haben. Er habe körperliche Schmerzen erdulden *müssen und außerdem* psychische Schäden davongetragen.

FUSSBALL / Eintracht Frankfurts Probleme mit den Torleuten und dem Trainer werden immer größer – Jusufi im Gespräch

Weiteres Kapitel: Branko Zebec und der Alkohol

MARTIN HÄGELE, Bonn

Gestern abend, 24 Stunden vor dem *Bundesligaspiel* bei Arminia Bielefeld, war bei der Frankfurter Eintracht eine außergewöhnliche Besprechung angesetzt. Thema unter Mannschaft, Präsidium und Trainer: die Krankheit des Fußballehrers Branko Zebec (54).

Auf Umwegen war die Vorstandschaft des Vereins unterrichtet worden, daß Branko Zebec am Sonntag nach der Pokal-Pleite bei den Amateuren von Göttingen 05 (2:4) in schwer angeschlagenem Zustand der Mannschaft die Vertrauensfrage gestellt hat. Die Spieler schwiegen erst über diesen Vorgang, und am Tag danach redete auch Zebec nicht mehr darüber.

Daß den Erfolgstrainer der Griff zur Flasche wie schon beim Hamburger SV und bei Borussia Dortmund erneut den Job kostet, dementieren die Eintracht-Verantwortlichen noch energisch. Wolfgang Knispel, Schatzmeister und im Führungs-Trio des hessischen Traditionsklubs der einflußreichste Mann: „Wir können uns schon wegen unserer finanziellen Situation keine fristlose Entlassung mit Abfindung, wie es zum Beispiel die Kölner mit Rinus Michels getan haben, leisten. Aber wir können uns *Zebecs Reaktionen auch nicht auf* Sicht zumuten. Deshalb werden wir arbeitsrechtliche Schritte einleiten. Wir müssen Branko Zebec abmahnen."

Im Falle Zebec hat dieser juristische Schritt seines Arbeitgebers wohl kaum mehr Gewicht als auf dem Sportplatz die Ermahnung eines Schiedsrichters. Denn Frankfurts Funktionären war das Risiko bei Zebecs Vertragsverlängerung schon bekannt. Knispel: „Daß ein Arbeitsrichter im Falle eines Prozesses für uns entscheiden würde, dazu bedürfte es wohl drei oder gar vier Abmahnungen."

Für Knispel ist Branko Zebec auch kein Alkoholiker im üblichen Sinn. In den sechs Wochen vor dem Start der Bundesliga trank der jugoslawische Coach keinen Tropfen Alkohol. Der Mann habe in dieser Zeit physisch und psychisch eine totale Veränderung mitgemacht, er habe Persönlichkeit ausgestrahlt. Alle, die mit ihm zu tun hatten, äußerten sich vor der Saison voller Begeisterung über den Menschen und Trainer Branko Zebec. Doch dann, und zwar exakt am Tag des Bundesligastarts, kam der Rückfall. Zebecs jugoslawischer *Assistent Roja mußte seinen Chef* zur Mittagszeit im Hotelzimmer einsperren, um einen peinlichen öffentlichen Auftritt des Meisters zu verhindern.

Mit der Spannung vor einem Spiel kommt die große Angst über Zebec. Und in dieser außerordentlichen Streß-Situation weiß der fußballbesessene Perfektionist dann keinen anderen Ausweg.

Der Terminplan der Bundesliga aber nimmt keine Rücksicht auf einen kranken Trainer, erst recht nicht auf Verletzte. Denn Zebecs Ängste hängen schließlich auch damit zusammen, daß die Stürmer Mattern und Müller sowie Antreiber Kroth noch auf Monate hinaus pausieren müssen, daß der neue Spielmacher Jürgen Mohr auch schon über Wehwehchen (Adduktoren) klagt, und daß die Eintracht ihr altes Torwart-Problem in die neue Saison mitgenommen hat.

Das Kapitel von den Frankfurter Schlußleuten ist in der Tat grotesk. Seit 1976 Doktor Peter Kunter die Torwarthandschuhe abgegeben hat und nur noch Zähne zieht, haben schon jede Menge Schlußleute um den Eintracht-Pullover mit der Nummer eins auf dem Rücken Kriege *geführt. Im Augenblick haben sich* bei diesem Nervenspiel Joachim Jüriens (25) und Jürgen Pahl (27) dermaßen auf die Palme gebracht, daß sie beide nur noch Zappelphillippe für ihre Vorderleute zum Risikofaktor geworden sind. „Nach jedem Spiel sagen wir, es muß etwas geschehen, doch jedesmal tun wir nach dem Schritt nach vorn wieder einen zurück", gibt Schatzmeister Knispel offen das Dilemma zu. Weder der Kölner Ehrmann, der Leverkusener Greiner, der Ex-Stuttgarter Grüninger, noch der Jugoslawe Stojanovic (Roter Stern Belgrad) hätten sie so überzeugt, daß man sagen könnte: „Der ist es, der hält der nervlichen Belastung und den Erwartungen des Frankfurter Publikums stand."

So wartet man in Frankfurt wohl noch ein paar Tage auf die himmlische Erleuchtung um die Person des neuen Torwarts. Daß dann auch der einstige Frankfurter Publikumsliebling Fahrudin Jusufi (jetzt Wattenscheid 09) als Zebec-Nachfolger auf der Bank des Waldstadions sitzen wird, kann sich Knispel *nicht* vorstellen.

Bundesliga heute

Heute findet der *zweite* Teil des vierten Spieltages der Fußball-Bundesliga statt. Der VfB Stuttgart kann bei Borussia Dortmund nicht in bester Besetzung antreten. Zwar bestanden Asgeir Sigurvinsson und Kurt Niedermayer einen Test in Bordeaux, so daß sie nach langer Verletzungspause ein Comeback feiern könnten. Dafür fallen jedoch voraussichtlich Libero Hans-Peter Makan und Mittelfeldspieler Karl Allgöwer aus. Makan laboriert an einer Fußverletzung, Allgöwer leidet an einer Aduktoren-Zerrung.

Offenbachs Schatzmeister Thomas Zahn steht schon vor dem Anpfiff gegen den FC Bayern als finanzieller Sieger fest. Mit 31 500 Zuschauern ist das Stadion am Bieberer Berg erstmals seit 1971 wieder ausverkauft. Dank des Topzuschlags von fünf Mark pro Karte machen die Offenbacher mit 435 000 die beste Einnahme der Vereinsgeschichte.

Heute spielen: Mannheim – Bochum (18.30), Bielefeld – Frankfurt (19.30), Braunschweig – Mönchengladbach, Offenbach – München, Düsseldorf – *Nürnberg, Dortmund – Stuttgart (alle* 20.00).

MODERNER FÜNFKAMPF

Dritte Weltmeisterschaft der Damen in Göteborg, *zweiter Wettbewerb* **(Fechten): 1. Ahlgren (Schweden) 1048 Punkte, 2. Krapf (Deutschland) und Walz (Deutschland) je 1024. – Einzelwertung nach zwei Wettbewerben: 1. Ahlgren 2148, 2. Krapf 2064, 3. Walz 2004, – Mannschaftswertung: 1. Deutschland 2928, 2. England 2780, 3. Schweden 2736. – Gesamtwertung nach zwei Wettbewerben: 1. Schweden 5976, 2. Deutschland 5968, 3. England 5796.**

FUSSBALL

Erste englische Division, 2. Spieltag: Aston Villa – Sunderland 1:0, Everton – West Ham 0:1, Manchester United – Nottingham 1:2, Southampton – Queens Park 0:0, Wolverhampton – Arsenal 1:2.

SEGELN

Europameisterschaft in der olympischen 470er-Klasse im polnischen Puck, zweite Wettfahrt: 1. Peponnet/Pillot (Frankreich), 2. Plettner/Rosenschon (Deutschland) 3. Peter und Johan von Koskull (Finnland), 4. Wolfgang und Jochen Hunger (Deutschland), 5. Vaillant/Souben (Frankreich). – Gesamtstand: 1. Peponnet/Pillot, 2. Wrobel/Stocki (Polen), 3. Vaillant/Souben.

GEWINNQUOTEN

Lotto: Klasse 1: 2 768 475,90 Mark, 2: 89 305,60, 3: 5111,00, 4: 83,60, 5: 7,80. – Toto: Elferwette: Klasse 1: 2349,60, 2: 31,00, 3: 3,30. – 6 aus 45: Klasse 1: unbesetzt, Jackpot: 1 055 783,20, 2: 5408,50, 3: 989,30, 4: 30,40, 5: 3,50. – Rennquintett: Rennen A: Klasse 1: 1226,20, 2: 231,00. – Rennen B: Klasse 1: 598,30, 2: 65,30. – Kombinations-Gewinn: 23 335,60. (Ohne Gewähr)

FUSSBALL

Hoffnung auf EM 1988

sid, Düsseldorf

Mit dem Verzicht auf die Weltmeisterschafts-Kandidatur 1990 hat der Deutsche Fußball-Bund (DFB) seine Weichen ganz auf die Ausrichtung der Europameisterschaft 1988 gestellt und gleichzeitig Italien unter den sechs verbliebenen Bewerbern in die Favoritenrolle für die WM 1990 gedrängt. Nach drei Absagen (1976/80/84) durch die Europäische Fußball-Union (UEFA) rechnet der DFB diesmal sicher mit dem Zuschlag für die achte Europameisterschaft seit 1960.

Mit dem WM-Verzicht der Deutschen und Jugoslawen (wegen zu hoher Kosten) fällt nun dem dreimaligen Weltmeister Italien gegen die Mitbewerber Griechenland, Österreich, Frankreich, UdSSR und England die Favoritenrolle im WM-Rennen zu.

GALOPP / Rennwoche in Baden-Baden

Um die goldene Peitsche

K. GÖNTZSCHE, Baden-Baden

Es gibt nur wenige Prüfungen im Jahresprogramm des deutschen Galopprennsports, die so populär sind wie das Rennen um die Goldene Peitsche (90 000 Mark, 50 000 Mark dem Sieger, 1200 Meter). Neben der sportlichen Ehre geht es vielen Besitzern vor allem um den ungewöhnlichen Ehrenpreis: Eine vergoldete Peitsche, in die die Sieger sämtlicher Rennen seit 1867 eingraviert sind. *Zum letzten Mal wurde 1978 der* Name eines deutschen Pferdes in der Siegerliste notiert: Cagliostro.

In den letzten zehn Jahren sind *insgesamt nur drei deutsche Pferde* als Erste ins Ziel gekommen: 1973 Garzer, 1976 Kronenkranich und 1978 Cagliostro. Kurzstreckenpferde der Extraklasse *sind seit Jahren hierzu*lande Mangelware. Ziel der deutschen Pferdezüchter ist meist ein Derbypferd für die 2400-Meter-Distanz. *Kandidaten für Kurzstrecken*rennen sind Abfallprodukte, wenn *sie die längere Distanz nicht meistern.* Mehrfach hat der jetzt als Deckhengst wirkende Esclavo Anläufe genommen, doch stets fand er *ausgerechnet in diesem Rennen* einen Bezwinger.

Wenn heute nachmittag um 16.40 Uhr das Rennen wieder gestartet *wird, stehen neun* Pferde in den Boxen, nur drei aus deutschen Ställen. Ein Sieg von Mantena, My Rocky oder Torgos wäre jedoch eine Sensation, dazu scheint die Streitmacht aus England und Frankreich zu übermächtig. Die dreijährige Stute Favoridge mit Jockey John Reid (28) ist der Favorit, aber auch Celestian Dancer (Edward Hide) und Gabitat (Robert Corant) haben gute Chancen. Der Besitzer von Favoridge, E. B. Moller aus Newmarket, hat mit Teenoso in diesem Jahr bereits das englische Derby in Epsom gewonnen. Gabitat lief bereits im Vorjahr im gleichen Rennen, er wurde hinter Tina's Pet und Milk Heart Dritter.

Penetranter Provinzmief

Bei der großen internationalen Rennwoche in Iffezheim bei Baden-Baden droht dem deutschen Galopprennsport eine Niederlagenserie in den meisten der großen Rennen. Das Fürstenberg-Rennen am Eröffnungstag gewann bereits der zweitklassige Engländer Harly, im Kurzstreckenrennen um die Goldene Peitsche heute sind die drei deutschen Pferde chancenlos, im Zukunfts-Rennen am Freitag ist die Situation ähnlich. Einziger ernsthafter Kandidat für eine Plazierung im Großen Preis von Baden am Sonntag ist Orofina-Bezwinger Abary.

Am Montagmorgen tagte die Vereinigung der heimischen Besitzer und Züchter im Kongreßhaus von Baden-Baden. Anstatt nach Möglichkeiten zu suchen, um den Abstand zum internationalen Standard nicht größer werden zu lassen, reagiert man mit Vorschlägen, beispielsweise ausländischen Pferden in deutschen Rennen grundsätzlich drei Kilo mehr in die Satteltaschen zu packen.

Besitzervereinigungspräsident Kurt von Lenthe und seine zehn Vorstandskollegen sollten sich nicht gegen den Fortschritt stellen. Gegen die Millionengeschäfte der Maktoum-Scheichs aus Dubai und einiger anderer Millionäre ist man sicher chancenlos. Aber der Provinzmief wird im deutschen Turf noch penetranter, wenn man mit Isolation und nicht mit Internationalität reagiert. Die Einfuhrbestimmungen müssen gelockert werden, das oftmals engstirnige Denken bis zum eigenen Koppelzaun muß aufhören.

KLAUS GÖNTZSCHE

STAND PUNKT

SPORT-NACHRICHTEN

Weltrekord verpaßt

London *(sid)* – Der englische Weltmeister über 1500 m, Steve Cram, verfehlte in London den Weltrekord über zwei Meilen. Cram lief 8:14,93 Minuten, der Rekord seines Landsmannes Steve Ovett steht bei 8:13,51 Minuten.

Knape neuer Weltmeister

Nottingham (sid) – Eckehard Knape (Bergisch Gladbach) gewann die Motorboot-Weltmeisterschaft der 750er Klasse in Nottingham. Dritter wurde der Berliner Hans-Georg Krage.

Segeln: Zweiter Platz

Puck (sid) – Andreas Plettner (Starnberg) und Andreas Rosenschon (Wörthsee) belegte im zweiten Wertungslauf der Segel-Europameisterschaft vor Puck (Polen) den zweiten Platz. Sie starteten in der 470er Klasse.

Absagen erteilt

Berlin (sid) – Fußball-Zweitligaklub Hertha BSC Berlin wird Bernd Schmider (zuvor Mönchengladbach) und Zoltan Ebedli (Ferencvaros Budapest) nicht verpflichten. Die Gründe: Zu hohe finanzielle Forderungen und spielerische Defizite.

Rücktritt erklärt

München (sid) – Dr. Dieter Berkmann steht dem Bund Deutscher Radfahrer (BDR) ab sofort nicht mehr als Honorar-Bundestrainer zur Verfügung. Der praktizierende Arzt gab als Gründe berufliche Überlastung an.

Schockemöhle geehrt

Düsseldorf (sid) – Europameister Paul Schockemöhle (Mühlen) wurde in Hickstead (England) als erfolgreichster Teilnehmer aller diesjährigen Turniere in Hickstead mit der Goldmedaille geehrt. Er hatte zuvor mit Deister den großen Preis gewonnen.

Motorrad: Elfter Todessturz

Posen (sid) – Klaus Schulz (41) verunglückte bei einem Geländerennen in Polen (Polen) tödlich. Es war der elfte Todessturz in diesem Jahr.

Mörder Aquinos angeblich identifiziert

AP/dpa, **Manila**

Die philippinische Polizei hat den angeblichen Mörder des Oppositionspolitikers Benigno Aquino identifiziert und ihn als einen „käuflichen Killer" bezeichnet. Wie der oberste Militärstaatsanwalt Generalmajor Prospero Olivas gestern mitteilte, soll es sich dabei um den 33jährigen ehemaligen Sträfling Rolando Golman y Dawang handeln, der in der philippinischen Unterwelt als käuflicher Mörder bekannt sei. Golman war nach den Schüssen auf Aquino von Sicherheitsbeamten erschossen worden. Die Version der philippinischen Polizei deckt sich im wesentlichen mit den von Staatschef Ferdinand Marcos unmittelbar nach der Tat geäußerten Vermutungen, bei dem Täter habe es sich möglicherweise um einen bezahlten Attentäter gehandelt.

Inzwischen hat ein ehemaliger Leibwächter von Benigno Aquino die Regierung in Manila beschuldigt, sie habe ihm vor zwei Jahren 200 000 Dollar für die Ermordung des Oppositionspolitikers geboten. Nach einem Bericht der kanadischen Zeitung „Globe and Mail" hat der 44jährige Leibwächter Geronimo Fronda in einem Interview erklärt, der damalige Leiter der philippinischen Polizei, Generalmajor Olivas, habe ihm das Geld für die Ermordung im Juli 1981 geboten.

Der Bischof von Manila, Kardinal Jaime Sin, hat unterdessen die Einrichtung eines „nationalen Versöhnungsrates" gefordert, der sich mit Menschenrechtsverletzungen auf den Philippinen befassen soll. Der Kardinal warnte gestern zugleich in Manila vor einer Konfrontation mit dem Marcos-Regime. Die nach dem Mord an Aquino vorherrschende sehr gespannte Lage könne nur durch einen Dialog entschärft werden, sagte er.

Genscher: Verkleinerte Nachrüstung denkbar

Andropow setzt Propaganda-Kampagne fort

RÜDIGER MONIAC/DW. **Bonn**

Mit einer Reihe von Briefen, die Juri Andropow Anfang der Woche an westeuropäische Regierungschefs, unter anderen an Bundeskanzler Kohl, gerichtet hatte, setzt die Sowjetunion ihre Propagandakampagne für ihre Position bei den Genfer Raketenverhandlungen fort. Bundesaußenminister Genscher richtete gestern an Moskau den Appell, seine gegen Europa gerichtete Mittelstreckenrüstung abzubauen.

Genscher sagte, es liege am Kreml, in welchem Umfang der Westen nachrüste: „Je mehr Raketen die Sowjetunion abbaut von denen, die schon heute auf uns gerichtet sind, um so weniger müssen auf westlicher Seite aufgestellt werden."

Bei einer möglicherweise verkleinerten Nachrüstung, die der CSU-Vorsitzende Strauß in einem „Stern"-Interview ebenfalls für denkbar gehalten hatte, müßten nach Genschers Worten sowohl die Zahl der Marschflugkörper als auch die der ballistischen Raketen des Typs Pershing 2 verringert werden.

Damit bekräftigte der Außenminister zwar die Bedeutung des „Waffenmix", verdeutlichte aber gleichzeitig, daß reduzierte westliche Aufstellungspläne das ballistische System nicht unangetastet lassen dürften. Genscher im Zweiten Deutschen Fernsehen: „Ich könnte mich nicht damit einverstanden erklären, daß nur die Marschflugkörper reduziert werden, die Zahl der Pershings aber unverändert bleibt."

Andropows Serie von Schreiben, die er unter anderen an Staatspräsident Mitterrand, Premierministerin Thatcher und den italienischen Regierungschef Craxi gerichtet hatte, enthält nach Bonner Informationen gegenüber den Äußerungen, die Moskaus erster Mann Samstag in seinem Interview der „Prawda" machte, keine neuen Elemente. Daraus wurde in Regierungskreisen geschlossen, daß die Sowjetunion immer noch hofft, über die Öffentlichkeit Einfluß auf die Haltung der NATO-Regierungen zu den Genfer INF-Verhandlungen gewinnen zu können.

Andropow wies in dem Schreiben an den Kanzler, das vom sowjetischen Botschafter Semjonow übergeben worden war, auf seine jüngsten Vorschläge in der „Prawda" zur Fortsetzung der Mittelstreckenverhandlungen hin und fügte nach Angaben von Regierungssprecher Boenisch hinzu, die am 6. September in Genf beginnende sechste Runde werde die entscheidende sein. Dies deckt sich mit den westlichen Wertungen. Sie fußen auf dem NATO-Doppelbeschluß vom Dezember 1979, in dem die Regierungen des atlantischen Bündnisses einmütig festgehalten hatten, mit der Stationierung von 572 US-Mittelstreckenwaffen der Typen Marschflugkörper und Pershing-2-Raketen werde im Dezember 1983 begonnen, wenn entsprechende Abrüstungsverhandlungen zwischen den USA und der Sowjetunion bis dahin keine „befriedigenden Ergebnisse" erbracht haben sollten. Boenisch bekräftigte, der Bundeskanzler werde alles ihm Mögliche tun, damit die Genfer Verhandlungen zu einem Ergebnis gebracht werden könnten. Bevor der amerikanische Unterhändler Nitze am 5. September wieder nach Genf reist, wird er am Wochenende mit der Bundesregierung die Marschroute für die entscheidende Runde neu abstimmen.

Familienpolitik: Vorwürfe Späths an die Adresse der FDP

dpa, **Stuttgart**

Der baden-württembergische Ministerpräsident und stellvertretende CDU-Bundesvorsitzende Lothar Späth hat der FDP vorgeworfen, sozial gerechtere Lösungen bei der geplanten Kürzung des Mutterschaftsgeldes zu verhindern. Nach seinem Eindruck hätte sein Vorschlag für die Einführung von Einkommensgrenzen beim Mutterschaftsgeld „gute Chancen" bei den Christdemokraten gehabt, wenn nicht die FDP eindeutig Stellung dagegen bezogen hätte, sagte Späth gestern vor Journalisten in Stuttgart.

Er finde es unverständlich, daß die FDP nicht bereit sei, einer sozial ausgewogeneren Lösung als der pauschalen Kürzung des Mutterschaftsgeldes zuzustimmen. Diese „antisoziale und familienunfreundliche Komponente der FDP-Politik" sei mit ein Grund, warum er eine Koalition mit der FDP nach den baden-württembergischen Landtagswahlen im März 1984 ablehne.

Späth wies darauf hin, daß er bei der CDU-Präsidiumssitzung am vergangenen Donnerstag verschiedene Modellrechnungen für die Einkommensgrenzen vorgelegt habe. Die beste Lösung wäre seiner Auffassung nach die Einführung einer Einkommensgrenze von netto 2100 Mark zuzüglich 300 Mark vom zweiten Kind an.

Wenn diese Voraussetzung erfüllt würde, sagte Späth, könnten rund 175 000 erwerbstätige Mütter in der Bundesrepublik das Mutterschaftsgeld in voller Höhe weiterhin erhalten. 1982 nahmen rund 325 000 Frauen das Mutterschaftsgeld in Anspruch.

Lambsdorff: Vorrang für Arbeitsplatz-Sicherung

Koalition diskutiert über Streitpunkt Mutterschaftsgeld

GISELA REINERS, **Bonn**

Der Haushalt für das Jahr 1984 war Gegenstand des ersten Koalitionsgesprächs zwischen CDU/CSU und FDP nach der Sommerpause. Unter der Leitung von Bundeskanzler Helmut Kohl (CDU) bereiteten CDU/CSU-Fraktionschef Dregger, die Fraktionsgeschäftsführer Schäuble (CDU) und Bötsch (CSU), CSU-Landesgruppenchef Waigel sowie für die FDP nur der parlamentarische Geschäftsführer Wolfgramm die kommende parlamentarische Woche vor.

Da Finanzminister Stoltenberg (CDU) am kommenden Mittwoch den Haushalt im Bundestag einbringen wird, tagt das Kabinett schon am Dienstag. Am Donnerstag und Freitag wird der Etat 84 in erster Lesung im Bundestag behandelt. Deshalb ist es möglich, daß das normalerweise jede Woche stattfindende Koalitionsgespräch dann ausfällt. Da Vizekanzler Genscher nicht teilnehmen konnte und sich der FDP-Fraktionsvorsitzende Mischnick gestern wegen des Wahlkampfs in Hessen nicht in Bonn befand, war seitens der FDP darum gebeten worden, keine strittigen Themen zu diskutieren.

Bereits mit dem Datum vom 26. August hatte der Vorsitzende der Unionsfraktion, Alfred Dregger, einen fünfseitigen Brief an alle Abgeordneten geschrieben, dessen größter Teil sich mit dem Haushalt befaßt. Darin heißt es: „Änderungen der Regierungsbeschlüsse im einzelnen müssen im Laufe der parlamentarischen Entscheidungen möglich bleiben, aber den beschlossenen Finanzrahmen werden wir einhalten."

Dabei bedrohten, so Dregger, drei Defizite die Zukunft: das Arbeitsplatz-, Geburten- und Finanzdefizit. Es gelte, die wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit zu stärken durch Kostenbegrenzung und Leistungssteigerung; die Unternehmen müßten steuerentlastet werden. Doch: „Unsere Politik für Kinder, Mütter und Familien können wir nicht zurückstellen" bis die Krise gemeistert sei. Das Geburtendefizit bedrohe mittelfristig den Bestand der Nation und die Funktionsfähigkeit der Systeme der sozialen Sicherung. Zwar werde auch die Fraktion den Finanzrahmen einhalten müssen, doch sei die Ausgestaltung ihre Sache. „Abweichend von den Regierungsbeschlüssen liegt mir daran, den Zeitrahmen für die Auszahlung des Mutterschaftsgeldes mit vier Monaten beizubehalten." Mehraufwendungen müßten durch Kürzung auf 450 Mark oder Einkommensgrenzen aufgefangen werden. Zur Zeit gibt es 750 Mark Mutterschaftsgeld vier Monate lang. Die Regierung will Betrag und Bezugsdauer auf 600 Mark und drei Monate senken.

Bundeswirtschaftsminister Otto Graf Lambsdorff (FDP) hat sich in einer Rede vor der Industrie- und Handelskammer in Frankfurt gestern nochmals entschieden gegen Änderungen beim Mutterschaftsgeld ausgesprochen. Einkommensgrenzen lehnt er ab, weil durch sie „gerade die Leistungsfähigen" entmutigt würden.

„Die ganze familienpolitische Diskussion hat einen falschen touch", sagte Lambsdorff. „Man glaube doch nicht, daß der Wunsch nach Kindern von 750 Mark für vier Monate abhängt. Viel wichtiger ist doch, daß der Arbeitsplatz gesichert ist, daß Jugendliche einen Ausbildungsplatz bekommen, daß die gesamte ökonomische Perspektive stimmt."

Dänemark bekräftigt Doppelbeschluß

DW. **Berlin**

Bei seinem Besuch in Ost-Berlin bekannte sich der dänische Außenminister Uffe Ellemann-Jensen zum NATO-Doppelbeschluß. Dieser sei die „Antwort auf den Aufbau einer neuen Generation Mittelstreckenwaffen seitens der Sowjetunion". Der Westen fühle sich dadurch „nicht nur in militärischer, sondern auch in politisch-psychologischer Hinsicht gefährdet", sagte Ellemann-Jensen bei einem Essen, das ihm „DDR"-Außenminister Oskar Fischer gab.

Jensen fügte hinzu, die Aufrichtigkeit des westlichen Verhandlungsangebots könne nicht in Zweifel gezogen werden. Die Ostberliner Zeitungen schrieben gestern nur, der dänische Minister habe seinen Standpunkt zum NATO-Doppelbeschluß dargelegt.

In seinem Gespräch mit dem Staatsratsvorsitzenden Erich Honecker hatte Jensen, wie er in Ost-Berlin gegenüber Journalisten erklärte, die vom Ostblock westlichen Korrespondenten angekündigten Gegenmaßnahmen für den Fall einer Stationierung von US-Raketen als „neues Drehen an der Rüstungsspirale" gewertet. Honecker habe ihm mitgeteilt – was Hans-Jochen Vogel und Egon Bahr bei ihren Besuchen bei Honecker vernahmen –, daß sowjetische Gegenmaßnahmen nicht nur die Aufstellung neuer Raketen in der „DDR", sondern auch in der CSSR umfaßten.

Jensens Hauptthema bei den Unterredungen mit führenden „DDR"-Politikern bildete der erhebliche Rückschlag auf dem Gebiet des Handels mit der „DDR", den Dänemark in den vergangenen Monaten hinnehmen mußte. Während Ost-Berlin seine Lieferungen weiter steigerte, nahm die „DDR" im ersten Halbjahr 1983 nur noch die Hälfte weniger an Waren (20 Millionen Mark) ab.

Israel verschiebt Teilrückzug

AP, **Beirut/Tel Aviv**

Die Kämpfe zwischen Einheiten der libanesischen Armee und schiitischen Moslemmilizen in und um Beirut sind gestern früh nach weitgehender nächtlicher Ruhe wieder aufgeflammt. Im Kreuzfeuer wurden ein französischer Soldat der multinationalen Friedenstruppe getötet und zwei weitere verletzt. Erstmals wurden gestern auch Angehörige des britischen Kontingents beschossen.

Der französische Soldat ist der dritte Angehörige der multinationalen Friedenstruppe, der in dieser Woche ums Leben gekommen ist. Am Montag waren zwei amerikanische Marine-Infanteristen getötet worden. Gestern wurde der amerikanische Flugzeugträger „Eisenhower" vor der Küste von Beirut gesichtet. Er hat offensichtlich den Auftrag, das US-Kontingent der Friedenstruppe zu unterstützen.

Israel hat sich bereit erklärt, seinen geplanten Teilrückzug aus Libanon „für begrenzte Zeit" zu verschieben. Die israelische Regierung folgte damit einem Ersuchen von US-Präsident Ronald Reagan. Wann der Rückzug nun beginnen soll, wurde nicht bekannt.

Libanon: Vorwürfe aus den USA gegen Damaskus und Moskau

Verfassungskontroverse in Washington um die Präsenz der amerikanischen Friedenstruppe in Nahost / Senator Glenn als Wortführer

TH. KIELINGER, **Washington**

Das Weiße Haus hat am Montag Syrien und die Sowjetunion mit dem Feuergefecht am Beiruter Flughafen in Verbindung gebracht, bei dem zwei US-Marinesoldaten getötet worden sind. Ohne direkt die Schuld an dem Überfall auf Damaskus und Moskau zu wälzen, setzten Regierungsbeamte einen deutlichen Zusammenhang zwischen dem Anschlag und der syrisch-sowjetischen Blockade-Diplomatie in Libanon.

Der Sprecher des Weißen Hauses, Larry Speakes, sagte gestern in Santa Barbara, Kalifornien, gegenüber Journalisten wörtlich: „Es ist schwer, im Augenblick genau zu sagen, woher das Feuer eröffnet wurde. Aber der Friedensprozeß in Libanon hat ganz offensichtlich ein fehlendes Glied, und das ist die syrische Weigerung, sich zurückzuziehen. Uns ist auch klar, welchen Einfluß die Sowjetunion dabei ausübt."

Inoffiziell wurde dazu in Washington ergänzt, man sei überzeugt, die Syrer ermunterten geradezu Schiiten und Drusen, der regulären libanesischen Armee Paroli zu bieten und sie vor allem an der Kontrolle der Schuf-Berge außerhalb Beiruts zu hindern. Ziel der Syrer sei es, die amerikanische Militärpräsenz in Libanon zu demoralisieren und Washington somit zum Rückzug zu bewegen.

Diese Kalkulation dürfte nicht aufgehen, auch wenn in den USA erneut die Diskussion um Sinn und Zweck der amerikanischen Friedensrolle entbrannt ist. „Unsere Marines spielen eine entscheidende Rolle in Libanon", erläuterte der Weiße-Haus-Sprecher auf entsprechende Fragen. „Es ist unsere Absicht, sie in ihrer friedenserhaltenden Funktion dort zu belassen. Damit steuern wir ein wichtiges Ingrediens zur Befähigung der libanesischen und amerikanischen Regierung bei, die nationale Souveränität in Libanon wiederherzustellen."

Auch mehrere Sprecher außerhalb der Regierung teilen diese Einschätzung der Lage. So meinte der Nahost-Unterhändler Präsident Carters, Botschafter Sol Linowitz, das amerikanische strategische Interesse an der gesamten Region sei so überragend, daß Washington auf seine Rolle bei der Friedensfindung gar nicht verzichten könne. Die Opfer, wie auch immer beklagenswert, seien der Preis dafür.

Senator Charles Percy sagte dazu: „Weder unsere Marines noch unser Volk werden sich von Anschlägen auf Amerikaner in Libanon abschrecken lassen. So wenig, wie der Terror-Anschlag auf unsere Botschaft in Beirut im April unsere Unterstützung für das libanesische Volk unterminieren konnte, so wenig wird diese neue Tragödie unsere Friedensbemühungen in der Region beeinträchtigen."

Dennoch muß die Reagan-Regierung mit verstärkter Kritik an ihrer Libanon-Politik rechnen, zumal sie in ihren militärischen Entscheidungen – so vor allem der Entsendung von 1200 Soldaten für die internationale Friedenstruppe – ohne Mitsprache des Kongresses vorgegangen ist. Sie hat ihn nur unterrichtet. Schon nehmen die Stimmen auf dem Kapitol zu, die erklären, die Stationierung der US-Marines in Libanon falle unter die Bestimmungen des „War Powers Act" von 1973 und müsse daher dem Kongreß zur Entscheidung unterbreitet werden.

Der „War Powers Act" entstammt als Gesetzgebung den Erfahrungen der Vietnam-Kriegs-Ära. Er besagt, daß der Präsident innerhalb 48 Stunden nach Entsendung amerikanischer Truppen in Kriegszonen den Kongreß formell davon zu unterrichten hat. Danach haben die Gesetzgeber 60 Tage Zeit, zu überlegen, ob sie diese Entscheidung billigen oder ablehnen. Das Gesetz gibt dem Kongreß quasi ein Veto-Recht über die Fähigkeit der Exekutive, Krieg zu führen.

Dies hat zu einer Verfassungskontroverse geführt, weil nach Auffassung von Kritikern der „War Powers Act" das verbriefte Privileg des Präsidenten, als Oberbefehlshaber der Streitkräfte zu agieren, beschneidet. In einer aufsehenerregenden Entscheidung vom Juni dieses Jahres hat der Oberste Bundesgerichtshof entschieden, daß der Kongreß keine Veto-Macht über die Exekutive besitze. Die Gewaltenteilung im amerikanischen System könne so nicht ausgelegt werden. Seitdem gilt die Anwendbarkeit des „War Powers Act" als umstritten.

Um aber nicht in eine neue Kontroverse mit dem Kongreß zu geraten, hat die Reagan-Regierung das Gesetz aus dem Jahre 1973 bisher nicht formell angefochten. Im Falle Libanon hat sie es vielmehr umgangen, und in mehreren Schreiben an den Kongreß argumentiert, die Marines würden nicht in die Schlacht geschickt, sie hätten in Libanon nur Friedensfunktionen. Deshalb sei eine Mitsprache-Rolle des Kongresses auch nicht gegeben.

Sollten sich die Kämpfe in Libanon jedoch zuspitzen und in Zukunft vermehrt amerikanisches Militärpersonal einbeziehen, dürfte dieses Argument schwer aufrechtzuhalten sein. John Glenn, demokratischer Senator aus Ohio und Bewerber um die Nominierung als Präsidentschaftskandidat seiner Partei, macht sich schon jetzt zum Vorreiter dieser erweiterten Rolle des Kongresses. Glenn plädiert für eine absehbare Aufenthaltsfrist der Marines.

Seite 2: Fehlschlag einer Armee

Israel: Erklärung „unverschämt"

dpa, **Bonn**

Als „unverschämt in Ton und Sache" hat die israelische Botschaft in Bonn gestern eine gemeinsame Erklärung der arabischen Botschafter zum inzwischen verschobenen Besuch von Bundeskanzler Helmut Kohl in Israel bezeichnet. Ein Sprecher sagte, mit dieser Erklärung seien die Araber über die „bekannten Hetzreden gegen die israelische Politik" hinausgegangen.

Die arabischen Botschafter (ohne Ägypten) hatten die Erwartung geäußert, daß die Kohl-Reise die deutsch-arabischen Beziehungen nicht beeinträchtigen werde und vor finanziellen Hilfen Bonns an Israel gewarnt. Solche Hilfen würden als „Ermutigung und Unterstützung der israelischen Besatzungs-, Aggressions- und Expansionspolitik gegen die Araber" aufgefaßt, erklärte der Rat der arabischen Botschafter und Missionschefs. Weiter hieß es in der Erklärung, die „Fortsetzung der israelischen Erpressungspolitik unter dem Vorwand des deutschen Schuldkomplexes kann nicht akzeptiert werden, da Israel selbst fortlaufend naziähnliche Methoden" in den besetzten Gebieten anwende.

Deutsche Konflikte: Rehbeins Stück „Jürgen"

Menschen, keine Opfer

Als Max H. Rehbein seine New-York-Trilogie erfolgreich über den Bildschirm gebracht hatte, hieß es: „Kunststück! Mit den Amerikanern kann er das machen, die öffnen sich der Kamera mit Freude, aber bei den Deutschen, da wird er sich die Zähne ausbeißen!" Jetzt hat Rehbein es mit Deutschen versucht. Er hat dasselbe formale Prinzip für sein Fernsehstück verwendet, wie seinerzeit für „Lefty", „Marathon in New York" und „Mann in Eile", das heißt, er hat Menschen gesucht, die bereit waren, ihr eigenes Leben der Kamera und dem Mikro offenzulegen.

Sein Thema war, wie denn anders, der Generationenkonflikt. Rehbein fand in Bergen die Familie, die die Problematik gewissermaßen gebündelt in sich trug. Der Ort, Bergen in Niedersachsen, trägt ebenfalls deutsche Probleme in sich: Unter der schönen pastellfarbenen Heidekrautdecke liegen dort Tausende und Abertausende von Toten des Konzentrationslagers Bergen-Belsen.

Jürgen – ARD, 20.15 Uhr

Wie die Menschen damit leben, wie sie die stets gegenwärtige Vergangenheit akzeptieren oder verdrängen, wie die Jungen darauf reagieren, ist Gegenstand vieler Diskussionen zwischen den Generationen. Vater und Sohn geraten aneinander, dabei kommt es zu der Schlüsselszene der Aufzeichnung: Als der Vater, von dem Jungen aufs äußerste bedrängt, gewissermaßen mit dem Rücken zur Wand steht, verzichtet der Sohn auf das letzte, brutal verurteilende Wort, er stößt nicht zu, aber beide, Vater und Sohn, wissen gleichermaßen Bescheid, der Alte über sich selbst, der Junge über sich, und kreuzweise beide mehr übereinander als bisher.

Rehbeins Film ist der gelungene Versuch, wesentliche Fetzen unseres Bewußtseins anzuschauen, „ehe wir den Teppich hochnehmen, um alles darunterzukehren". Er richtet nicht, er läßt die Menschen so aufeinanderprallen, daß sie nicht Opfer werden, in diesem Falle Opfer einer Fernsehproduktion (denn die Kamera verführt, wie wir wissen).

Der Sohn, ein Nachgebliebener, ein Geläuterter, ein von Neuem Suchender der rebellischen Generation der Sechziger, stellt sich in einer so redlichen Weise dar, daß man ihm die „Suche nach der Alternative" ohne Einschränkungen abnimmt, wie man ihm die Entttäuschung abnimmt über die eigenen, seinerzeit vertretenen rigoristischen Forderungen. Sie hatten damals ‚die absolute Wahrheit', aber wer konnte sagen, „wie man dazu gekommen war"? War es nicht vielleicht nur eine „postpubertäre Verzögerung des Erwachsenwerdens"?

Der Film läßt dem Jungen den Vortritt, das heißt: Was geschieht, geht als Reflektion des Jungen über den Schirm, dennoch ist es ein Film der Physiognomien. Was da an niedersächsischen Honoratioren vorgestellt wird, ist eine ganze Welt für sich. Und die Gesichter, gütige und harte, feine und arrogante, traurige und unbekümmerte, sie relativieren die ins Bild gerafften, im Fernsehfokus gebündelten Wirklichkeiten zu Aspekten unseres Lebens.

Hat Rehbein das „New-York-Triptychon" erreicht? Wir werden vielleicht einmal sagen, er hat es übertroffen, weil er mitten in unser Leben gestochen hat. Denn Bergen ist uns näher als Manhattan. Außerdem liegt Belsen gleich dahinter.

VALENTIN POLCUCH

KRITIK

Wie in einem Reagenzglas

Das Rezept ist bewährt: Man sperre wildfremde Menschen zusammen, so daß sie einander nicht entfliehen können – in einem eingeschneiten Haus, einem Eisenbahnzug oder einem verschlossenen Zimmer –, und man kann etwas erleben. Sie reagieren wie chemische Substanzen im Reagenzglas und geben sich dabei zu erkennen. Bei Agatha Christie gibt es das immer wieder, Sartre kam darauf in „Geschlossene Gesellschaft" – und in Wien Johannes Mario Simmel 1945, als der 21jährige diese Vorbilder gar nicht kennen konnte, in **„Mich wundert, daß ich so fröhlich bin"** (ZDF).

Simmel sperrt sie in einen verschütteten Luftschutzkeller, ohne sich freilich mit ihrer Entzifferung zu begnügen oder mit dem Schildern ihrer Wandelung von egozentrischen zu sozialen Wesen. Er wollte „eine spannende Geschichte" erzählen, und er erzählte gleich zwei: die eine bis zur Tötung des sprengwütigen Chemikers, die andere danach, wenn die Tat zu vertuschen oder aufzuklären ist.

Das macht die Sache verworren, und man soll nicht die vielen Unwahrscheinlichkeiten und „Zufälle" vorrechnen. Um so weniger, als Michael Kehlmanns Verfilmung des Romans diese Mängel liebevoll vergessen machte. Den Regisseur interessierten vor allem Bilder, und die faszinierten in der Tat. Und es interessierten ihn die Menschen in einer schier verzweifelten Situation. Dazu konnte er glücklicherweise Schauspieler der ersten Garnitur aufbieten – von Gertraud Jesserer und Klausjürgen Wussow bis Alexander Kerst und Vilma Degischer, nicht zu vergessen die eindringliche Deserteursstudie von Karlheinz Hackl und die erfrischende Kinderdarstellerin Alexandra Heinrich. Sie alle fesselten, fast zwei Stunden lang. Daß sie Simmels Figuren nicht anders als so scherenschnittartig und eindimensional zeichneten, wie der sie entwarf, geht allein zu dessen Lasten.

KATHRIN BERGMANN

STUDIO

Zu viel **Fernsehen macht Kinder denkfaul** und träge und fördert eine negative Einstellung zum Leben. Zu diesem Schluß kommt Cedrik Cullingford vom Polytechnikum in Oxford, der 5000 Kinder im Alter von sechs und zwölf Jahren beobachtete. Nach seiner Untersuchung benutzen Kinder das Fernsehen als unterhaltsames Spielzeug, das keine Anforderungen stellt. Am meisten beunruhigt hat Cullingford die große Langeweile in den kindlichen Gesichtern, wenn sie vor dem Fernsehapparat saßen. Dem entspreche ein zunehmend passives Verhalten immer dann, wenn es um reale Anforderungen gehe. Er richtet deshalb den dringenden Appell an die Eltern, das Sehverhalten ihrer Kinder zu beobachten und sie zu einem kritischen Umgang mit dem Medium anzuleiten. (agi)

*

Mit dem „George Foster Peabody Award" wurde die SWF-Produktion „Blood and Honor" (**„Blut und Ehre"**) in den USA ausgezeichnet; die Serie hatte bereits den „Christopher Award" erhalten. Der „George Foster Peabody Award" wird alljährlich von der Henry W. Grady School of Journalism and Mass Communication der Universität des Staates Georgia für herausragende Fernsehsendungen vergeben und gilt als eine der höchsten amerikanischen Fernsehauszeichnungen.

ARD | ZDF

ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM

10.00 heute
10.05 Die Montagsmaler
10.50 Alltag in Asien
Filmbericht aus den Philippinen
11.20 Unser Kosmos
12.10 Panorama
12.55 Presseschau
13.00 heute

ARD

15.25 Der Mann in den Bergen
Gefahr für die Wildnis
16.10 Tagesschau
16.15 Marjons Opernführer (2)
Mit Marjon Lambriks und Robert Granzer, Josef Hopferwieser
Regie: John Scholz-Conway
17.00 Und dann laufe ich bis an Ende der Welt (2)
Spielfilm für Kinder von Peter Solan
17.25 Der Generaloberhofzeremonienmeister
Bildergeschichte nach Manfred Kyber
17.50 Tagesschau
(Anschl. Regionalprogramme)
20.00 Tagesschau
20.15 Jürgen
Von einem Versuch, das Leben zu ordnen
Sprecher: Hans Paetsch
Buch und Regie: Max H. Rehbein
Schon in seiner New-York-Trilogie beschritt Max H. Rehbein einen Weg jenseits der klassischen Dokumentation: In seinen Filmerzählungen können sich Personen, die es tatsächlich gibt, mit all ihren Träumen und Ängsten hautnah darstellen.
21.45 Bilder aus der Wissenschaft
Themen: Gezähmtes Sonnenfeuer / Energie aus dem Sonnenlicht – billigere Solarzellen durch Ausnutzung der Fluoreszenz / Schrumpft die Sonne? Anhand alter Aufzeichnungen über Sonnenfinsternisse und mittels moderner astrophysikalischer Untersuchungen soll die Streitfrage geschlichtet werden, ob die Sonne schrumpft oder pulsiert, also ihre Größe periodisch verändert.
22.30 Tagesthemen
23.00 ARD-Sport extra
Fußball-Bundesliga / Intern. Leichtathletik-Sportfest Koblenz
24.00 Tagesschau

ZDF

15.15 ZDF – Ihr Programm
15.17 heute
15.20 Captain Future
Der unsichtbare Planet
15.45 Meisterdetektiv Kalle Blomquist
Kinder-Krimi nach Astrid Lindgren
Regie: Rolf Husberg
17.10 Ferienkalender
17.15 Enorm in Form
17.30 heute/Aus den Ländern
17.45 Tele-Illustrierte
Zu Gast: Bernd Schütz mit Band
Anschl.: heute-Schlagzeilen
18.25 Bilder, die die Welt bewegten
Brennende Wälder
Peter von Zahn berichtet
18.57 ZDF – Ihr Programm
19.00 heute
19.30 Direkt
Diesmal ist ein Team vom Jugendmagazin „Direkt" auf den Rummelplatz und in den Zirkus gegangen, um zu zeigen, wie Jugendliche leben, die man zum „fahrenden Volk" zählt. Was für viele Außenstehende auf den ersten Blick verlockend nach Freiheit aussieht, entpuppt sich beim Blick hinter die Kulissen als schwere körperliche Arbeit mit geringer Bezahlung und langer täglicher Arbeit.
20.15 Bilanz
Themen: Ausgelernt – aber ohne Arbeit (Arbeitslosigkeit nach der Lehre) / Spantax: der Buhmann im Luftverkehr / „Arbeitszeitverkürzungen unverzichtbar" (Interview mit Baden-Württembergs Ministerpräsidenten Lothar Späth) / Rechnungshofkritik an Dienstfahrzeugen
Moderation: Wolfgang Schröder
21.00 heute-journal
21.20 mittwochslotto – 7 aus 38
21.25 Der Denver-Clan
22.10 Leben mitten in unserer Zeit
Veränderungen in der weltweiten Christenwelt
22.40 Unser Kosmos
Die 13. Folge endet mit einem Appell von Carl Sagan an die Zuschauer. Es ist eine sehr persönliche Botschaft, und doch spricht er auch für seine Zukunft, die Wissenschaft. Und man kann annehmen, daß er hofft, daß seine Worte in die Ohren einiger Politiker und Militärs in Ost und West kommen mögen.
23.25 heute

III.

WEST
18.00 Arche 2000 für Kinder
Geschichten und Reportagen von Tieren, Pflanzen und Menschen
18.30 Sesamstraße
19.00 Aktuelle Stunde

NORD/HESSEN
18.00 Maxi und Mini
18.30 Arche 2000 für Kinder
19.00 Rockpalast
Terry and the Pirates

WEST/NORD/HESSEN
20.00 Tagesschau
20.15 Mittwochs im III.
Live aus Münster
Als Gäste: Lou and the Hollywood Bananas
21.45 Auslandsreporter
Bilbao
Bilder aus einer baskischen Stadt
22.15 Die Freibeuterin
Amerikan. Spielfilm (1942)
Mit Marlene Dietrich, John Wayne, Randolph Scott u. a.
Regie: Ray Enright
23.40 Letzte Nachrichten

SÜDWEST
Für Baden-Württemberg:
19.00 Die Abendschau
Für Rheinland-Pfalz:
19.00 Die Abendschau
Für das Saarland:
19.00 Saar 3 regional
Für Gesamt S3:
19.25 Nachrichten
19.30 Aerobic (15)
20.00 Wohin mit der Angst?
Ulrich Hommes im Gespräch mit Paul Becker
20.15 Schauplatz der Geschichte: New York
21.45 Zwischenrunde
Ein Gespräch über New York
22.45 Taxi Driver
Amerikan. Spielfilm (1975)
Mit Robert de Niro, Jodie Foster u. a.

BAYERN
18.45 Rundschau
19.00 „Ich bin Bauer und will Bauer bleiben"
Reihe: „Situation. Arbeitsplatz"
19.45 Evas Töchter (4)
Französ. Filmkomödie in sechs Teilen
20.40 Z. E. N.
20.45 Rundschau
21.00 Zeitspiegel
Politik am Mittwoch
21.45 San Francisco
Amerikan. Spielfilm (1936)
23.35 Rundschau

Warnung vor Optimismus

cd. – Gewarnt sei vor zu großem *Optimismus in* puncto Umschuldungsabkommen zwischen Brasilien und dem Internationalen Währungsfonds, vor *Illusionen,* die möglicherweise eine Erklärung der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ) auslöst. Zur Begründung, daß sie Brasilien nicht zur Rückzahlung eines heute fälligen 400-Millionen-Dollar-Kredits drängt, verwies die Basler Bank der Notenbanken auf die Fortschritte in den Verhandlungen zwischen dem IWF und dem mit 90 Milliarden Dollar am stärksten im Ausland verschuldeten Land der Welt.

Die Wirklichkeit sieht leider häßlicher aus. Brasilien kann – jetzt schon zum zweiten Mal in diesem Jahr – die Rückzahlungsrate eines Überbrückungskredits mangels Devisenkasse nicht aufbringen. Und die BIZ, die erstmals in ihrer mehr als 50jährigen Geschichte von einem Schuldner hängengelassen wird, hat keine Möglichkeit, das Geld einzutreiben. Da die Baseler Superzentralbank aus verständlichen Gründen darauf verzichtet, sich an den sie tragenden Notenbanken schadlos zu halten, bleibt ihr gar nichts weiter übrig, als gute Miene zum bösen Spiel zu machen. Nur muß man *sich damit abfinden,* daß die BIZ künftig nicht mehr so großzügig als Feuerwehr bei internationalen Zahlungskrisen anrükken wird.

Die Chancen für ein Umschuldungsabkommen zwischen dem IWF und Brasiliens Regierung mögen sich tatsächlich verbessert haben. Aber Geld vom IWF und den Banken fließt erst, wenn das brasilianische Parlament die Bedingungen des IWF nicht ablehnt. Selbst wenn die starke Opposition sich der Vernunft nicht verschließt: Die Bedingungen zu akzeptieren und sie zu erfüllen ist zweierlei, weiß man aus Erfahrung mit Brasilia. Vor Optimismus ist daher zu warnen.

Japans Sorgen

Hdt – Im Vorjahr haben sich die japanischen Werkzeugmaschinenhersteller *zwar* den ersten Platz unter den hier aktiven Nationen sichern können, aber das nur dank der Tatsache, daß der Produktionswert in dieser Branche insgesamt um rund 20 Prozent gesunken war, in der japanischen Werkzeugmaschinenindustrie jedoch nur um 9 Prozent. Inzwischen hält die Talfahrt auch bei den fernöstlichen Herstellern weiter an. Im 1. Quartal 1983 gingen die japanischen Exporte in die westeuropäischen Industrieländer um 25 Prozent zurück, in die USA sogar um 50 Prozent. Japan zieht bereits die ersten Konsequenzen aus der veränderten Situation und beginnt. Man versucht, preisgünstige Serienmaschinen zu spezialisieren und sich mehr Exportmärkte zu erobern, was auch weniger *zahlungskräftige* Entwicklungsländer einschließt. Das aber könnte die Chancen unserer deutschen Hersteller von hochwertigen Spezialmaschinen erhöhen.

LANDWIRTSCHAFT / Anstieg der Nahrungsmittelpreise etwa drei Prozent

Trotz Trockenheit wird die Ernte 1983 besser sein, als befürchtet

HANS-J. MAHNKE, Bonn

Die diesjährige Ernte wird besser ausfallen, als angesichts der anhaltenden Trockenheit in den letzten Wochen vielfach befürchtet worden war. Die Versorgung bei allen Produkten ist gesichert. Der Anstieg der Nahrungsmittelpreise bleibt hinter der Zunahme der allgemeinen Lebenshaltungskosten auch in den nächsten Monaten zurück. Die Einkommen der Landwirte werden nach der Vorausschätzung des Bonner Landwirtschaftsministeriums leicht sinken, nachdem sie im am 30. Juni abgelaufenen Wirtschaftsjahr um rund zwölf Prozent gestiegen waren.

Der Parlamentarische Staatssekretär im Bonner Landwirtschaftsministerium, Wolfgang von Geldern, der die vorläufigen Ergebnisse der Ernteermittlung 1983 seines Hauses, die sich mit denen des Bauernverbandes weitgehend decken, erläuterte, wies auf die starken regionalen Unterschiede hin. So konnte in Bayern noch eine höhere Getreideernte als im vergangenen Jahr eingefahren werden, während in Norddeutschland die Ergebnisse zum Teil beträchtlich darunter lagen. Im einzelnen ergibt sich folgendes Bild:

Getreide: Mit 22,8 Millionen Tonnen dürfte die Getreideernte unter dem Ergebnis des Vorjahres von 24,6 Millionen Tonnen liegen. Sie entspricht damit aber dem Durchschnitt der vergangenen Jahre. Der Rückgang lag sowohl an einer Verringerung der Anbaufläche als auch an geringeren Hektarerträgen aufgrund der Trockenheit. In der EG wird der Rückgang auf rund zehn Millionen Tonnen veranschlagt. Mit einer Ernte von 120 Millionen Tonnen liegt der Selbstversorgungsgrad aber weiterhin über hundert Prozent.

Ölfrüchte: Hier wurden die Anbauflächen in der Bundesrepublik stark ausgeweitet, so daß mit einer höheren Ernte als im Vorjahr gerechnet wird. In der EG dürfte die Ernte leicht niedriger ausfallen.

Zuckerrüben: Bei einer um fast sieben Prozent eingeschränkten Anbaufläche und niedrigeren Hektarerträgen dürfte die Zuckererzeugung erheblich unter drei (1982: 3,3) Millionen Tonnen sinken. In der EG dürfte die Zuckererzeugung um 3,6 auf 10,3 Millionen Tonnen sinken.

Kartoffeln: Da die Anbaufläche weiter verringert wurde, und zwar auf die Hälfte der von 1975, wird mit einer kleineren, allerdings qualitativ guten Ernte gerechnet. Der Verbraucher muß sich nach Angaben von Geldern auf Engpässe und exorbitante Preissteigerungen einstellen.

Gemüse: Wie in der Bundesrepublik hat in der gesamten EG die lang anhaltende Trockenheit zu Ertragseinbußen bei Sommergemüse geführt. Die Treibhauskulturen haben von dem schönen Wetter profitiert.

Obst: Nach der überdurchschnittlichen Ernte des Vorjahres war mit einem Rückgang gerechnet worden, der jedoch erheblich geringer ausfiel.

Wein: Bislang sind hier alle Voraussetzungen für eine gute, auch qualitativ hochwertige Ernte gegeben. Dies gilt auch für die EG insgesamt.

Versorgung: Trotz der etwas kleineren Ernte ist sie mit pflanzlichen Erzeugnissen nicht gefährdet. In den meisten Fällen dürfte die Ernte dem Durchschnitt der letzten Jahre entsprechen. Bei Obst und Gemüse, wo die Bundesrepublik auf Einfuhren angewiesen ist, dürfte mehr aus dem Ausland hereinkommen. Die Versorgung mit Grundfutter dürfte im Winter nicht so reichlich sein. Aufgrund der aufgestockten Viehbestände wird mit einem Zukaufsbedarf an Kraftfutter gerechnet.

Preise: Die Erzeugerpreise für landwirtschaftliche Produkte lagen im Wirtschaftsjahr 1982/83 0,8 Prozent unter dem Vorjahr. Der Grund waren Preiseinbrüche bei Sonderkulturen. Ohne diese Erzeugnisse erzielten die Landwirte für pflanzliche Produkte 3,4 Prozent mehr, bei tierischen Erzeugnissen waren es 1,3 Prozent. Der Auszahlungspreis für Milch zog nach Abzug der Mitverantwortungsabgabe um 7,6 Prozent an.

Für die zweite Jahreshälfte 1983 wird mit einem reichlichen Fleischangebot gerechnet. Dafür dürften weniger Obst, Gemüse und Kartoffeln auf den Markt kommen, und sich der Anstieg der Nahrungsmittelpreise auf rund drei Prozent gegenüber 1982 beschleunigen.

US-AUSSENHANDEL

Die Leistungsbilanz rutscht immer tiefer ins Minus

H.-A. SIEBERT, Washington

Auch außenwirtschaftlich rutschen die USA *immer tiefer in die roten* Zahlen. Nach der europäischen Cif-Rechnung überstieg das Defizit in der Handelsbilanz in den ersten sieben Monaten dieses Jahres 33,6 Milliarden Dollar, verglichen mit 19 Milliarden Dollar in der gleichen Zeitspanne des Vorjahres. Wie Handelsminister Malcolm Baldrige in Washington erklärte, ist ein neuer Rekordpassivsaldo von etwa 70 (1982: 42,7) Milliarden Dollar für 1983 kaum noch abzuwenden.

Laut Baldrige fällt das amerikanische Warendefizit 1984 noch viel höher – vermutlich 100 Milliarden Dollar – aus, „wenn sich die Bedingungen nicht ändern". Ähnlich düster ist seine Prognose für die Leistungsbilanz. Er veranschlagt dieses Minus für 1983 auf 30 Mrd. Dollar *„mit steigender* Tendenz im kommenden Jahr".

Auf der Einfuhrseite macht den USA der stark überbewertete Dollar zu schaffen, der ausländische Erzeugnisse für amerikanische Käufer erheblich verbilligt. Im Juli nahmen die Importe gegenüber dem Vormonat wertmäßig um 4,7 Prozent auf rund 23 Milliarden Dollar zu. Seit Januar erhöhten sie sich um 1,1 Prozent auf 149,3 Milliarden Dollar. Klammert man jedoch die ausländischen *Öllieferungen aus,* dann *kam* es zu einer regelrechten Einfuhrexplosion: Die Zunahme betrug 3,6 beziehungsweise 18,3 Prozent, verglichen mit dem schwachen vierten Quartal 1982.

Der kräftige Importschub zeigt das flotte konjunkturelle Wachstumstempo *in Amerika,* das bisher von einer wachsenden Verbrauchernachfrage und steigenden Realeinkommen getragen wurde. Außerdem sind die Lagerbestände in den USA auf ein Rekordtief gesunken, während die Industrieproduktion seit November um 10,2 Prozent zugenommen hat. Das heißt, die preiswerten ausländischen Waren sind notwendige Lückenfüller, die zudem die Inflationsrate niedrig halten.

Anders sieht es auf der Exportseite aus. Im Juli sanken die US-Ausfuhren um 2,2 Prozent auf 16,6 und seit Januar um zehn Prozent auf 115,7 *Milliarden Dollar, und zwar in der* Hauptsache wegen des geringen Wirtschaftswachstums in den anderen Industriestaaten und in den Entwicklungsländern. Wie ein Sprecher des Ministeriums betonte, stellt der Dollar in dieser Phase keine entscheidende Bremse dar, wobei auch die geringe Preiselastizität amerikanischer Exportprodukte mitspiele.

Die US-Ausfuhren in die acht am höchsten verschuldeten lateinamerikanischen Länder sind im ersten Halbjahr 1983 von 14,4 auf 9,1 Milliarden Dollar geschrumpft. Ein amerikanischer Überschuß von 377 Millionen verwandelte sich in ein Defizit von *6,3 Milliarden Dollar. Folgt man* Baldrige, dann ist der gefährdete Handel mit der Dritten Welt „der eigentliche Preis, den Amerika für die hohen Zinsen und den starken Dollar zahlen muß".

Der unterbewertete Franc

Von JOACHIM SCHAUFUSS, Paris

Die Erfolgschancen des französischen Stabilisierungsplans waren in internationalen Finanz- und Wirtschaftskreisen unterschätzt worden. *Überrascht hat jetzt vor allem* das Tempo, mit welchem Frankreich sein Leistungsbilanzdefizit abbauen konnte. Daß es von umgerechnet etwas mehr als 10 Milliarden Mark im ersten Quartal dieses Jahres auf etwas weniger als eine Milliarde Mark im zweiten zusammenschrumpfte, erwartete wohl selbst Wirtschafts- und Finanzminister Delors nicht.

Auch wenn dieses spektakuläre Ergebnis zum Teil darauf zurückzuführen ist, daß es vor und nach der *letzten Franc-Abwertung vom* 21. März spekulative Geldverschiebungen gegeben hatte, so erhebt sich heute die Frage, ob diese Abwertung nicht zu hoch bemessen war. Jedenfalls ist der Franc seitdem am Devisenmarkt vor allem gegenüber der D-Mark ausgesprochen fest.

Gewiß hatte Delors stark übertrieben, als er im letzten Frühjahr behauptete, *der Franc sei im Europäischen* Währungssystem (EWS) nicht überbewertet und seine (damalige) Schwäche an den Devisenmärkten sei nur eine Folge der zu starken D-Mark. Wahrscheinlich kam es ihm darauf an, die Bundesregierung zu einer möglichst starken Aufwertung zu veranlassen, um so Frankreich bei seinem größten Auslandskunden Wettbewerbsvorteile zu verschaffen.

So gelang es Paris denn auch unter der massiven politischen Drohung, *aus dem EWS* auszutreten, den von Delors außerdem als arrogant bezeichneten deutschen Unterhändlern eine immerhin achtprozentige D-Mark-Aufwertung abzuringen, der am 12. Juli 1982 eine zehnprozentige und am 5. Oktober 1981 eine achteinhalbprozentige vorausgegangen war.

Die Franzosen selbst brauchten unter diesen Umständen nur um *zweieinhalb* Prozent abzuwerten, nach fünfdreiviertel und drei Prozent zu den beiden ersten Terminen. Damit kam man innerhalb von eineinhalb Jahren auf eine Veränderung der deutsch-französischen Währungsparität von beachtlichen 26,5 Prozent. Das ist mehr, als zum bloßen Ausgleich der in dieser Zeit entstandenen Inflationsdifferenz zwischen *Frankreich und der Bundesrepublik* nötig gewesen wäre. Selbst wenn man davon ausgeht, daß der Franc vor der ersten dieser drei Abwertungen der sozialistischen Regierung überbewertet war, so fiel die letzte Paritätsbereinigung wohl doch sehr *reichlich* aus.

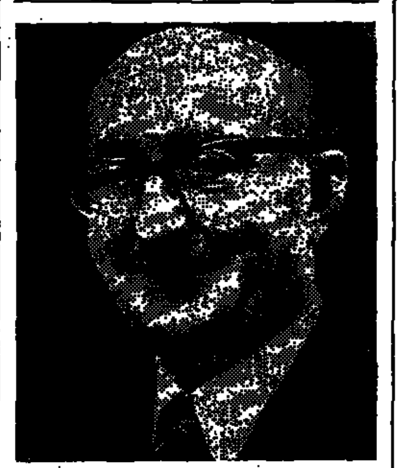
Rückwirkend betrachtet stellt sie sich heute als Vorleistung der Bundesregierung dar. Insbesonders sollte dadurch die Banque de France in die Lage versetzt werden, ihre zuvor stark geschrumpften Währungsreserven durch Devisenkäufe aufzubessern und die gefährlich angewachsenen Auslandsschulden zu stabilisieren. Die Bundesrepublik hat ein essentielles Interesse an der Zahlungsfähigkeit ihres größten Handelspartners.

Dafür versprach Delors, von neuen protektionistischen Maßnahmen Abstand zu nehmen. Dieses Versprechen hat er bisher gehalten. Für gegenteilige Behauptungen gibt es jedenfalls keine Beweise. Wenn die deutschen Exporte jetzt in Frankreich auf gewisse Absatzschwierigkeiten stoßen, so ist dies auch vor *allem eine Folge des durch Delors'* Austerity-Politik herbeigeführten Konsumrückgangs.

Allerdings hatte der deutsche Export von der vorangegangenen sozialistischen Konsumbelebungspolitik stark profitiert. Diese Politik war aber – mit Recht – in der Bundesrepublik scharf kritisiert worden. Denn sie brachte nicht nur die französische *Handels- und Leistungsbilanz immer* tiefer in die roten Zahlen. Auch gab sie wegen der übermäßigen Nachfrage der Inflation zusätzlichen Auftrieb und führte zu immer schnelleren Drehungen der indexierten Lohn-Preis-Spirale.

Wenn Paris dann schließlich das Steuer herumgeworfen hat, so ist das zwar weniger der eigenen Einsicht als dem *Druck der ausländischen* Partner und Gläubiger zu verdanken gewesen. Im übrigen kann man sich damit „trösten", daß die derzeitige Franc-Stärke nicht von Dauer sein wird. Denn selbst wenn es der französischen Regierung gelingen sollte, die ehrgeizigen Ziele ihres Stabilisierungsplans zu erreichen, so sind diese immer noch wesentlich ungünstiger als das, was die *Bundesrepublik* an Preis- und Kostenanstieg zu erwarten hat. Deshalb dürfte der zur Zeit noch unterbewertete Franc bald in seine neue D-Mark-Parität hineinwachsen.

AUF EIN WORT



„Man kann ziemlich sicher sein, daß in Ländern wie den USA, Westdeutschland, Großbritannien und Japan die Geldpolitik weiterhin einen Stabilitätskurs verfolgen wird. So treiben wir ein neues *Ballspiel*, neu vor allem für den Dollar- und Sterlingraum, nach deren *langen* Erfahrungen mit hoher Inflation."

Dr. Ottmar Emminger, früherer Präsident der Deutschen Bundesbank
FOTO: PETER MITCHELL

Zinsbelastung nimmt noch zu

dpa/VWD, Bonn

Die Zinsbelastung des Staates wird vorläufig weiter zunehmen. Das geht aus einer Untersuchung des der Wirtschaft nahestehenden Instituts „Finanzen und Steuern" hervor. Die Zinsausgaben von Bund, Ländern und Gemeinden, die von 1960 bis 1982 von 1,6 Milliarden auf 44,6 Milliarden Mark gestiegen seien, hätten auch dann nie sinkende Tendenz gezeigt, als die Nettokreditaufnahme gesenkt wurde. Das Institut fordert, die jährlich anfallenden Zinsausgaben nur durch die Kürzung anderer Ausgabenarten zu finanzieren. Eine Finanzierung durch die Nettokreditaufnahme ergäbe „ein sich selbst antreibendes System des Schuldenwachstums".

AGRARPOLITIK

Der Bauernverband hält die EG-Vorschläge für abwegig

HANS-J. MAHNKE, Bonn

Die Vorschläge der EG-Kommission zur Reform der Agrarpolitik, mit deren Beratung gestern die Außen-, Finanz- und Agrarminister der Gemeinschaft begonnen haben, hält der Deutsche Bauernverband für abwegig und unzumutbar. Bauern-Präsident Freiherr Heereman betonte nach einer Sitzung des Präsidiums seiner Organisation, die Landwirte *dürften nicht für die Fehler der Politiker* zur Kasse gebeten werden. Damit spielte er auf den Vorschlag der Kommission an, die Bauern an den Kosten der Beseitigung der Überschüsse zu beteiligen.

Die Strategie der EG-Kommission, durch eine „vorsichtige Preispolitik", verknüpft mit mengenbeschränkenden Maßnahmen bei Getreide, Milch, Rindfleisch und einigen anderen Produkten, das Marktgleichgewicht herzustellen, lehnte Heereman entschieden ab. Produktionsquoten seien *dann tragbar, wenn die Preise für die* Grundmengen kostenorientiert festgelegt werden.

Die Vorschläge zur Außenhandelspolitik mit der Einführung einer globalen Fettabgabe und der Begrenzung der Einfuhren von Getreidesubstituten seien zwar ein Schritt in die richtige Richtung, der jedoch nur sehr vage formuliert sei. Heereman *wandte sich auch gegen den automatischen* Abbau des Grenzausgleichs. Ob die Änderung im Berechnungsverfahren, letztendlich die Übernahme des D-Mark-Kurses als Leitkurs für die grünen Paritäten, ein Ausweg sein könne, müsse überprüft werden.

Heereman forderte, daß unverzüglich ein Stichtag festgelegt werde, von dem an die Ausdehnung der Produktion bei Überschußprodukten, vor allem bei Milch, nicht mehr mit staatlichen Mitteln gefördert werde.

FINANZPOLITIK

Stoltenberg für Senkung der Einkommen- und Lohnsteuer

PETER WEERTZ, Berlin

Eine „Öffnung der Diskussion" in der Wachstums- und Beschäftigungspolitik hält Bundesfinanzminister Gerhard Stoltenberg für nützlich. Er begrüße, wie Stoltenberg in Berlin sagte, in diesem Sinne auch die wirtschaftspolitischen Thesen des niedersächsischen Ministerpräsidenten Ernst Albrecht. Vorrang habe allerdings für ihn als Finanzminister die *Konsolidierung der Haushalte der öffentlichen* Hände und die Begrenzung des Staatsanteils.

Zuversichtlich äußerte sich Stoltenberg darüber, daß es in den nächsten Jahren gelingen werde, die Zunahme der Staatsverschuldung zu verringern. Hier sei sein Ziel, die jährliche Kreditaufnahme des Bundes auf unter 40 Mrd. DM zu senken. Ob es freilich gelinge, die jährliche Zunahme der staatlichen Ausgaben auf höchstens drei Prozent zu begrenzen, sei besonders in den Ländern und Gemeinden schwierig vorauszusagen. Das gelte vor allem in Wahljahren und infolge struktureller Anpassungsvorgänge.

In Zukunft rechnet Stoltenberg infolge der Haushaltskonsolidierung *mit einem größeren Spielraum in der* Steuerpolitik. Im Gegensatz zu den Thesen von Albrecht befürwortet der Finanzminister jedoch eher eine Senkung der Einkommen- und Lohnsteuer als eine Ermäßigung der Steuerlast der Unternehmen. Auf mittlere Sicht sind nach seiner Ansicht in dieser Richtung im nächsten Jahr Entscheidungen notwendig.

Bei der Veräußerung der Beteiligungen des Bundes an Unternehmen sieht Stoltenberg „keinen Grund zum übereilten Aktionismus". Wichtig sei aber, die Verluste dieser Unternehmen deutlich zu reduzieren.

WIRTSCHAFTS JOURNAL

Großanlagenbau rechnet mit Auftragseinbruch

Frankfurt (dpa/VWD) – Mit einem besorgniserregenden Einbruch haben die in den letzten Jahren eher an größere Aufträge gewohnten Industrieanlagenbauer für 1983 zu rechnen. In diesem Sinne äußerte sich der *Verband Deutscher Maschinen- und* Anlagenbau (VDMA) in Frankfurt. Der Ordereingang der Branche betrug im ersten Halbjahr 1983 nur 6,7 Milliarden Mark. Für die letzten zwölf Monate ergibt sich damit ein Gesamtauftragseingang von 14,7 Milliarden Mark, 41 Prozent weniger als im Vorjahreszeitraum. Die desolate Verfassung der Weltmärkte führte, wie der Verband *betont, zu einem überproportionalen* Rückgang des Auslandsgeschäfts. Sein Anteil ging in der Berichtszeit von 73 auf 64 Prozent zurück. Großaufträge über 200 Millionen Mark seien 1983 noch nicht an deutsche Firmen vergeben worden. Die deutschen Anbieter leiden – dem VDMA zufolge – wegen des hohen inländischen Kostenniveaus besonders stark unter der *internationalen* Konkurrenz.

Höheres „DDR"-Defizit

Wiesbaden (rtr) – Das Defizit der „DDR" im innerdeutschen Handel ist in den ersten sieben Monaten des laufenden Jahres auf 606 Millionen Mark gestiegen. Wie das Statistische Bundesamt mitteilte, nahmen die Lieferungen in die „DDR" von Januar bis Juli gegenüber dem gleichen Zeitraum des Vorjahres um 27 Prozent auf 4,453 Milliarden Mark zu. Die Bezüge aus der „DDR" erhöhten sich dagegen im gleichen Zeitraum lediglich um ein Prozent auf 3,847 Milliarden Mark.

Kartellamt: Keine Einwände

Berlin (Wz.) – Das Bundeskartellamt wird den Erwerb der britischen *FBC Ltd., Hauxton/Cambridge,* durch die Schering AG nicht beanstanden. Mitte Juli hatte Schering von den beiden Muttergesellschaften Fisons PLG und The Boots PLC die Pflanzenschutz-Tochtergesellschaft übernommen. Wie das Amt mitteilt, habe sich zwar dadurch der Pflanzenschutz-Umsatz von Schering verdoppelt, der Wettbewerb werde jedoch trotz der starken Marktposition nicht gefährdet, weil noch größere Konkurrenten wie Bayer, Ciba-Geigy und andere Konzerne auf dem Weltmarkt vertreten seien. Im vergangenen Jahr hatte Schering einen Pflanzenschutz-Jahresumsatz von 634 Mill. DM.

Eurofer: Noch keine Einigung

Brüssel *(dpa/VWD) – Auf ihrer* ersten Sitzung nach der Stahlquoten-Entscheidung der EG-Kommission vom 25. Juli haben sich die Mitgliedsunternehmen des EG-Stahldachverbandes Eurofer in Brüssel nicht über die Umsetzung der neuen Modalitäten in ihr verbandsinternes Abkommen einigen können. Nach Angaben eines Eurofer-Sprechers wollen die Spitzenvertreter der 15 größten europäischen Stahlwerke am 20. September erneut zusammenkommen.

Neuer Ladenschluß?

Bonn (Rei.) – Die Einkaufsmöglichkeiten rund um die Uhr durch die Einführung von Bildschirmtext (Btx) veranlassen die FDP, die Diskussion über die Ladenschlußzeiten neu zu beleben. Die verbraucherpolitische Sprecherin der FDP-Fraktion, Ursula Seiler-Albring, weist darauf hin, daß *besonders die Klein- und Mittelbetriebe* des Handels jetzt vor der Entscheidung stünden, ob sie in das neue System einsteigen oder ihre Läden länger geöffnet halten könnten. Diese Frage müsse ganz schnell geklärt werden.

Indonesien-Anleihe plaziert

Frankfurt (AFP) – Die Commerzbank *hat eine 100-Millionen-Mark-Anleihe* für Indonesien arrangiert, die bereits fest plaziert ist. Marktteilnehmer vermuten, daß die Anleihe an die „Arab Banking Corp." gegangen ist, die in der letzten Woche über die Commerzbank 100 Millionen Mark auf fünf Jahre zu acht Prozent Zins und 100 Prozent Ausgabekurs aufgenommen hatte.

WIRTSCHAFTSPOLITIK

Lambsdorff: Sozialkosten müssen eingedämmt werden

HANS-J. MAHNKE, Bonn

Für eine möglichst rasche Reform des Lohn- und Einkommensteuertarifs hat sich Bundeswirtschaftsminister Otto Graf Lambsdorff auf der Vollversammlung der Industrie- und Handelskammer Frankfurt ausgesprochen. Er stimmte der Ansicht des Konjunkturexperten des Hamburger Instituts für Wirtschaftsforschung HWWA, *Hans-Jürgen Schmahl,* zu, daß die Ankündigung eines möglichst nahen Termins schon kurzfristig die Erwartungen in der Wirtschaft verbessern könne.

Allerdings koste der „große Wurf" *einer Lohn- und Einkommensteuerreform* ein Mehrfaches dessen, was derzeit finanzierbar sei. Je größer deshalb die Fortschritte bei der Ausgabenbegrenzung der öffentlichen Haushalte, um so eher könne die Tarifreform gemacht werden. Er werde weiter dafür eintreten, daß sie auf jeden Fall noch in dieser Legislaturperiode komme.

In diesem Zusammenhang wies er auf die Notwendigkeit hin, die Sozialkosten einzudämmen. Die Ansprüche an den Sozialstaat müßten, wie es der niedersächsische Ministerpräsident Ernst Albrecht *in seinem* Papier angeregt hatte, sich wieder an der Leistungskraft der Wirtschaft orientieren.

Daher wandte er sich auch gegen die Einführung der 35 Stunden bei vollem Lohnausgleich. Der Kampf für eine kürzere Arbeitszeit hätte für die Gewerkschaften, darauf deuteten Äußerungen aus ihren Reihen hin, eine zentrale Bedeutung für die Erhaltung und Entwicklung der Gewerkschaftsmacht. Nicht die Sorge um den Arbeitsplatz, sondern um die Aktionsfähigkeit der Gewerkschaften spielten eine entscheidende Rolle.

KERNENERGIE / Bonner Forschungsprojekt in Niedersachsen

Kobalt-60-Versuche in der „Asse"

E. NITSCHKE, Hannover

Rund eine Million Fässer mit schwach- oder mittelradioaktiven *Abfällen könnten noch* in das ehemalige Salzbergwerk der Schachtanlage „Asse" im Landkreis Wolfenbüttel eingelagert werden – wenn das als Vorbedingung dafür notwendige „Planungs-Feststellungsverfahren" wirklich eingeleitet wird. Die Gesellschaft für Strahlen- und Umweltforschung mbH in München mit ihrem Institut für Tieflagerung (IfT) in Braunschweig erwartet in den nächsten Wochen die Lieferung von Kobalt-60-Strahlenquellen für die „Asse" zur Simulation einer Einlagerung hochradioaktiver Abfälle in Steinsalzformationen.

Nachdem bis zum Auslaufen der Einlagerungsgenehmigungen Ende 1978 in dem alten, seit 1906 entstandenen Bergwerk 124 500 Fässer schwach- und 1300 Fässer mittelradioaktiver Fässer zur Forschungszwecken endgelagert wurden, müssen *die bundeseigenen* Forschungseinrichtungen nun den rechnerischen Nachweis für die Standfestigkeit der Grube erbringen. Es handelt sich um über 100 Abbaukammern im Älteren und Jüngeren Steinsalz im Bereich von 15 Sohlen zwischen 490 und 800 Meter Tiefe. Diese Kammern repräsentieren ein Hohlraumvolumen von rund 3,5 Mill. Kubikmetern.

An vielen Stellen und in jeder Tiefe finden zur Zeit Messungen verschiedenster Art statt. Das Bundesministerium für Forschung und Technologie finanziert alle Unternehmen hundertprozentig. Die staatlichen Ausgaben für die nukleare Entsorgung und die mit zusammenhängende Projektförderung betragen jährlich rund 300 Millionen Mark. Seit die Programme 1960 anliefen, wurden vom Staat etwa 2,5 Milliarden Mark dafür ausgegeben. Die leitenden Männer der „Asse" sind sich sicher: „Den geforderten Nachweis werden wir führen können." Zahlen und Fakten dafür müßten, wenn alles nach Plan laufen soll, bis Ende 1983 vorliegen.

Die gleichzeitige Einwirkung von Wärme und Radioaktivität auf Salzgestein konnte bisher innerhalb der Forschungsarbeiten noch nicht durchgeführt werden, weil es einfach in Deutschland noch nicht genug hochradioaktives Material, als zylinderförmige Glaskörper eingeschweißt in Edelstahlbehälter, gibt.

Nachdrücklich wird für die „Asse", ein Salzstock von sieben Kilometer Länge und 600 Meter Breite, Erdbebensicherheit betont. Der „Größte anzunehmende Unfall" (GaU) sei ein nur rein theoretisch möglicher Wassereinbruch, bei dem Radionuklide in einer mit Steinsalz gesättigten Lösung in rund 10 000 Jahren „eine Distanz von einigen hundert Metern" zurücklegten. Das Ersaufen des wesentlich größeren Salzstocks von Gorleben könne als „noch viel unwahrscheinlicher" angesehen werden.

AUSSENHANDEL / Die negativen Folgen der Dollar-Hausse überwiegen

Boom für Pariser Mode in den USA

JOACHIM SCHAUFUSS, Paris

Champagner, Cognac und teure Bordeaux-Weine finden neuerdings reißenden Absatz in den Vereinigten Staaten. Jetzt jubelt auch die Pariser Haute Couture. Mehr als die Hälfte aller Modellkleider der letzten Kollektion kauften die Amerikaner. Schon im ersten Halbjahr war deshalb der Umsatz der 20 Modehäuser um 40 Prozent auf 1,5 Milliarden Franc beziehungsweise 0,5 Milliarden Mark gestiegen. Einschließlich Parfüm, modischem Zubehör und dem internationalen Lizenzgeschäft werden sie dieses Jahr mehr als 10 Milliarden Franc umsetzen (1982 waren es bereits 9,3 Mrd. Franc).

Bei Moët, Martell, Rothschild, Dior und anderen Größen des Luxusgeschäfts reibt man sich die Hände. Denn die Dollar-Hausse bringt nicht nur spektakuläre Umsätze, sondern ebensolche Gewinne. „Die Kaufkraft der reichen Amerikaner und Amerikanerinnen hat sich, in Franc ausgedrückt, binnen Jahresfrist verdoppelt", heißt es in Paris.

Insgesamt profitiert die französische Exportwirtschaft von dem Dollar-Segen allerdings in geringerem Maße als etwa die deutsche. Der Vorsprung Frankreichs im Luxus- und Modebereich wird durch das sehr viel breiter gestreute Angebot der durchweg sehr gut eingeführten Industrieerzeugnisse aus der Bundesrepublik mehr als ausgeglichen. Zwar hat sich die Mark gegenüber dem Dollar nicht so stark entwertet wie der Franc. Dafür aber sind die französischen Preise und Kosten erheblich stärker gestiegen als die deutschen.

Ein grundsätzliches Handikap gegenüber der deutschen wie japanischen Konkurrenz auf dem amerikanischen Markt besteht für die französische Industrie darin, daß sie in den Jahren des billigen Dollar nicht genügend in den USA investiert hat – ausgenommen Renault, Michelin, Lafarg und Bic. Auch ist Frankreich dem amerikanischen Protektionismus verhältnismäßig stark ausgesetzt. Der einfuhrbeschränkte Stahl ist der zweitgrößte Aktivposten im Warenverkehr mit den USA.

Für 1982 konnte Frankreich die Dollar-Hausse nicht voll nutzen. Obwohl sie im Jahresdurchschnitt gegenüber dem Franc 21 Prozent erreicht hatte, nahm die französische Gesamtausfuhr in die USA nur um 13 Prozent zu. Immerhin aber verbesserte sich die Deckung der französischen Einfuhren aus den USA durch Ausfuhren von 56 Prozent 1981 und 57 Prozent 1982 auf 75 Prozent im zweiten Quartal 1983.

Andererseits hat Frankreich bei der Einfuhr stärker als die Bundesrepublik unter der Dollar-Hausse zu leiden. Denn gut zwei Drittel seiner Importe müssen in Dollar bezahlt werden. Nicht zuletzt aber sind die in den letzten Jahren stark gestiegenen französischen Auslandsschulden fast ausschließlich in Dollar zu verzinsen und zu tilgen. Damit bringt die Dollar-Hausse für Frankreich per saldo mehr Nachteile als Vorteile.

Zahlungsaufschub für Brasilien

DW./AFP/VWD, Basel

Die Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ), Basel, gewährt Brasilien einen neuen Zahlungsaufschub für heute fällige 406 Millionen Dollar. Wie die BIZ mitteilt, bestehe man nicht auf Einhaltung des Termins. Die fälligen 406 Millionen Dollar sind Teil eines Überbrückungskredits über 1,45 Milliarden Dollar an Brasilien.

Die Entscheidung der BIZ, einen weiteren Zahlungsaufschub zu gewähren, ist auf Fortschritte in den Verhandlungen des Internationalen Währungsfonds (IWF) mit Brasilien zurückzuführen. Diese könnten nach Angaben aus New Yorker Bankkreisen noch in dieser Woche mit der Unterzeichnung einer festen Zusage des Landes über neue wirtschafts- und währungspolitische Sanierungsmaßnahmen zu Ende gehen. Damit wäre der Weg für die Freigabe gesperrter Kredit-Auszahlungen geebnet.

Ende August beliefen sich die von Brasilien nicht bezahlten Importrechnungen auf 1,9 Milliarden Dollar. Sie lagen damit um rund 500 Millionen höher als Ende Juli. Dies wurde aus brasilianischen Finanzkreisen in Rio de Janeiro bekannt. Seit dem 29. Juli werden Devisenzahlungen für die Importe ausschließlich von der Staatsbank genehmigt.

GROSSBRITANNIEN / Gewerkschaften tagen

Für kürzere Arbeitszeit

WILHELM FURLER, London

Die britischen Gewerkschaften werden sich in der nach der Sommerpause beginnenden neuen Tarifrunde in erster Linie auf die Forderung nach kürzerer Arbeitszeit konzentrieren. Auf dem in der nächsten Woche beginnenden Jahreskongreß des Gewerkschafts-Dachverbandes TUC in Blackpool wird diesem Punkt besondere Priorität eingeräumt.

Als erste Gewerkschaft wird sich die der Maschinenbauer in den anstehenden Kollektivverhandlungen für eine Reduzierung der Arbeitszeit von gegenwärtig 39 Stunden pro Woche einsetzen. Terry Duffy, Präsident der britschen Maschinenbauer-Gewerkschaft, ist einer der führenden Verfechter der Behauptung, daß die Arbeitslosigkeit vor allem durch eine Arbeitszeit-Reduzierung effektiv bekämpft werden könnte.

Als Vorbild weniger für die Aufstellung der These selbst, als vielmehr für die Art und Weise, sie durchzusetzen, dient der Führung der britischen Gewerkschaftsorganisation ganz offensichtlich der Deutsche Gewerkschaftsbund DGB. So traf sich erst im Juli eine hochkarätige britische Gewerkschaftsdelegation in Deutschland mit der DGB-Führung, um die von der deutschen Schwesterorganisation koordiniert betriebener Tarif-Verhandlungs-Strategie zu studieren. Sie ist in Großbritannien bisher nicht üblich, weil alle 120 Einzel-Gewerkschaften ihre eigenen Kollektivverhandlungen führen.

Die Arbeitgeber-Organisation CBI hat sich auf die Forderungen nach einer weiteren Arbeitszeit-Verkürzung eingerichtet. Sie wies auf die Gefahr hin, die eine kürzere Arbeitswoche angesichts der unverändert schwachen Wettbewerbsfähigkeit der britischen Wirtschaft im Vergleich zu den führenden Konkurrenzländern für viele Unternehmen bedeuten würde.

Inzwischen ist bekannt geworden, daß die Mitgliederzahl der in der Dachorganisation TUC zusammengefaßten Gewerkschaften bis Ende dieses Jahres auf zehn Millionen und damit auf den niedrigsten Stand seit zehn Jahren gefallen sein wird. Noch vor vier Jahren lautete die Rekord-Mitgliederzahl 12,2 Millionen. Der größte Teil des Mitgliederschwunds geht auf die hohe Arbeitslosigkeit zurück. Aber auch der Anteil der Gewerkschaftsmitglieder an der Gesamtzahl der Beschäftigten ist zwischen 1979 und heute von 53 auf 50,6 Prozent gefallen, die niedrigste Quote seit 1975.

Gaspreis-Senkung weitergegeben

Bm. Essen

Mit einer erneuten Reduzierung der Bezugspreise für Ferngas rechnet die Energieversorgung Mittelrhein GmbH, Koblenz. Vorlieferant ist die Ruhrgas AG, die bereits zum 1. April den Preis um 0,6 Prozent zurückgenommen hat. Die Verwaltung des Unternehmens erläutert in ihrem Geschäftsbericht, daß sie den Preisnachlaß voll an die Bezieher des Gases weitergeben wird. Die Energieversorgung Mittelrhein hat im Geschäftsjahr 1982 die Zahl ihrer Kunden um 3200 erhöhen können. Dennoch sank der Gasabsatz von 3,52 auf 3,43 Mrd. Kilowattstunden. Begründet wird der Rückgang mit der Konjunkturflaute bei den Gewerbe- und Industriekunden.

Die Finanzierung der Investitionen auch im Bereich von Strom- und Wasserversorgung machte eine Kapitalerhöhung um 10 auf 40 Mill. DM erforderlich. Nach Einstellung von 3,6 Mill. DM in die Rücklage wurden 4,33 (3,0) Mill. DM auf das erhöhte Stammkapital ausgeschüttet. Der Umsatz der EVM erhöhte sich im Berichtsjahr auf 240 (207) Mill. Mark. Aus dem Gasgeschäft allein stammen 89 Prozent des Umsatzes. Investiert wurden im Berichtsjahr 28 Mill. Mark, die zu 68 Prozent aus Abschreibungen und Abgängen aus Sachanlagen finanziert wurden.

FRANKREICH / Preisauftrieb beschleunigt

Stabilitätsziel in Gefahr

JOACHIM SCHAUFUSS, Paris

Die französischen Lebenshaltungskosten sind im Juli stärker als erwartet gestiegen. Nach 0,6 und 0,7 Prozent in den beiden Vormonaten erhöhten sie sich um 0,9 Prozent gegenüber einer vorläufigen amtlichen Schätzung von 0,8 – 0,9 Prozent. Damit dürfte die Regierung ihr Ziel, die Inflationsrate in diesem Jahr auf 8 Prozent zu begrenzen, kaum noch erreichen können.

Bereits für die ersten sieben Monate kumuliert sich der Anstieg der Verbraucherpreise auf 6,2 Prozent. Gegenüber Juli 1982 erreichte die Teuerungsrate 9,4 Prozent nach 8,8 Prozent im Jahresvergleich des Vormonats. Dabei ist allerdings zu berücksichtigen, daß die Regierung zum 1. Juli 1982 die Preise für vier Monate blockiert hatte.

Andererseits waren im letzten Monat die reglementierten Mieten und die Tabaksteuern erhöht worden, wodurch der Index mit 0,1 belastet wurde. Tendenziell war damit die Entwicklung weniger ungünstig als sie erscheint. Für die letzten drei Monate ergibt sich auf das Jahr gerechnet eine Teuerungsrate von 8,8 Prozent.

Für die nächsten Monate erwartet die Regierung eine Abschwächung des Preisauftriebs infolge ihrer Restriktions-Politik. Auch sollen bis zum Jahresende die öffentlichen Tarife (mit Ausnahme der Strompreise) nicht mehr erhöht werden, teilt das Wirtschaftsministerium mit. Damit soll die monatliche Teuerungsrate auf 0,4–0,5 Prozent gedrückt werden.

Die nationalen wie internationalen Konjunkturinstitute sagen Frankreich eine Verlangsamung des Inflationstrends voraus. Allerdings wird der Preisanstieg weiterhin erheblich stärker sein als in den meisten anderen westlichen Industriestaaten. Im Jahresvergleich Juli betrug die Inflationsrate in Japan 1,3 Prozent, in den USA 2,4 Prozent und in der Bundesrepublik 3 Prozent.

In ihrer jüngsten Prognose hatte die OECD Frankreich eine Verminderung der Inflationsrate von 10,9 Prozent 1982 auf 9 Prozent 1983 und 7½ Prozent 1984 vorausgesagt. Damit würde eine gewisse Annäherung an die von 7,5 auf 5¾ und 6 Prozent bezifferte OECD-durchschnittliche Teuerungsrate erzielt werden. Der Bundesrepublik wird für dieses und das nächste Jahr eine Teuerung von nur je 3 Prozent nach 5,3 Prozent 1982 in Aussicht gestellt.

ITALIEN / Iri, Eni und Efim haben hohe Verluste und beträchtliche Schulden

Staatskonzerne werden reorganisiert

GÜNTHER DEPAS, Mailand

Die italienischen Staatsholdings werden in Zukunft ihre Führungsfunktionen wieder verstärkt selbst ausüben, die in den letzten Jahren an die Bereichsholding delegiert wurden. Erzwungen wird die neue Konzernpolitik durch die Notwendigkeit umfassender Rationalisierungsmaßnahmen und von Kooperationen mit in- und ausländischen Unternehmen. Vorgesehen ist auch eine direkte Kontrolle der ausländischen Finanzgesellschaften.

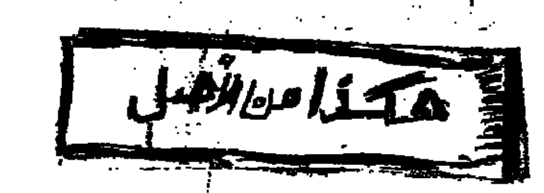
Im einzelnen wird unter anderem der staatliche Energiekonzern Eni die Planung der Erdgas- und Erdölversorgung künftig in eigener Regie betreiben und nicht mehr wie bisher über seine Mineralöltochter Agip. Diese wird nur noch mit der Durchführung der Versorgungspolitik betraut bleiben. Um ihren Einfluß auf die Geschäftsführung der einzelnen Betriebsführungsgesellschaften zu sichern, wird die Staatsholding Iri in den kommenden Monaten ihre direkte Beteiligung an diesen Unternehmen erheblich ausbauen. In Betracht kommen dabei vor allem die sogenannten „strategischen" Bereiche wie das Nachrichtenwesen und die Elektronik, auf die Iri in den nächsten Jahren zwei Drittel ihrer Industrieinvestitionen konzentrieren will.

Ausgangspunkt der Neuordnung, die im September mit der Verabschiedung der ersten Reorganisationspläne ihren konkreten Anfang nehmen wird, sind die anhaltend hohen Verluste und die starke Verschuldung der meisten Staatsbetriebe. Mit einer gestrafften Führung, verschärfter Rationalisierung und dem Verkauf bzw. der Stillegung nicht mehr rentabler Betriebe sollen diese Handicaps beseitigt oder gemildert werden.

Im Jahre 1982 verloren die von den drei Staatsholdings Iri, Eni und Efim kontrollierten Unternehmen insgesamt 4688 Milliarden Lire (8,2 Milliarden Mark) bei einem Gesamtumsatz von 83 500 Milliarden Lire. Davon entfielen 267 Milliarden Lire (Umsatz 37 800 Milliarden Lire) auf die Iri-Gruppe, 1626 Milliarden Lire (Umsatz 42 000 Milliarden Lire) auf den Staatskonzern Eni und 390 Milliarden Lire (Umsatz 3700 Milliarden Lire) auf Efim.

Eine besonders dramatische Verschlechterung erfuhr die Finanzsituation von Eni: In diesem Fall stieg der Nettoverlust gegenüber 1981 um 1361 Milliarden Lire, während sich die Verschuldung auf rund 20 000 Milliarden Lire fast verdoppelte. Ursache dafür war vor allem die Übernahme von Verlustbetrieben in der Chemie und Petrochemie, zu der Eni auf Grund von Regierungsbeschlüssen gezwungen wurde. Insgesamt erreichten die Verbindlichkeiten der drei Staatsholdings Ende 1982 mehr als 58 000 Milliarden Lire.

Die von den Staatsholdings kontrollierten Unternehmen beschäftigen derzeit zusammen etwa 710 000 Personen. Davon entfallen 555 000 auf die Iri-Gruppe, 122 000 auf den Energiekonzern Eni und 42 000 auf Efim. Unter der Staatsholding Iri sind sowohl Aktivitäten im Dienstleistungsbereich (Banken), im Verkehrswesen (Luftfahrtverkehrsgesellschaft Alitalia) und Reederei (Finmare) als auch das Nachrichten- und Kommunikationswesen (die Rundfunk- und Fernsehgesellschaft RAI und die Telefongesellschaft Sip) zusammengefaßt.



VW / Kräftiger Rückgang der Produktion

Weiter in den roten Zahlen

DOMINIK SCHMIDT, Wolfsburg

Auch nach den ersten sechs Monaten 1983 präsentiert die Volkswagenwerk AG, Wolfsburg, für den Konzern einen Verlustabschluß. Im Zwischenbericht wird ein Fehlbetrag in Höhe von 147 Mill. DM ausgewiesen. Damit bestätigten sich Vermutungen, daß der Wolfsburger Automobilkonzern auch im zweiten Quartal noch mit roten Zahlen arbeitet.

Die anhaltend ungünstige Entwicklung führt der Vorstand vor allem auf die schwierige Situation in Südamerika und Mexiko zurück. Von den dortigen Tochtergesellschaften seien „erhebliche negative Einflüsse" auf das Konzernergebnis ausgegangen. Die Volkswagenwerk AG, die nach den ersten drei Monaten mit 3 Mill. DM ebenfalls noch im Minus stand, weist für das erste Halbjahr einen Überschuß von 11 Mill. DM aus.

Obwohl der Fahrzeugabsatz an die Händlerorganisation im Berichtszeitraum um 4 Prozent schrumpfte, erhöhte sich der Konzernumsatz leicht um 0,5 Prozent auf 20,12 Mrd. DM. Einer Umsatzsteigerung im Inland um 677 Mill. auf 7,47 Mrd. DM stand dabei ein um 576 Mill. auf 12,65 Mrd. DM verringerter Auslandsumsatz gegenüber. Der Auslandsanteil an den Umsatzerlösen ging deshalb auf 62,9 (66,1) Prozent zurück.

Im Gegensatz zum niedrigeren Fahrzeugabsatz – eine Folge des Lagerabbaus beim Handel – nahmen die Auslieferungen an Kunden um 0,6 Prozent auf über 1,15 Millionen Einheiten zu. Während die Verkäufe im Inland aufgrund erfolgreicher Sonderaktionen und der guten Marktaufnahme des Audi 100 um 8,8 Prozent auf 429 302 Fahrzeuge stiegen, gingen die Auslieferungen in den europäischen Märkten um 3,1 Prozent zurück. Die südamerikanischen Töchter verzeichneten ein Plus von 17,4 Prozent. Parallel zum Pkw-Markt in Mexiko mußte VW de Mexico starke Einbußen (rund 37 Prozent) hinnehmen. In den USA verringerte sich das Verkaufsvolumen um 2,4 Prozent. Der Rückgang der in den USA gefertigten „Rabbits" wurde durch höhere Lieferungen anderer VW-Modelle gemildert.

Die Produktion des VW-Konzerns lag im Berichtszeitraum mit 1,13 Millionen Einheiten um 6,8 Prozent unter dem Niveau des Vorjahres. Davon betroffen war vor allem das Inland, für das mit 744 171 Fahrzeugen eine um 9,7 Prozent geschrumpfte Produktion errechnet wird. Die Fertigung im Ausland blieb nahezu konstant. Die Investitionen erreichten mit 2,38 (2,34) Mrd. DM wieder die Vorjahreshöhe. Ihnen stehen Abschreibungen von 1,7 (1,5) Mrd. DM gegenüber.

NAMEN

Dr. Irmgard Spiess, Geschäftsführerin und Gesellschafterin der C. F. Spiess & Sohn GmbH & Co., Grünstadt, wird heute 85 Jahre.

Rechtsanwalt **Walter Meyer-Papenbrock**, Geschäftsführer des Verbandes des Deutschen Nahrungsmittelgroßhandels, Bonn, vollendet am 1. September das 60. Lebensjahr.

Bernd Frangenberg (42), übernimmt am 1. September die Geschäftsführung der deutschen Uniroyal in Aachen. Er löst **Karlheinz Kufferath** (63) ab.

Dr. Fritz Reuther, langjähriger früherer Geschäftsführer und Aufsichtsratsvorsitzender der Bopp & Reuther GmbH, Mannheim, ist im Alter von 74 Jahren gestorben.

KONKURSE

Konkurs eröffnet: Dortmund: Hans GmbH Heizungs-Sanitärinstallation u. Co. KG; Hans GmbH; **Rüsselsheim:** TFC-Transfercargo – Internationale Speditionsges. mbH; **Weiden: i. d. OPf.:** Ertex-Strickwaren GmbH, Mitterteich; **Witten:** Akustikbau A. Schweitzer GmbH; **Zeven:** Nachl. d. Werner Cziossek, Elsdorf.

Anschluß-Konkurs eröffnet: Frankfurt/M.: ES Internationale Maritime Services GmbH; **Wolfenbüttel:** Erwin Ziegler, Grabsteinhersteller, Bensheim, Alleininh. d. Erich Lismann.

Vergleich eröffnet: Neuwied: Geflügelschlachterei Raubach eG, Erzeugergemeinschaft f. Eier u. Suppenhennen i. L., Raubach.

Vergleich beantragt: Gelsenkirchen: Ideal-Möbel Warnath GmbH & Co. KG, Bottrop; **Hannover:** Hans-Otto Schöneberg, Inh. d. Möbelhaus Schöneberg, Otto Schöneberg; **Peine:** Metallwerk Gäbler & Co. GmbH.

HARMSTORF / Nur die Reederei fährt Verluste ein – Auslastung der Betriebe bis mindestens 1984 gesichert

Unter den deutschen Werften gibt es auch Gewinner

JAN BRECH, Hamburg

In der tristen deutschen Werftenlandschaft gibt es auch Lichtblicke. Für das erste gemeinsame Jahr nach der Fusion mit der Flensburger Schiffbau-Gesellschaft (FSG) legt die Harmstorf-Gruppe einen Konzernabschluß vor, der bei einem Umsatz von 506 Mill. DM mit 5,4 Mill. DM Gewinn abschließt. Die Harmstorf AG, die durch Namensumwandlung aus der Flensburger Schiffbau-Gesellschaft hervorgegangen ist, weist einen Überschuß von 1,9 Mill. DM (Umsatz: 249 Mill. DM) aus, der in Form von 6 Prozent Dividende auf 31,5 Mill. DM Kapital ausgeschüttet wird.

Am Kapital der Werften-Gruppe ist die KG Alnwick Harmstorf, Hamburg, mit mehr als 75 Prozent beteiligt. Den Rest hält die Stadt Flensburg. Harmstorf hatte Mitte vergangenen Jahres die Kapitalerhöhung bei der Flensburger Schiffbau-Gesellschaft um 11,5 Mill. DM übernommen und im Gegenzug als Sacheinlage die 100-Prozent-Beteiligungen an der Schlichting-Werft, Travemünde, samt den Unterbeteiligungen Deutsche Industrie-Werke, Berlin, und Büsumer Werft sowie die Reederei A. F. Harmstorf & Co. GmbH und andere Vermögenswerte in die FSG eingebracht.

Die aus mittelgroßen Betrieben neu entstandene Werft-Gruppe unterscheidet sich in mancher Hinsicht von der schwer angeschlagenen Konkurrenz. Mit der Ablieferung von 20 Schiffen waren 1982 alle Unternehmen zufriedenstellend beschäftigt. Die Zahl der Mitarbeiter in der Gruppe stieg sogar um 7,8 Prozent auf 3172. Nach Angaben des Vorstands erreichten alle 4 Werftbetriebe auch ein positives Betriebsergebnis. Dies sei allerdings nur durch staatliche Hilfen möglich gewesen, heißt es. Die Zuschüsse hätten im Gegensatz zu den Großwerften aber ausgereicht, um Verlustlücken in den Aufträgen zu schließen. Mit Ausnahme der Reederei, die aufgrund schlechter Raten 1,3 Mill. DM Verlust einfuhr, trugen die anderen konsolidierten Gesellschaften ebenfalls zum positiven Gesamtergebnis bei.

Auch in diesem Jahr hofft der Vorstand, daß die Gruppe die Zone schwarzer Zahlen nicht verläßt. Das erste Halbjahr sei „ganz ordentlich" verlaufen. Das im Branchendurchschnitt ungewöhnlich gute Abschneiden der Werften-Gruppe wird einmal mit dem Bauprogramm von Spezialschiffen aller Art begründet, wobei die gemeinsame Verkaufsgesellschaft mit dem Slogan „Für jedes Schiff die richtige Werft" am Markt operiert. Zum anderen hat Harmstorf durch rege Investitionstätigkeit die Anlagen und den Fertigungsablauf auf hohen technischen Stand gebracht. Im Berichtsjahr sind 64 Mill. DM investiert worden, davon allein 37 Mill. DM in Flensburg und 29 Mill. DM in Büsum. Schließlich bietet Harmstorf über die Tochter Flensburger Treuhand Gesellschaft eigene Finanzierungsmodelle an und profitiert von den Erfahrungen aus der eigenen Reederei.

Die Entwicklung in den ersten Monaten dieses Jahres bestätigt, daß Harmstorf mit diesem Konzept auch in schweren Zeiten erfolgreich arbeitet. Von dem Ende 1982 vorhandenen Auftragsbestand von 18 Schiffen sind bis zur Jahresmitte 8 abgeliefert, 7 neu kontrahiert worden. Das gegenwärtige Auftragsvolumen im Wert von 820 Mill. DM sichert die Auslastung der Betriebe in Berlin bis Anfang 1984, in Büsum bis Mitte 1984, in Travemünde bis Herbst 1984 und in Flensburg sogar bis Mitte 1985. Der Schiffsneubau steuert bei Harmstorf zur Zeit noch 70 Prozent sowie Reparatur und Umbau 10 Prozent zum Umsatz bei. Der Nichtschiffbau-Bereich soll allerdings ausgebaut werden.

WESTLB / Gewinne bei Banken, Auto, Chemie steigen

Höhere Dividenden möglich

dpa/VWD, Frankfurt

Teilweise erhebliche Gewinnsteigerungen erwartet die Westdeutsche Landesbank (WestLB), Düsseldorf, in diesem Jahr bei Banken, Autoherstellern und Chemieunternehmen. In ihrer Gewinnprognose der großen deutschen Aktiengesellschaften 1983 rechnet die WestLB bei der Deutschen Bank mit einem Anstieg des Nettoergebnisses je Aktie auf 45 (38) DM, aber mit einer unveränderten Dividende von 11 DM. Bei der Dresdner Bank wird ein Anstieg des Ergebnisses auf 22 (17) DM und eine Anhebung der Dividende auf 6 (4) DM unterstellt. Die Commerzbank wird nach Ansicht der Analysten im laufenden Geschäftsjahr einen Nettogewinn von 15 (10) DM erreichen, was die Wiederaufnahme der Dividendenzahlung von 5 DM ermögliche.

Bei den Automobilwerten wird Daimler-Benz in diesem Jahr das Nettoergebnis je Aktie auf 67,50 (62,50) DM steigern, die Dividendenschätzung auf das erhöhte Kapital lautet hier 10,50 (11,50) DM. BMW wird bei einem Nettogewinn von 30 (25,50) DM nach dieser Prognose bei 10 DM Dividende bleiben. VW wird nach einem Verlust im Vorjahr einen Nettogewinn je Aktie von 8 DM erwirtschaften, die Dividendenprognose lautet hier erneut auf Null. Einen positiven Trend zeigen die Gewinnschätzungen auch für die Großchemie. Die BASF wird bei einem Nettoergebnis je Aktie von 12,50 (11) DM die Dividende auf 6 (5) DM erhöhen können, Bayer bei einem Nettogewinn von 12,50 (10) DM die Dividende auf 5 (4) DM und Hoechst bei einem Nettoergebnis von 16 (11,50) DM die Dividende auf 6,50 (5,50) DM anheben.

Unter den Elektrowerten schätzt die WestLB für Siemens ein Netto-Ergebnis je Aktie von 40 (36) DM und geht von einer Dividende (kapitalbereinigt) von 8 (7,72) DM aus. Für AEG lauten die Prognosen auf negatives Jahresergebnis und keine Dividende, für BBC 13 (6) DM Jahresergebnis und unverändert 6 DM Dividende.

GILDEMEISTER / Einstieg bei Pittler kritisiert

Umsatz kräftig gestiegen

H. HILDEBRANDT, Bielefeld

Die diesjährige Hauptversammlung des Werkzeugmaschinenherstellers Gildemeister AG, Bielefeld, verlief erwartungsgemäß nicht ohne Turbulenzen. Bei einem 1982 im Konzern um 14,7 Prozent auf 428,2 (501,7) Mill. DM gesunkenen Umsatz und dem achten dividendenlosen Jahr in ununterbrochener Reihenfolge war die heftige Opposition gegen Vorstand und Aufsichtsrat verständlich. Auch die detaillierten Hinweise auf die allgemeine und weltweite Misere der Werkzeugmaschinenbranche trugen wenig zur Beruhigung bei.

Die 1982 ausgewiesenen Verluste des Konzerns, die in der Bilanz nur durch einen Forderungsverzicht der WestLB auf 10 Mill. DM und durch Entnahme von 4,6 Mill. DM aus den gesetzlichen Rücklagen auf 1,1 Mill. DM begrenzt werden konnten, gaben denn auch wenig Anlaß zu Optimismus, ebenso wie die zugegebene nur 80prozentige Auslastung der Fertigungskapazität.

Auf besonders heftige Kritik stieß das Engagement bei dem ebenfalls angeschlagenen Werkzeugmaschinenhersteller Pittler Maschinenfabrik AG, Langen. Hier hat Gildemeister mit Wirkung vom 31. März einen Anteil von 24 Prozent erworben. Über die noch laufenden Kooperationsverhandlungen wurde geschwiegen. Die Vorwürfe gegen die Geschäftsführung wurden jedoch nicht nur von den beiden Großaktionären WestLB und Sauer-Getriebe KG, Neumünster, überstimmt, auch die Mehrheit der Kleinaktionäre entlasteten Vorstand und Aufsichtsrat: Bei der Abstimmung schmolz die Opposition auf ganze 1,5 Prozent des vertretenen Grundkapitals (71 Prozent von 40 Mill. DM) zusammen.

Als positives Element darf dabei der im ersten Halbjahr 1983 immerhin um 24 Prozent gestiegene Umsatz gesehen werden, sicher aber auch die Ankündigung, daß insgesamt für das laufende Jahr mit einer Erfüllung der Planzahlen gerechnet wird.

OPPENHEIM

Fonds-Absatz stark belebt

HARALD POSNY, Düsseldorf

Im 1. Halbjahr 1983 hat sich die Absatzentwicklung deutscher Investmentfonds stark belebt. Mit dem Nettomittelzufluß ging erneut eine gute Wertentwicklung parallel. Das gilt sowohl für Renten- als auch für Aktienfonds. Für das verstärkte Kundeninteresse sprach vor allem die allgemeine Zinsentwicklung. Der kräftige Rückgang der kurzfristigen Zinsen hat den Zinsvorteil der längerfristigen Rentenanlagen gegenüber Festgeld und Spareinlagen wieder deutlich gemacht, meint die Rheinische Kapitalanlagegesellschaft mbH, Köln (Oppenheim-Bank).

Ihr NB-Rentenfonds RK, der erst Ende 1981 speziell für Kunden der Noris-Bank aufgelegt worden ist, steigerte nach einem Nettozufluß von 4,8 Mill. DM sein Fondsvermögen auf 18,7 (15) Mill. DM. Der überwiegende Teil der ausgeschütteten Erträge von 1,3 Mill. DM war wiederangelegt worden. Unter Berücksichtigung der Ausschüttungen stieg der Anteilswert um 2,1 Prozent, in den letzten 12 Monaten um 13,6 Prozent.

Der Colonia Rentenfonds RK derselben Anlagegesellschaft hatte einen Nettozufluß von 14,4 (8,3) Mill. DM und erreichte ein Fondsvermögen (unter Berücksichtigung der Ausschüttung von 7,2 Mill. DM) von 95,4 (86) Mill. DM. Der Anteilswert erhöhte sich um 2,5 Prozent.

Der von der Oppenheim Kapitalanlage GmbH gemanagte Fonds Oppenheim Priva-Rent verkaufte im 1. Halbjahr 12 Prozent seines deutschen Rentenbestands und legte die freigewordenen Mittel auch im Ausland auf ermäßigter Kursbasis wieder an. Das Fondsvermögen ging auf 50,6 (61,1) Mill. DM zurück. Aufgrund der rückläufigen Rentenkurse stieg der Anteilswert nur um 2,5 Prozent.

Der Aktienfonds Oppenheim Privat trug der guten Entwicklung an den internationalen Aktienbörsen Rechnung und steigerte den Aktienanteil des Fondsvermögens von 25,9 (12,2) Mill. DM zu Lasten deutscher Werte von 23 auf 42 Prozent. Der Wertzuwachs betrug 18,7 Prozent. Die Zahl umlaufender Anteile stieg von 378 000 auf 708 000.

HERBSTMESSE FRANKFURT / Bewertungen reichen von „müde" bis „normal"

Unsicherheit über Verbrauchsentwicklung

INGE ADHAM, Frankfurt

Von „müde" bis „normale Herbstmesse" reichen die Bewertungen der Aussteller, die in den letzten Tagen auf der Internationalen Herbstmesse in Frankfurt und der Lederwarenmesse in Offenbach um die Gunst des einkaufenden Handels warben. Einheitliche Branchentrends hat es nicht gegeben.

Für die relative Ruhe an der Verkaufsfront der Konsumgüter-Anbieter, die mit der Hoffnung auf Bestellungen für ein lebhafteres Weihnachtsgeschäft nach Frankfurt gekommen sind, werden die unterschiedlichsten Gründe genannt. Natürlich muß auch in diesem Fall das Wetter herhalten: Die große Hitze hat zumindest den Messeauftakt am Wochenende belastet.

Im Bereich Kunsthandwerk und Kunstgewerbe, mit 797 Ausstellern immer noch größte Anbietergruppe in Frankfurt, hat sich die noch im Frühjahr erkennbare Aussicht auf neuen Schwung nicht bewahrheitet. Es wird, von einzelnen Ausnahmen abgesehen, von nur zurückhaltender Bestelltätigkeit gesprochen. Der Handel disponiere nur sehr knapp und kurzfristig.

Ähnliche Bewertungen sind auch aus der Ausstellergruppe rund um den gedeckten Tisch zu hören. Die Läger im Handel sind wohl doch nicht so leer wie angenommen, meint man bei einem namhaften Porzellan-Hersteller. Denn auch hier, wo normalerweise mit recht langfristigen Bestellungen gearbeitet wird, wurde eine deutliche Zurückhaltung bei den Einkäufern registriert, sich schon jetzt endgültig für das Weihnachtsgeschäft einzudecken.

Dahinter steckt neben der Sorge über das künftige Konsumentenverhalten natürlich auch das Problem der Lagerfinanzierung. Nach dem recht flauen Sommer müssen viele Händler mit knappstem Finanzierungsspielraum arbeiten. Grundsätzlich darf aber nicht vergessen werden, daß die Frankfurter Herbstmesse für zahlreiche Anbieter rund um den gedeckten Tisch inzwischen weniger ein Verkaufstermin als auch ein Kontakttermin geworden ist, mit der Gelegenheit, neue Kundenkontakte zu knüpfen, die dann später noch in Aufträge münden.

Ihre eingestandenermaßen bescheidenen Erwartungen erfüllt sehen im großen und ganzen die Anbieter in Sachen Küche und Hausrat, die zu diesem Herbsttermin das zweite Mal nach Frankfurt gekommen sind. Gerade hochwertiges Kochgeschirr erfreut sich steigender Beliebtheit.

Sehr differenziert ist die Lagebeurteilung in den Bereichen Papier, Bürobedarf und Schreibwaren, wo die Branche insgesamt in diesem Jahr bestenfalls mit einer Stagnation rechnet. Das hat freilich einige Anbieter nicht daran gehindert, für Spezialitäten gute Aufträge hereinzuholen.

Erwartungsgemäß ruhig blieb das Geschäft mit Raucherbedarfsartikeln. Selbst bei Pfeifen achten die Käufer offenbar verstärkt auf den Preis. Zwar ist der Absatz von Pfeifentabak im ersten Halbjahr dieses Jahres wieder leicht angestiegen, aber beim Zubehör wird offensichtlich eher gespart. Einen deutlichen Hang zum Sparen bei ihren potentiellen Abnehmern spüren auch die Anbieter von Werbe- und Dekorationsmitteln für die Schaufenster und Ladengestaltung. Eine Investitionsbelebung im Handel ist auch nach dieser Messe vorerst nicht in Sicht.

Von einer schlechten Messe spricht man in Offenbach. Die Erwartung, die Einkäufer des Lederwaren-Fachhandels würden angesichts leergeräumter Läger ihre Zurückhaltung aufgeben, hat sich nicht erfüllt. Möglicherweise hat dabei freilich auch der noch bevorstehende Oktober-Messetermin in Offenbach eine Rolle gespielt, der dem Handel die Chance bietet, sozusagen in letzter Minute für das Weihnachtsgeschäft einzukaufen, ein Geschäft, auf das man setzt, dem man aber angesichts der letzten Berichte über die Entwicklung des privaten Verbrauchs noch nicht recht traut.

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Herausgeber: Axel Springer, Matthias Walden, Berlin

Chefredakteure: Wilfried Hertz-Eichenrode, Dr. Herbert Kremp

Stellv. Chefredakteure: Peter Gillies, Bruno Waltert, Dr. Günter Zehm

Berater der Chefredaktion: Heinz Barth

Hamburg-Ausgabe: Diethart Goos

Chefs vom Dienst: Klaus Jürgen Fritzsche, Heinz Kluge-Lübke, Jens-Martin Lüddeke (WELT-Report), Bonn; Friedr. W. Heering, Essen; Horst Hillesheim, Hamburg

Verantwortlich für Seite 1, politische Nachrichten: Gernot Facius, Peter Philipps (stellv.); Deutschland: Norbert Koch, Rüdiger v. Wolkowsky (stellv.); Internationale Politik: Manfred Neuber; Ausland: Jürgen Liminski, Marta Weidenhiller (stellv.); Seite 3: Burkhard Müller, Dr. Manfred Rowold (stellv.); Meinungen: Enno von Loewenstern (verantw.), Horst Stein; Bundeswehr: Rüdiger Moniac; Bundesgerichte/Europa: Ulrich Lüke; Osteuropa: Dr. Carl Gustaf Ströhm; Zeitgeschichte: Walter Görlitz; Wirtschaft: Gerd Brüggemann; Industriepolitik: Hans Baumann, Geld und Kredit: Claus Dertinger; Feuilleton: Dr. Peter Dittmar, Reinhard Beuth (stellv.); Geistige Welt/WELT des Buches: Alfred Starkmann, Peter Böbbis (stellv.), Dr. Hellmut Jaesrich (stellv.); Fernsehen: Dr. Brigitte Helfer; Wissenschaft und Technik i. V. Klaus Bruns; Sport: Frank Quednau; Aus aller Welt: Ulrich Bieger, Knut Teske (stellv.); Reise-WELT und Auto-WELT: Heinz Horrmann, Birgit Cremers-Schiemann (stellv. für Reise-WELT); WELT-Report: Heinz-Rudolf Scheele (stellv.); Auslandsbeilagen: Hans-Herbert Holzamer; Leserbriefe: Henk Ohnesorge; Dokumentation: Reinhard Berger; Grafik: Werner Schmidt

Weitere leitende Redakteure: Dr. Leo Fischer, Peter Jentsch, Werner Kahl, Walter H. Rueb, Lothar Schmidt-Mühlisch

Fotoredaktion: Bettina Rathje; Schlußredaktion: Armin Reck

Bonner Korrespondenten-Redaktion: Manfred Schell (Leiter), Heinz Heck (stellv.), Günther Bading, Stefan G. Heydeck, Hans-Jürgen Mahnke, Dr. Eberhard Nitschke, Gisela Reiners

Diplomatischer Korrespondent: Bernt Conrad

Korrespondent für Technologie: Adalbert Bärwolf

Deutschland-Korrespondenten Berlin: Hans-Rüdiger Karutz, Klaus Geitel, Peter Weertz; Düsseldorf: Dr. Wilm Herlyn, Joachim Gehlhoff, Harald Posny; Frankfurt: Dr. Dankwart Guratzsch (zugleich Korrespondent für Städtebau/Architektur), Inge Adham, Joachim Weber; Hamburg: Herbert Schütte, Jan Brech, Kläre Warnecke MA; Hannover/Kiel: Christoph Graf Schwerin von Schwanenfeld (Politik); Hannover: Dominik Schmidt (Wirtschaft); München: Peter Schmalz, Dankwart Seitz; Stuttgart: Xing-Hu Kuo, Werner Neitzel

Chefkorrespondent (Inland): Joachim Neander

Auslandsbüros, Brüssel: Wilhelm Hadler; London: Fritz Wirth, Wilhelm Furler; Moskau: Friedrich H. Neumann; Paris: August Graf Kageneck, Joachim Schaufuß; Rom: Friedrich Meichsner; Stockholm: Rainer Gatermann; Washington: Thomas L. Kielinger, Horst-Alexander Siebert

Auslands-Korrespondenten WELT/SAD: Athen: E. A. Antonaros; Beirut: Peter M. Ranke; Bogotá: Prof. Dr. Günter Friedländer; Brüssel: Cay Graf v. Brockdorff-Ahlefeldt, Bodo Radke; Jerusalem: Ephraim Lahav, Heinz Schewe; London: Helmut Voss, Christian Ferber, Claus Geissmar, Siegfried Helm, Peter Michalski, Joachim Zwikirsch; Los Angeles: Karl-Heinz Kukowski; Madrid: Rolf Görtz; Mailand: Dr. Günther Depas, Dr. Monika von Zitzewitz-Lonmon; Mexico City: Werner Thomas; New York: Alfred von Krusenstiern, Gitta Bauer, Ernst Haubrock, Hans-Jürgen Stück, Wolfgang Will; Paris: Heinz Weissenberger, Constance Knitter, Joachim Leibel; Rom: Anna Tietjen; Tokio: Dr. Fred de la Trobe, Edwin Karmiol; Washington: Dietrich Schulz; Zürich: Pierre Rothschild.

Zentralredaktion: 5300 Bonn 2, Godesberger Allee 99, Tel. (02 28) 30 41, Telex 8 85 714

1000 Berlin 61, Kochstraße 50, Redaktion: Tel. (0 30) 2 59 10, Telex 1 84 611, Anzeigen: Tel. (0 30) 25 91 29 31/32, Telex 1 84 611

2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1, Tel. (0 40) 34 71, Telex Redaktion und Vertrieb 2 170 010, Anzeigen: Tel. (0 40) 3 47 43 80, Telex 2 17 001 777

4300 Essen 18, Im Teelbruch 100, Tel. (0 20 54) 10 11, Anzeigen: Tel. (0 20 54) 10 15 24, Telex 8 579 104, Fernkopierer (0 20 54) 8 27 28 und 8 27 29

3000 Hannover 1, Lange Laube 2, Tel. (05 11) 1 79 11, Telex 9 22 919, Anzeigen: Tel. (05 11) 6 49 00 09, Telex 9 230 106

4000 Düsseldorf, Graf-Adolf-Platz 11, Tel. (02 11) 37 30 43/44, Anzeigen: Tel. (02 11) 37 50 61, Telex 8 587 756

6000 Frankfurt (Main), Westendstraße 8, Tel. (06 11) 71 73 11, Telex 4 12 449, Anzeigen: Telefon (06 11) 77 90 11 – 13, Telex 4 185 525

7000 Stuttgart, Rotebühlplatz 20a, Tel. (07 11) 22 13 28, Telex 7 23 966, Anzeigen: Tel. (07 11) 7 54 50 71

8000 München 40, Schellingstraße 39–43, Tel. (0 89) 2 38 13 01, Telex 5 23 813, Anzeigen: Telefon (0 89) 8 50 60 38 / 39, Telex 5 23 836

Monatsabonnement bei Zustellung durch die Post oder durch Träger DM 25,60 einschließlich 7 % Mehrwertsteuer. Auslandsabonnement DM 35,– einschließlich Porto. Der Preis des Luftpostabonnements wird auf Anfrage mitgeteilt. Die Abonnementsgebühren sind im voraus zahlbar.

Bei Nichtbelieferung ohne Verschulden des Verlags oder infolge von Störungen des Arbeitsfriedens bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag. Abonnementsabbestellungen können nur zum Monatsende ausgesprochen werden und müssen bis zum 10. des laufenden Monats im Verlag schriftlich vorliegen.

Gültige Anzeigenpreisliste für die Deutschlandausgabe: Nr. 62 und Kombinationstarif DIE WELT / WELT am SONNTAG Nr. 12, für die Hamburg-Ausgabe: Nr. 48.

Amtliches Publikationsorgan der Berliner Börse, der Bremer Wertpapierbörse, der Rheinisch-Westfälischen Börse zu Düsseldorf, der Frankfurter Wertpapierbörse, der Hanseatischen Wertpapierbörse, Hamburg, der Niedersächsischen Börse zu Hannover, der Bayerischen Börse, München, und der Baden-Württembergischen Wertpapierbörse zu Stuttgart.

Für unverlangt eingesandtes Material keine Gewähr.

Die WELT erscheint mindestens viermal jährlich mit der Verlagsbeilage WELT-REPORT.

Verlag: Axel Springer Verlag AG, 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1.

Nachrichtentechnik: Reinhard Prechelt

Herstellung: Werner Koziak

Anzeigen: Dietrich Windberg

Vertrieb: Gerd Dieter Leilich

Verlagsleiter: Dr. Ernst-Dietrich Adler

Druck in 4300 Essen 18, Im Teelbruch 100; 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Str. 6.

Lustlose Ultimo-Börse

Abgabeneigung ließ nach – aber Druck auf deutsche Bankaktien

DW. – Auf dem Aktienmarkt blieb die Geschäftstätigkeit auch am Dienstag schleppend. Wenn sich die Kurse insgesamt besser behaupten konnten als am Wochenbeginn, dann lag dies einmal an der abflauenden Realisationsneigung, zum anderen aber auch an vorsichtigeren Meinungskäufen, durch die das herauskommende Material in der Nähe der bisherigen Notierungen absorbiert wurde. Eine Ausnahme bildeten die Aktien der Deutschen Bank, die einen weiteren Kursverlust von 5 DM erlitten. Offenbar zurückzuführen auf Abgaben aus dem Ausland. Wegen der sich immer noch ausweitenden internationalen Finanzkrise gelten Bankaktien zur Zeit als Problempapiere.

In Börsenkreisen schreibt man einen Teil der herrschenden Lustlosigkeit dem Monatsultimo zu. Nach seiner Überwindung, so hofft man, ist mit neuen Anlagekäufen zu rechnen. Besseres Klima wäre vor allem für die BASF-Kapitalerhöhung wichtig. Der Bezugsrechthandel beginnt am kommenden Montag. Seit Bekanntgabe der Konditionen ist der BASF-Kurs um rund 13 DM auf 146,30 gefallen. Autowerte konnten den größten Teil der am Vortag erlittenen Einbußen wieder aufholen. Nur knapp behauptet lagen VW-Aktien wegen der als enttäuschend empfundenen Halbjahresergebnisse des Wolfsburger Unternehmens. Größte Zurückhaltung weiterhin gegenüber Maschinenbauaktien.

Düsseldorf: Gerresheimer Glas erhöhten sich um 2 DM auf 119 DM. Heinrich Lehmann befestigten sich um 5 DM auf 207 DM und Keramag konnten sich um 2,50 DM auf 88,50 DM verbessern. DAT sanken um 5 DM auf 320 DM, Hochtief gaben um 7 DM auf 433 DM nach.

Frankfurt: Der Aktienmarkt war am Dienstag auf einigen Marktgebieten leicht erholt. Andererseits mußten aber weitere kleine Verluste hingenommen werden. Krauss-Maffei ermäßigten sich um 50 DM auf 2450 DM, dagegen konnte sich Kupferberg um 10 DM auf 660 DM erholen. Audi-NSU gaben um 10 DM auf 255 DM und Parkbrauerei Pirmasens um 10 DM auf 430 DM nach.

Hamburg: Die Versorgungswerte lagen fast unverändert, HEW mit 96,50 DM minus 0,50 DM und NWK Vz. mit 163 DM auf Vortagsbasis. Conti Gummi behaupteten sich ebenfalls, Phoenix gaben um 0,50 DM nach. Vereins- und Westbank wurden zu 308 DM minus 1 DM notiert. Einen Abschlag von 5 DM mußten Markt- und Kühlhallen hinnehmen.

München: Agrob St. befestigten sich um 4 DM auf 364 DM, Brau AG Nürnberg zogen um 3 DM auf 197 DM an und Ekatit erhöhten sich um 2,50 DM auf 110 DM. Audi NSU verminderten sich um 9 DM auf 250 DM, Dywidag fielen um 2 DM auf 284 DM und NAK Stoffe gaben um 5 DM auf 48 DM nach.

Berlin: Berliner Kindl ermäßigten sich um 5,50 DM, Spinne Zehlendorf um 5 DM und Berthold um 4,50 DM. Herlitz Vorzüge gaben um 2 DM und Herlitz Stämme um 1 DM nach. Orenstein bröckelten um 0,50 DM ab.

Nachbörse: lustlos

Fortlaufende Notierungen und Umsätze

Düsseldorf | Frankfurt | Hamburg | München | Aktien-Umsätze

AEG, BASF, Bayer, Bayer. Hypo, Bayer. Vbk., BMW, Commerzb., Conti Gummi, Daimler, Dt. Bank, Dresdner Bk., DUB, GHH, Harpener*, Hoechst, Hoesch, Holzmann, Horten, Kali + Salz, Karstadt, Kaufhof, KHD, Klöckner-W.*, Linde, Lufthansa St, Lufthansa VA, Mannesmann*, MAN, Mercedes-H., Metallges., Preussag*, RWE St., RWE VA, Rutgers, Schering, Siemens, Thyssen, Veba, VEW, VW, Philips**, Royal D.**, Unilever**

Kurswert in 1000 DM

	30. 8.	29. 8.		30. 8.	29. 8.		30. 8.	29. 8.		30. 8.	29. 8.
H AachM Beteil. 9	801	810	Hn Brsch. Jute *0	76G	76G	M Ers. Ostb. 5	293G	290G	H Holsten-Br. 6	255bG	255
H Aach. M. Vers. 6+1	325G	322,5	H Breitenb.-C. *28	505	500G	H Elbcraft 0	49G	49G	F Holzmann 10	422	424
D Aach. Rück. 9+7,5	1020	1022	H Br. Straßb. *0	380T	383	B Engelhardt 7	260T	260T	D Horten 2,5	153	154
D Aseag *4	180G	180G	H Br. Vulkan 0	45,1	41	D Enka 2,67	–	–	B Hw Kayser *12	240G	240bG
M Ack-Gögg 0	112bG	116bB	H Br. Wollk. 4,5 + 1,5	124,1	125	M Erlus 10	436TG	436TG	D Hussel 7	247	248
H Adca 0	117	118	F BBC 6	196,5	198,5	M Ersto Kulmb. 8	810	810	D Huta Heg. 5	115,5	115,5
D Adler 9	291G	291G	S BSU Textil %78	1300G	1300G	S esbi *0	–	22G	M Hutschenr 9	250	250
F Adt AG 4	154,2	155	D Buchau-W. 0	118,5G	119,5	S Essl. Masch *10	501G	501G	H Hypo Hbg. 10+2,5	430,5G	430,5G
F AEG-Telef. 0	73,1	74,3	D Buderus *12	444	453	M Esterer **10	530G	530G			
D AEG-Kabel 7,5	232T	230T	M Bgl. Br. Ing. *11+1	745G	745G	D Farb. Liqu. RM 0	12,2	12	D IKB 7	197	198,5
S Aesculap 8	285G	285G	S Bgl. Brh. Rav. *0	380G	380G	F Flachglas 8	279	289	S IWKA 0	145,5	141bG
F AGAB 5	138	140	S Calw D. **18	665G	665G	D Ford *0	1295G	1320	M Isar-Amper 6	300bG	300bG
D Agrippina *7	640T	640T	F Cassella *7	460	460,5	B Forst Ebn. *4	1920G	1900	D Isenbeck *9,5	312G	312G
M Agrob *0	364	360	F Ceag 0	107	106,5	M Fr. Obld.W. 5	303G	303bG	H Jacobsen *8	615G	615
M dgl. Vz. *0	312	322	F Chem. Vw. *0	291	291,1	F Frf. Hypo 11	565bG	570G	H Jute Bremen *6	149	115exD

Ausland

New York

	29. 8.	26. 8.		29. 8.	26. 8.
Du Pont	51,875	52,375	Philip Morris	62	62,125
Eastern Gas-Fuel	22,875	23,375	Pittston	16,25	16,50
Eastman Kodak	65,625	66,12	Polaroid	26	26,25
Exxon	37,375	37,625	Prime Computer	15,25	15,25
Fabergé	21	21,50	Procter & Gamble	52,50	51,625
Firestone	19,375	19,375	RCA	26,875	26,75
Fluor	21,125	21,125	Revlon	31,75	32,25
Ford	54,375	54,875	Reynolds Ind.	55	54,25
Foster Wheeler	14,75	14,375	Rockwell Int.	27	26,875
Fruehauf	40,25	40,875	Rorer Group	26,50	26,50
GAF Corp.	15,625	15,75	Schlumberger	59,25	58,50
General Dynamics	47,375	47,25	Sears, Roebuck	37,25	36,50
General Electric	48,875	48,25	Shell Oil	46,875	47

Toronto

	29. 8.	26. 8.
Brenda Mines	16,125	16
Brunswick M. & Sm.	20	20,25
Cdn. Imperial Bk.	32,125	32,125
Cdn. Pacific Ltd.	44,25	44,50
Cdn. Pacif. Enterpr.	22	21,375
Cominco	57,25	57,125
Coseca Res.	4,15	4,15
Denison Mines	47,125	46,875
Dome Petroleum	5,25	5,75
Domtar	26,50	26,25
Falconbridge Nickel	76,50	76,50
Great Lakes Paper	85	84
Gulf Canada	18,25	18,375
Gulfstream Res.	1,28	1,50

London

	30. 8.	29. 8.
Bowater	Geschlossen	216
B. A. T. Industries		144
Br. Leyland		65
British Petroleum		438
Burmah Oil		176
Cadbury Schweppes		105
Charter Cons.		266
Cons. Gold. Fields		619
Cons. Murchison		–
Courtaulds		102
De Beers $		9,40
Distillers		226
Driefontein $		37,12
Dunlop		54

Mailand

	30. 8.	29. 8.
Mediobanca	67000	67100
Mondadori	2750	2700
Montedison	220	218,25
Olivetti Vz.	3470	3450
dgl. St.	3560	3660
Pirelli SpA	1801	1815
Rinascente	340,25	363
RAS	152000	152000
S. A. I.	13010	13005
SIP	1763	1780
Snia Viscosa	1223	1200
STET	1630	1625
Index	–	202,65

Wien

	30. 8.	29. 8.
Creditanstalt-Bkv.Vz.	212	212
Gösser-Brauerei	320	320
Länderbank Vz.	210	210
Österr. Brau AG	281	281
Perlmooser	343	343
Reininghaus	369	368
Schwechater Br.	179	179
Semperit	–	–
Steyr-Daimler-P.	155	155
Universale HochTief	229	–
Veitscher Magnesit	208	208
Index	55,15	55,12

Tokio (Auszug)

	30. 8.	29. 8.
Toyota Motor	1160	1190
Index	677,9	677,6

Kopenhagen

	30. 8.	29. 8.
Den Danske Bank	296	297
Jyske Bank	579	575
Kopenh. Handelsbk.	269,50	269
Novo Industri	3015	2970
Privatbanken	298	297
Ostasiat. Komp.	150	145,75
Dan. Sukkerfabr.	732	704,75
For. Bryggerier St.	1250	1180
Kgl. Porz. Fabr.	390	389

Brüssel

	30. 8.	29. 8.
Arbed	1338	1338
Brux. Lambert	2305	2330
Cockerill Ougrée	163	165
Ebes	2405	2400
Gevaert	2405	2430
Kredietbank	6480	6400
Petrofina	5960	5960
Soc. Gén. d. Belg.	1890	1900
Sofina	4960	4965
Solvay	3120	3170
UCB	3805	3835
Index	132,69	133,09

Singapur

	30. 8.	29. 8.
Cycle + Car.	6,00	6,00
Cold Storage	5,60	5,65
Dev. Bk. of Sing.	9,75	9,75
Fraser + Neave	7,00	6,20
Kl. Kepong	2,96	3,00
Mal. Banking	9,35	9,40
Nat. Iron	6,80	6,80
OCBC	11,00	11,00
Sime Darby	2,36	2,42
Singapur Land	6,10	6,15
Un. Overs. Bank	5,25	5,30

Sydney (Auszug)

	30. 8.	29. 8.
CRA	5,94	5,96
CSR (Thelss)	4,20	4,22
Metals Expl.	0,84	0,85
MIM-Holdings	4,45	4,42
Myer Emporium	1,40	1,41
North Broken Hill	3,10	3,13
Oakbridge	1,45	1,50
Peko Wallsend	7,66	7,74
Poseidon	5,60	5,70
Thomas Nat. Tr.	2,07	2,05
Waltons	0,53	0,53
Western Mining	4,95	4,93
Woodside Petr.	1,31	1,30
Index	697,4	695,4

Optionshandel vom 30. 8.

Kaufoptionen: AEG 10-70/7,40, 10-75/4,50, 10-80/2,30, 1-75/9,20, 1-80/5,40, 4-70/14, 4-75/11,50, 4-80/8,10, Siemens 1-330/23,30, 1-360/9,40, 1-390/5,10, 4-400/10, Veba 10-160/10, BASF 10-145/10, 1-145/17, 1-150/13,40, 1-160/7,40, 1-170/4,40, 4-150/19,40, -160/14, 4-170/9, Bayer 10-146/5,90, 10-150/5,50, 1-150/11, 1-160/6, 1-170/4,15, 4-140/25, 4-150/15,60, 4-160/9,45, Hoechst 4-150/20, 4-160/13,50, 4-170/9, BMW 1-390/25, 1-400/20, 4-400/29,20, VW 10-190/26, 10-200/17, 10-210/13,50, 10-230/5,60, 10-240/520, 1-180/43, 1-190/32, 1-200/30, 1-210/22, 1-220/16,10, 1-230/13,60, 1-240/9,50, 4-220/28, 4-230/22, 4-240/16, 4-250/14, 4-260/9,50, 4-270/8,50, 4-280/, Conti 10-110/7,40, 1-110/7, 1-120/4,30, 4-110/12, 4-140/4, Lufthansa 10-120/5, 1-120/8, Lufthansa Vorz. 10-120/4,90, Commerzbank 10-170/6,10, 10-180/2,80, 1-170/15,10, 1-180/9,40, 1-190/5, 4-170/19, 4-180/16,50, 4-190/12, 4-200/9, Deutsche Bank 10-320/7,30, 10-330/3,50, 1-320/15, 1-330/11, 1-380/3,70, 4-330/25, 4-350/15, 4-400/6,40, Dresdner Bank 10-170/6, 1-170/13, 1-180/7,80, 1-190/6,50, 4-170/23, 4-180/17,50, 4-200/10, 4-220/5,55, Hoesch 10-45/5,50, 10-50/2,40, 10-55/1, 1-50/3,95, 1-55/2,70, 4-50/5,40, Mannesmann 1-140/11, 1-150/6,20, 1-160/5, 1-170/2,70, 4-140/15, 4-150/11, 4-160/7,40, 4-170/6, Preussag 1-290/7,50, Thyssen 10-75/1,50, 1-70/7,4-75/7, Bay. Hypobank 10-300/4, 1-290/15, 4-290/17, Daimler 1-630/8, Degussa 1-350/35, 1-390/10, 4-410/12, GHH 4-140/8, Kali u. Salz 4-220/16,60, Karstadt 1-260/21,20, 1-280/11, 4-280/21, Kaufhof 1-270/10, Klöckner 1-40/4,20, 4-40/6,50, Metallges. 1-220/10, RWE 1-170/10, 4-180/12, Varta 4-180/12,50, Chrysler 10-70/5,60, 1-65/15,60, 1-70/9, 1-75/6, IBM 1-320/23,20, Sperry Rand 4-120/15,10, 4-130/6,40, Philips 1-40/4,50, 1-50/2,40, 40/6,70, Royal Dutch 10-120/10,30, 1-120/20,20, 1-130/12,50, 1-140/8, 4-130/17,40, 4-140/12, ELF 1-70/6,50, 4-60/15,40. **Verkaufsoptionen:** AEG 10-70/2,40, 1-70/4, 4-65/2,50, Siemens 4-330/6,40, 4-340/12, Hoechst 10-150/2, VW 10-210/3, 1-200/4,70, 1-210/5,30, 1-220/9,60, Conti 1-100/3,40, 4-110/9,40, Lufthansa 1-120/6, 4-120/7, Commerzbank 10-170/6, 10-180/14, 1-170/6,60, Deutsche Bank 10-310/6, 1-320/15, 1-330/25, 1-340/35, Dresdner Bank 10-180/13, 1-170/5,50, 4-170/6,40, Mannesmann 1-150/13,60, 4-140/8,40, 4-150/14,40, Thyssen 1-70/3,60, Deutsche Babcock 1-170/11, Karstadt 1-280/11, Klöckner 10-40/2,20, M.A.N. 1-130/9,50, RWE 4-170/8, Chrysler 10-70/4,40, 1-70/6,50, Xerox 1-120/7,40, Philips 1-40/4,70. 707 Optionen, 42 350 (36 100) Aktien, davon 124 Verkaufsoptionen = 6450 Aktien.

Euro-Geldmarktsätze

Niedrigst- und Hochstkurse im Handel unter Banken am 30. 8.; Redaktionsschluß 14.30 Uhr:

	US-$	DM	sfr
1 Monat	9¾–10	5–5¼	4¼–4⅝
3 Monate	10⅛–10⅜	5¼–5⅝	4½–4⅞
6 Monate	10½–10¾	5¾–6	4¾–5
12 Monate	10⅞–11⅛	6¼–6½	4¾–5

Mitgeteilt von: Deutsche Bank Compagnie Financière Luxembourg, Luxembourg.

Goldmünzen

In Frankfurt wurden am 30. August folgende Goldmünzenpreise genannt (in DM):

Gesetzliche Zahlungsmittel*)	Ankauf	Verkauf
20 US-Dollar	1575,00	1920,90
10 US-Dollar (Indian)**)	1258,00	1474,46
5 US-Dollar (Liberty)	538,00	666,61
1 £ Sovereign alt	262,00	321,48
1 £ Sovereign Elizabeth II	255,00	313,50
20 belgische Franken	194,00	255,36
10 Rubel Tscherwonez	272,00	338,58
2 südafrikanische Rand	256,00	314,64
Krüger Rand, neu	1139,00	1344,06
Maple Leaf	1139,00	1344,06
Außer Kurs gesetzte Münzen *)		
20 Goldmark	261,00	331,74
20 schweiz. Franken „Vreneli"	219,00	278,16
20 franz. Franken „Napoléon"	213,00	271,32
100 österr. Kronen (Neuprägung)	1055,00	1271,10
20 österr. Kronen (Neuprägung)	212,00	264,48
10 österr. Kronen (Neuprägung)	110,00	142,50
4 österr. Dukaten (Neuprägung)	489,00	597,36
1 österr. Dukaten (Neuprägung)	116,00	155,04

*) Verkauf inkl. 14 % Mehrwertsteuer
**) Verkauf inkl. 7 % Mehrwertsteuer

Devisen und Sorten

30. 8. 83	Frankfurt. Devisen Geld	Frankfurt. Devisen Brief	Ankfs.-Kurs4)	Wechs. Frankfurt. Sorten*) Ankauf	Verkauf
New York3)	2,6831	2,6911	2,6558	2,63	2,72
London1)	4,030	4,034	3,985	3,94	4,08
Dublin1)	3,140	3,154	3,087	3,11	3,25
Montreal3)	2,1793	2,1873	2,1615	2,12	2,21
Amsterd.	89,320	89,540	89,27	88,25	90,25
Zürich	122,890	123,090	122,99	121,60	124,25
Brüssel	4,963	4,983	4,926	4,81	5,03
Paris	33,135	33,295	32,415	32,25	34,25
Kopenh.	27,715	27,835	27,465	26,50	28,50
Oslo	35,805	35,925	35,215	34,50	36,25
Stockh.**)	33,885	34,045	33,485	33,00	34,75
Mailand2) **)	1,670	1,680	1,625	1,64	1,73
Wien	14,209	14,249	14,219	14,12	14,34
Madrid**)	1,764	1,774	1,677	1,71	1,83
Lissabon**)	2,170	2,190	2,07	1,85	2,65
Tokio	1,0895	1,0925	–	1,05	1,11
Helsinki	46,730	46,930	45,78	45,75	47,50
Buen. Air.	–	–	–	–	29,00
Rio	–	–	–	0,10	0,75
Athen*) **)	2,880	2,934	–	2,30	3,10
Frankf.	–	–	–	–	–
Sydney*)	2,3520	2,3710	–	2,28	2,38
Johannesbg.*)	2,3840	2,4030	–	2,05	2,30

Alles in Hundert; 1) 1 Pfund; 2) 1000 Lire; 3) 1 Dollar; 4) Kurse für Tratten 60 bis 90 Tage; *) nicht amtlich notiert. **) Einfuhr begrenzt gestattet.

Devisen

Der Dollar-Kurs zeigte sich unbeeindruckt von dem hohen Defizit der amerikanischen Handelsbilanz von 6,36 Mrd. Dollar und behauptete mit Schwankungen zwischen 2,6780 und 2,6890 seine Vortagsbasis. Die Bundesbank verkaufte 20,55 Mill. Dollar zum amtlichen Mittelkurs von 2,6871. Im Nachmittagshandel brach der Kurs bei nervösem Geschäft nach oben aus seiner vorgenannten Schwankungsbreite aus und befestigte sich in der Spitze bis 2,6970. Das Britische Pfund notierte um 1,6 Pf höher mit 4,027. Der Belgische Franc verzeichnete mit 4,973 erneut einen historischen Tiefstkurs. Der Japanische Yen legte 0,2 Pf auf 1,0910 zu. Gegenüber den übrigen amtlich notierten Währungen überwogen ebenfalls die Kursverluste für die D-Mark. US-Dollar in: Amsterdam 3,0045; Brüssel 54,0650; Paris 8,0935; Mailand 1604,55; Wien 18,8790; Zürich 2,1848; Ir. Pfund/DM 3,147; Pfund/Dollar 1,4986.

Ostmarkkurs am 30. 8. (je 100 Mark Ost) – Berlin: Ankauf 19,00; Verkauf 22,00 DM West; Frankfurt: Ankauf 18,50; Verkauf 22,50 DM West.

Devisenterminmarkt

Dollar-Deports am 30. August geringfügig erweitert.

	1 Monat	3 Monate	6 Monate
Dollar/DM	1,17/1,07	3,17/3,07	6,25/6,05
Pfund/Dollar	0,03/0,05	0,17/0,21	0,37/0,42
Pfund/DM	2,30/0,90	5,00/3,60	9,00/7,60
FF/DM	31/15	87/71	179/163

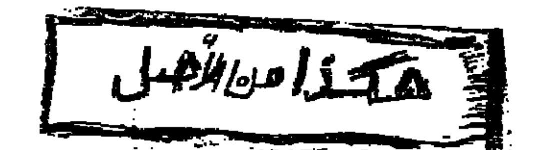
Geldmarktsätze

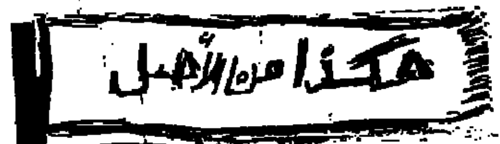
Geldmarktsätze im Handel unter Banken am 30. 8.: Tagesgeld 5,0–5,1 Prozent; Monatsgeld 5,45–5,55 Prozent; Dreimonatsgeld 5,65–5,8 Prozent.

Privatdiskontsätze am 30. 8.: 10 bis 29 Tage 3,55G/3,40B Prozent; und 30 bis 90 Tage 3,55G/3,40B Prozent.

Diskontsatz der Bundesbank am 30. 8.: 4 Prozent; Lombardsatz 5 Prozent.

Bundesschatzbriefe (Zinslauf vom 1. August 1983 an) Zinsstaffel in Prozent jährlich, in Klammern Zwischenrenditen in Prozent für die jeweilige Besitzdauer): Ausgabe 1983/11 (Typ A) 4,25 (4,25) – 6,50 (5,35) – 8,25 (6,25) – 9,00 (6,87) – 9,25 (7,27) – 9,75 (7,61). Ausgabe 1983/12 (Typ B) 4,25 (4,25) – 6,50 (5,37) – 8,25 (6,32) – 9,00 (6,98) – 9,25 (7,43) – 9,75 (7,82) – 9,75 (8,09) **Finanzierungsschätze des Bundes** (Renditen in Prozent): 1 Jahr 5,82, 2 Jahre 7,09. **Bundesobligationen** (Ausgabebedingungen in Prozent): Zins 8,00, Kurs 100,00, Rendite 8,00.





Jeder Weltrekord hat seine besonderen Qualitäten.

Wenn ein Mercedes einen Weltrekord aufstellt, dann hat das seinen besonderen Grund: Wir wollen testen, wie weit uns neue Ideen und Entwicklungen zu verbesserten Lösungen führen, die dann, wenn sie sinnvoll sind, in die Serie übernommen werden können.

Nehmen wir zum Beispiel den Mercedes C III, der vor einigen Jahren nicht weniger als neun Geschwindigkeitsweltrekorde gebrochen hat, mit einem Motor, der im Prinzip heute in jedem unserer Turbo-Diesel-Modelle läuft.

Und warum?

Weil wir wissen wollten, wo die sprichwörtlichen Dieselqualitäten ihre Grenze haben – und wie weit man sie noch weiter verbessern kann, zum Beispiel durch Turbo-Abgasaufladung oder eine günstigere Aerodynamik.

Ein anderer Weltrekord, bei dem es nicht um Geschwindigkeiten, sondern um Sparsamkeit ging, wurde von unseren jüngsten Mitarbeitern aufgestellt, die bei uns noch mitten in ihrer Ausbildung stehen.

Das von ihnen gebaute Gefährt verbrauchte nicht mehr als 0,0778 Liter Dieselkraftstoff auf 100 km. Das hatte vorher noch niemand geschafft.

Ein Rekord, der sicher auch dazu beiträgt, die Automobilbauer unserer jungen Generation für ihre späteren Aufgaben zu begeistern und ihre Fähigkeiten herauszufordern.

Den jüngsten Weltrekord* stellte vor wenigen Wochen der neueste und sportlichste Mercedes auf: Der 190 E 2.3–16 fuhr auf einer 50.000 km-Marathon-Strecke in Nardo (Süditalien) eine Durchschnittsgeschwindigkeit von 247.939 km/h.

Und warum das?

Um die Zuverlässigkeit dieses Modells, das im nächsten Jahr in Serie gehen soll, auf eine besonders harte Probe zu stellen. Um zu beweisen, daß Sportlichkeit auch erreicht werden kann, ohne dabei auf andere wichtige Tugenden eines Serienfahrzeuges zu verzichten.

Eine solche Leistung ist nur möglich, wenn alle Funktionen in sich technisch perfekt und zuverlässig sind und untereinander in einem ausgewogenen Verhältnis stehen.

Wie bei jedem Mercedes.

Darum muß diesen Test in ähnlicher Form bei uns jeder neue Mercedes bestehen, bevor er in Serie gebaut werden darf.

Wenn wir solche Rekordfahrten machen, dann geht es uns nicht darum, Trophäen zu gewinnen, sondern Erkenntnisse.



Daimler-Benz Aktiengesellschaft.

* Vorbehaltlich der Anerkennung durch die F.I.A.

Bundesanleihen

		30. 8.	29. 8.
F 4 Abl. 57*	4/84	100,6G	100,6G
5½ Bund 78 I	1/84	99,8	99,9
6 dgl. 64 I	1/84	100,05	100,1G
3 dgl. 76 I	2/84	100,65	100,65
7 dgl. 77	3/84	100,3	100,3
7½ dgl. 75 II	4/84	100,55bG	100,55
5 dgl. 76	5/84	99,05	99,05bG
6 dgl. 78 III	9/84	99,45	99,45
8¼ dgl. 76	9/84	101,55	101,55G
6 dgl. 78 IV	12/84	99,05	99,05
6¼ dgl. 79	1/85	98,7G	98,7
8½ dgl. 73 I	3/85	101,65	101,65
7 dgl. 79	4/85	99,55	99,55
7¼ dgl. 79 II	6/85	99,6	99,85
7¾ dgl. 79 I	7/85	100,4	100,4
8 dgl. 76 IV	10/85	101	101
5½ dgl. 78 II	3/86	96,15	96,15
5¼ dgl. 78	5/86	95,45	95,45
7¼ dgl. 76 I	12/86	98,1	98,25G
6½ dgl. 79	1/87	95,4	95,7
7¼ dgl. 76 II	1/87	97,95	98,35
6¾ dgl. 77	4/87	95,95	95,95
5½ dgl. 77	7/87	94,8	94,8
6 dgl. 77	10/87	93,2	93,2
6 dgl. 78 I	1/88	92,95	92,95
6½ dgl. 78 I	9/88	93,65	93,65
6¼ dgl. 78 II	12/88	93,1	93,1
6¾ dgl. 79	1/89	94,2	94,2
7¼ dgl. 79 I	4/89	95,75G	95,75
10 dgl. 81	4/89	107,1	107,1
7½ dgl. 79 I	6/89	96,25	96,25
8 dgl. 79 I	7/89	98,45	98,7
8 dgl. 79 II	8/89	98,7	98,8
7½ dgl. 79 II	9/89	96,35	96,35
7¾ dgl. 79 II	11/89	97,4	97,45
7¾ dgl. 80 I	1/90	97,2	97,25
10 dgl. 80	4/90	107,5	107,5
5¾ dgl. 78	5/90	90,85	90,85
8¼ dgl. 80 I	7/90	99,4G	99,4
8¼ dgl. 80 II	11/90	99,35	99,4
7¾ dgl. 82	11/90	96,35	96,6
9 dgl. 81	2/91	102	102,15
10¼ dgl. 81	7/91	109,7	109,7
10¾ dgl. 81	9/91	112,4	112,35
10 dgl. 81 II	12/91	108,4	108,8
9¾ dgl. 82 I	1/92	106,8	106,95
9¾ dgl. 82 II	3/92	107,1G	107,1
6 dgl. 78 II	3/93	89,8	89,8
9,5 dgl. 82	4/92	105,4	105,5
9 dgl. 82	5/92	102,5	102,6
8½ dgl. 82	6/92	99,7	99,7
9 dgl. 82	8/92	102,55	102,7

		30. 8.	29. 8.
F 6 dgl. 77	9/87	93,3	93,3
6 dgl. 78 II	7/88	91,8	91,9
6½ dgl. 77	5/89	92,45G	92,45
8 dgl. 78 I	7/89	99	99
8 dgl. 78 I	2/90	89,3G	89,3
8 dgl. 80 II	7/90	98,35	98,35
9 dgl. 81	3/91	102,7	102,9
10½ dgl. 81	9/91	111,2	111,4
10¼ dgl. 81	11/1	109,9	110,2
8 dgl. 80 I	2/92	97,35	97,55
10 dgl. 82	2/92	108,7	108,8
9½ dgl. 82	7/92	105,6	105,9
8 dgl. 82	11/92	96,6	96,8
7¾ dgl. 83	1/93	95,3	95,3

Bundespost

		30. 8.	29. 8.
F 4 Abl. 57*	4/84	100,6G	100,6G
5½ Bdpost 58	10/83	100G	100G
8 dgl. 72 II	12/83	100,55G	100,55G
6½ dgl. 68	6/88	98,25G	98,25G
8 dgl. 72 I	9/87	100,05	100,05G
10 dgl. 81	3/89	107	107
10¼ dgl. 81	6/89	108,35	108,35
8 dgl. 80	3/90	98,2	98,2
7¾ dgl. 80	9/90	96,95	97,05
8¾ dgl. 80	12/90	102,05G	102,05
10½ dgl. 81	10/91	111,35G	111,35
9¾ dgl. 82	2/92	107,35	107,35
8¾ dgl. 82	5/92	101	101,35
8½ dgl. 82	10/92	99,7	99,95
7¾ dgl. 83	2/93	95,3G	95,4

Länder – Städte

		30. 8.	29. 8.
S 5½ Bd.-Wttbg. 58	83	100G	100G
6½ dgl. 78	86	95	95
8¼ dgl. 82	92	99	99G
M 7 Bayern 66	86	99,25G	99,5G
6½ dgl. 67	87	99,25G	99,5G
6 dgl. 68	85	98G	98G
7 dgl. 72	84	100G	100G
7½ dgl. 76	84	100,2	100,2G
6 dgl. 78	88	92,4	91,25
8¾ dgl. 80	90	101	101,5G
8¾ dgl. 82	90	101,1G	101,3

Bundesbahn

		30. 8.	29. 8.
F 4 Abl. 57*	4/64	100,6G	100,6G
5½ Bdbahn 58	10/83	100	100,1G
10 dgl. 73 II	11/83	100,7	100,7
7½ dgl. 72	2/84	100,4	100,4
8 dgl. 72	9/84	101,15G	101,25
8¼ dgl. 76	9/84	101,45	101,6
6 dgl. 78 I/I	11/84	99,05	99,15G
6½ dgl. 79	2/85	98,95	99,05
8½ dgl. 73	2/85	101,5	101,6
7 dgl. 77	2/87	96,8G	96,9

Bankschuldverschreib.

	30. 8.	29. 8.
F 6 Allg. Hypo Pf 1	80,5G	80,5G
6½ dgl. Pf 5	85G	85G
7 dgl. Pf 2	99G	99G
F 7½ Bakola Pf 104	99,5G	99,5G
9 dgl. Pf 106	102,9G	102,9G
10 dgl. Pf 108	107,6G	107,6G
7 dgl. KS 132	94G	94G
8 dgl. KS 155	98,35T	98,35T
9 dgl. KS 169	102,15G	102,15G

Renten weiter abwärts

Der in den USA weiter schwache Bonmarkt, eine Folge ungünstiger Nachrichten über das Wachstum der Geldmenge in den USA, ließ den deutschen Rentenmarkt nicht zur Ruhe kommen. Nachdem schon am Vortag öffentliche Anleihen bis zu 0,80 Prozentpunkte zurückgenommen waren, erlitten sie am Dienstag weitere Einbußen bis zu 0,40 Prozentpunkte. Bei den Pfandbriefen werden die Renditen der veränderten Zinssituation angeglichen, was bei ihnen Kurseinbußen bis zu 1 Punkt verursachte. Neue Namens-Pfandbriefe waren mit Renditen bis zu 8,66 Prozent erhältlich. DM-Auslandsanleihen lagen knapp behauptet.

Anmerkungen:
* Zinsen steuerfrei
Pf = Pfandbriefe
KO = Kommunalobligationen
KS = Kommunalschatzanweisungen
IS = Inhaberschuldverschreibungen
RS = Rentenschuldverschreibungen
S = Schuldverschreibungen
(Kurse ohne Gewähr)

B = Berlin, Br = Bremen, D = Düsseldorf, F = Frankfurt, H = Hamburg, Hn = Hannover, M = München, S = Stuttgart

Warenpreise – Termine

Etwas schwächer tendierten am Montag die Gold- und Silbernotierungen in New York. Kupfer notierte unverändert bis etwas schwächer, Kaffee uneinheitlich und Kakao durchweg abgeschwächt.

Getreide und Getreideprodukte

	29. 8.	26. 8.
Weizen Chicago (c/bush)		
Sept.	388,25	387,50
Dez.	410,50	408,50
März	426,50	425,00
Weizen Winnipeg (can. $/t)		
Wheat Board cif.	29. 8.	26. 8.
St. Lawrence 1 CW	246,34	246,14
Amber Durum	260,34	260,34
Roggen Winnipeg (can. $/t)		
Okt.	167,80	162,80
Dez.	158,30	164,40
März	172,00	167,40
Hafer Winnipeg (can. $/t)		
Okt.	107,60	106,60
Dez.	107,30	106,30
März	109,20	108,00
Hafer Chicago (c/bush)	29. 8.	26. 8.
Sept.	175,75	179,50
Dez.	190,25	193,75
März	203,25	206,75
Mais Chicago (c/bush)		
Sept.	356,50	360,75
Dez.	361,50	368,00
März	370,00	377,00
Gerste Winnipeg (can. $/t)	29. 8.	26. 8.
Okt.	121,20	121,90
Dez.	122,60	123,50
März	125,60	126,20

Genußmittel

	29. 8.	26. 8.
Kaffee		
New York (c/lb)	29. 8.	26. 8.
Terminkontr. Sept.	131,05	132,35
Dez.	129,00	129,80
März	127,10	127,36
Kakao		
New York ($/t)	29. 8.	26. 8.
Sept.	2063	2083
Dez.	2104	2120
Terminkontr. März	2130	2150
Umsatz	1500	4152
Zucker		
New York (c/lb)		
Kontrakt Nr. 11 Sept.	9,70	10,00
Okt.	10,20	10,35
Jan.	11,00	11,39
März	11,76	11,82
Mai	12,15	12,23
Umsatz	10 190	17 860
Isa-Preis fob karibische Häfen (US-c/lb)	29. 8.	26. 8.
	–	10,07
Kaffee		
London (£/t) Robusta-	29. 8.	26. 8.
Kontrakt Sept.	geschl.	1730–1731
Nov.	geschl.	1709–1710
Jan.	geschl.	1691–1693
Umsatz	–	1521
Kakao		
London (£/t)		
Terminkontrakt Sept.	geschl.	1476–1477
Dez.	geschl.	1511–1512
März	geschl.	1510–1511
Umsatz	–	4726
Zucker		
London (£/t)		
Rohzucker Okt.	geschl.	174,25–174,50
Dez.	geschl.	183,00–184,00
März	geschl.	195,00–195,25
Mai	geschl.	199,00–199,50
Aug.	geschl.	–
Umsatz	–	3185
Pfeffer		
Singapur (Straits-Sing.-$/100 kg)	29. 8.	26. 8.
schw. Sarawak spez.	252,50	252,50
weißer Sarawak	347,50	347,50
weißer Muntok	347,50	347,50
Orangensaft		
New York (c/lb)	29. 8.	26. 8.
Sept.	119,05	119,20
Nov.	116,70	116,70
Jan.	111,95	111,90
März	111,00	110,70
Mai	110,80	110,80
Umsatz	111	187

Öle, Fette, Tierprodukte

	29. 8.	26. 8.
Erdnußöl		
New York (c/lb)	29. 8.	26. 8.
Südstaaten fob Werk	38,00	46,50
Maisöl		
New York (c/lb) US-Mittelweststaaten fob Werk	34,00	34,00
Sojaöl		
Chicago (c/lb) Sept.	34,60	35,50
Okt.	34,75	35,50
Dez.	34,65	35,35
Jan.	34,50	34,80
März	34,30	34,45
Mai	33,30	33,34
Juli	32,60	33,50
Baumwollsaatöl		
New York (c/lb) Mississippi-Tal	38,00	38,00
Schmalz		
Chicago (c/lb) loco lose	29,00	27,00
Choice white hog 4% fr. F.	19,00	19,00
Talg		
New York (c/lb)		
top white	17,00	17,00
fancy	16,50	16,50
bleichfähig	15,50	16,50
yellow max. 10% fr. F.	14,00	14,00
Schweine		
Chicago (c/lb)		
Okt.	42,90	42,90
Dez.	42,90	43,20
Febr.	46,70	47,50
Schweinebäuche		
Chicago (c/lb)		
Febr.	63,60	65,32
März	63,80	65,20
Mai	65,70	67,00
Häute		
Chicago (c/lb)	29. 8.	26. 8.
Ochsen einh. schwere River Northern	57,00	57,00
Kühe einh. schwere River Northern	60,00	59,00
Sojabohnen		
Chicago (c/bush)		
Sept.	903,00	934,00
Nov.	917,50	949,00
Jan.	930,00	956,00
März	938,00	966,00
Mai	938,00	963,00
Juli	938,00	953,00
Aug.	898,00	922,00
Sojaschrot		
Chicago ($/sht)		
Sept.	244,00	253,50
Okt.	243,50	253,50
Dez.	244,30	253,60
Jan.	244,20	254,50
März	244,00	254,00
Mai	244,00	254,00
Juli	247,00	255,00
Leinsaat		
Winnip. (can. $/t)	29. 8.	26. 8.
Okt.	383,00	392,10
Dez.	392,00	401,00
März	403,00	411,00
Kokosöl		
New York (c/lb)	29. 8.	26. 8.
Westküste fob Werk	47,00	47,00
Erdnußöl		
Rotterdam ($/t)	30. 8.	29. 8.
jegl. Herk. cif	1055,00	1060-00
Leinöl		
Rotterdam ($/t) jegl. Herk. ex Tank	625,00	640,00
Palmöl		
Rotterdam ($/lgt) Sumatra cif	610,00	635,00
Sojaöl		
Rotterd. (hfl/100 kg) roh Niederl. fob Werk	196,00	200,00
Kopra		
Rotterdam ($/t) Phil./Indon. cif	–	–
Kokosöl		
Rotterdam ($/lgt) Philippinen cif	990,00	1005,00
Leinsaat		
Rotterdam ($/t) Kanada Nr. 1 cif Rotterdam	315,00	330,00

Wolle, Fasern, Kautschuk

	29. 8.	26. 8.
Baumwolle		
New York (c/lb) Kontrakt Nr. 2:	29. 8.	26. 8.
Okt.	80,45	80,25
Dez.	82,00	81,70
März	82,90	82,60
Mai	83,06	82,85
Juli	83,15	82,98
Okt.	77,70	77,75
Kautschuk New York		
(c/lb); Händlerpreis loco RSS-1:	60,00	60,00
Wolle		
Lond. (Neusl. c/kg) Kreuzz. Nr. 2:	29. 8.	26. 8.
Okt.	geschl.	418–422
Dez.	geschl.	419–423
Jan.	geschl.	419–424
Umsatz	–	84
Wolle		
Roubaix (F/kg) Kammzüge:	29. 8.	26. 8.
Okt.	45,40	unerh.
Dez.	45,90	unerh.
März	46,20	unerh.
Mai	46,50	unerh.
Umsatz	0	–
Tendenz: stetig		
Wolle Sydney		
(austr. c/kg) Merino-Schweißwolle Standardtype	29. 8.	26. 8.
Okt.	560,0–561,0	561,0–563,0
Dez.	570,0–561,0	573,0–575,0
März	590,0–592,0	592,0–593,0
Umsatz	70	101
Sisal London ($/t)		
cif eur. Haupthäfen	29. 8.	26. 8.
East African 3 long	geschl.	670,00
undergraded	geschl.	640,00
Seide Yokoh. (Y/kg)		
AAA, ab Lager	29. 8.	26. 8.
Sept.	13783	13787
Okt.	13719	13691
Kautschuk		
London (p/kg)	29. 8.	26. 8.
Nr. 1 RSS loco	geschl.	78,00–80,25
Okt.	geschl.	78,80–80,00
Nov.	geschl.	78,30–78,60
Dez.	geschl.	78,40–78,50
Tendenz:		
Kautschuk		
Malaysia (mal. c/kg)	29. 8.	26. 8.
Nr. 1 RSS loco:	264,50–265,50	264,50–265,50
Sep.	265,00–265,50	265,00–265,50
Okt.	268,00–269,00	268,00–259,00
Nr. 2 RSS Sep.	261,50–262,50	261,50–262,50
Nr. 3 RSS Sep.	258,00–259,00	258,00–259,00
Nr. 4 RSS Sep.	251,50–252,50	251,50–252,50
		Tendenz: sehr ruhig
Jute London (£/lgt)	29. 8.	26. 8.
BWC	geschl.	414,00
BWD	geschl.	350,00
BTC	geschl.	390,00
BTD	geschl.	350,00

Erläuterungen – Rohstoffpreise

Mengen-Angaben: 1 troyounce (Feinunze) = 31,1035 g, 1 lb = 0,4536 kg; 1 R. – 76 WD – (–); BTC – (–); BTD – (–).

Westdeutsche Metallnotierungen

(DM je 100 kg)	30. 8.	29. 8.
Blei: Basis London		
laufend. Monat	106,20–106,30	geschl.
drittfolg. Monat	110,13–110,23	geschl.
Zink: Basis London		
laufend. Monat	228,32–228,53	geschl.
drittfolg. Monat	234,58–234,78	geschl.
Produz.-Preis	228,74	geschl.
Reinzinn 99,9%	3770–3808	3743–3780

NE-Metalle

(DM je 100 kg)	30. 8.	29. 8.
Elektrolytkupfer für Leitzwecke (DEL-Notiz*)	433,65–436,07	434,75–437,18
Blei in Kabeln	113,75–114,75	113,50–114,50
Aluminium für Leitzwecke (VAW)		
Rundbarren	405,50–408,30	405,50–408,30
Vorziehdraht	414,50	414,50

*Auf der Grundlage der Meldungen über höchsten und niedrigsten Kaufpreise durch 19 Kupferverarbeiter und Kupferbesteller.

Messingnotierungen

	30. 8.	29. 8.
MS 58, 1. Verarbeitungsstufe	387-392	388
MS 58, 2. Verarbeitungsstufe	418–419	418
MS 63	423–427	423–428

Zinn-Preis Penang

	29. 8.	26. 8.
Straits-Zinn ab Werk prompt (Ring./kg)	30,05	30,25

Deutsche Alu-Gußlegierungen

(DM je 100 kg)	30. 8.	29. 8.
Leg. 225	432–433	432–433
Leg. 226	435	435
Leg. 231	465–467	465–467
Leg. 233	475–477	475–477

Die Preise verstehen sich für Abnahmemengen von 1 bis 5 t frei Werk.

Edelmetalle

	30. 8.	29. 8.
Platin (DM je g)	40,20	40,20
Gold (DM je kg Feingold)		
Banken-Vkfpr.	36 500	36 500
Rücknahmepr.	35 700	35 700
Gold (DM je kg Feingold) (Basis Lond. Fixing)		
Degussa-Vkfpr.	36 550	36 400
Rücknahmepr.	35 450	35 310
verarbeitet	38 360	38 200
Gold (Frankfurter Börsenkurs) (DM je kg)	36 280	36 120
Silber (DM je kg Feinsilber) (Basis Lond. Fixing)		
Degussa-Vkfpr.	1077,40	1071,30
Rücknahmepr.	1039,70	1017,70
verarbeitet	1125,10	1118,80

Internationale Edelmetalle

	30. 8.	29. 8.
Gold (US-$/Feinunze)		
London	30. 8.	29. 8.
10.30	418,85	–
15.00	418,10	–
Zürich mittags	418,20–418,70	416,40–416,90
Paris (F/1-kg-Barren) mittags	108 450	108 400
Silber (p/Feinunze)		
London Kasse	818,40	geschl.
3 Monate	838,50	829,30
6 Monate	859,35	850,30
12 Monate	900,35	890,80
Platin (£-Feinunze)		
London	29. 8.	26. 8.
fr. Markt	geschl.	290,35
Palladium (£-Feinunze)		
London 1. Händlerpr.	geschl.	99,00

New Yorker Preise

	29. 8.	26. 8.
Gold H & H Ankauf	416,50	417,30
Silber H & H Ankauf	1222,50	1219,30
Platin fr. Händlerpr.	441,00–443,50	441,00–443,50
Produz.-Preis	475,00	475,00
Palladium fr. Händlerpr.	148,50–150,50	149,50–153,50
Produz.-Preis	130,00	130,00
Silber (c/Feinunze)		
Sept.	1219,00	1222,00
Okt.	1231,00	1236,00
Dez.	1253,00	1255,00
Jan.	1266,00	1269,00
März	1310,70	1291,70
Mai	1333,40	1314,00
Juli	1356,10	1314,00
Umsatz	–	28 000

New Yorker Metallbörse

	29. 8.	26. 8.
Kupfer (c/lb)		
Sept.	72,55	72,15
Okt.	73,35	73,35
Dez.	74,85	74,90
Jan.	75,65	75,65
März	77,10	77,00
Mai	78,70	78,25
Juli	80,20	80,15
Umsatz	19 000	–

Londoner Metallbörse

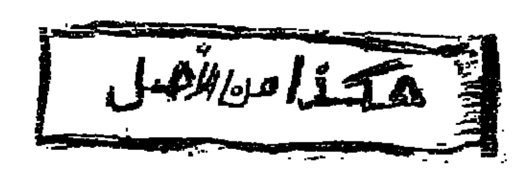
	30. 8.	29. 8.
Aluminium (£/t)		
Kasse	1099,5–1100,5	geschl.
3 Monate	1128,0–1128,5	geschl.
Blei (£/t) Kasse	263,25–263,50	geschl.
3 Monate	273,00–273,25	geschl.
Kupfer		
Highergrade (£/t)		
mittags Kasse	1062,5–1063,0	geschl.
3 Monate	1090,5–1091,5	geschl.
abends Kasse	–	geschl.
3 Monate	–	geschl.
(Kupfer-Standard)		
Kasse	1034,5–1035,0	geschl.
3 Monate	1059,0–1060,5	geschl.
Zink (£/t) Kasse	566,00–566,50	geschl.
3 Monate	581,50–582,00	geschl.
Zinn (£/t) Kasse	8490–8495	geschl.
3 Monate	8615–8620	geschl.
Quecksilber		
$/Fl.)	–	geschl.
Wolfram-Erz		
($/T-Einh.)	–	geschl.

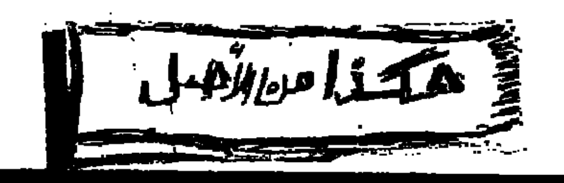
Am 23. August 1983 verstarb unerwartet im Alter von 78 Jahren Herr

Dr.-Ing. Friedrich Hentschel

Der Verstorbene hat sich als Technischer Direktor von April 1961 bis Januar 1971 um den Aufbau und wichtige Führungsaufgaben im Rahmen der Organisation Eurocontrol bleibende Verdienste erworben.

„Eurocontrol"
Europäische Organisation zur Sicherung der Luftfahrt, Brüssel





GESCHÄFTSVERBINDUNGEN

Wir sind ein langjährig erfolgreich im Markt eingeführtes deutsches Unternehmen der Kunststofftechnik, unsere Arbeitsgebiete sind

Umweltschutz, Lufttechnik, Wärmerückgewinnung sowie chem. Apparate-, Behälter- u. Pumpenbau

Unsere Produkte sind in Industriebetrieben praktisch jeder Art und Größe eingesetzt. Neben chemischen und galvanotechnischen Unternehmen sind Firmen von der *Automobil*- bis zur Computerindustrie ebenso unsere Kunden wie Ingenieurbüros o. ä.

Wir suchen jeweils einen

selbständigen Handelsvertreter

(Ingenieur oder technisch versierter Kaufmann) für die Gebiete

1. Kassel/Göttingen (PLZ 34 und 35)
2. Berlin (West)
3. Großraum Hamburg – Kiel – Bremen (PLZ 2000)

Wir gehen davon aus, daß Sie unser Angebot zusätzlich zu Ihrem bisherigen Programm übernehmen, *das grundsätzlich dazu passen sollte.*

Unsere überdurchschnittlich interessanten Konditionen: Provision *(für direkte und indirekte Aufträge) ist fällig bei Rechnungslegung;* Gebietsschutz; technische Unterstützung durch das Stammhaus.

Bitte senden Sie unserer Geschäftsführung zur ersten Kontaktaufnahme aussagefähige Unterlagen, die auch über Ihr bisheriges Programm Auskunft geben.

Kunststofftechnik KG
Postfach 11 48, 5210 Troisdorf

U.S.A. EINWANDERUNGSVISA
Für Investoren, Unternehmer, Freiberufler, Gesellschaften, deren Mitarbeiter, Verwandte von U.S.-Bürgern.
Informationen: VIC GmbH
Widenmayerstr. 18/1 · 8000 München 22
Tel. (089) 229133 · Telex 5216534 indad

Für einen Dienstleistungsbetrieb in Norddeutschland suchen wir einen

tätigen Teilhaber

Erforderliches Kapital DM 500 000,–. Hohe nachweisbare Gewinnerwartung!
Interessenten wollen sich bitte u. T 8908 melden an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Ihr Büro in Bremen
Gut organisiertes Büro übernimmt Terminabsprachen, Auftragsabwicklung, etc.
Tel.: 04 21 / 32 06 39

1000,– DM erforderl.
Repräsentanz für langjähriges international bewährtes amerikanisches Reifenversiegelungsprodukt in den Gebieten Düsseldorf, Köln, Bonn, Krefeld, Aachen u. andere zu vergeben. Überdurchschnittl. Einkünfte für solvente Handelsrepräsentanten gewährleistet. Schriftl. Bewerbung an:
Tyre-Care Vertrieb
Paulinenstr. 136, 5102 Würselen

Übersetzungen
span./deutsch/span., geschäftl. u. priv. Korrespondenz übern. Renate Minning u. Gloria v. Paschkewitsch, Witzlebenstr. 87, 31 Celle
Tel. 0 51 41 / 5 45 48

Gerharz + Gilliam INGENIEURBAU

Wir suchen qualifizierten dynamischen

Architekten
Dipl.-Ing./Ing. (grad.)

der über gute Planungs- u. Bauleiterkenntnisse verfügt.

Wir planen und bauen bis zur schlüsselfertigen Übergabe im Wohnungs- *und Industriebau. Selbständiges Arbeiten* wird vorausgesetzt. Bei Eignung ist eine Führungsposition zu besetzen.

Wir bieten: gute Bezahlung, einen freundlichen Arbeitsplatz sowie ein angenehmes Betriebsklima.

Nur schriftliche Bewerbungen an:

Ingenieurgesellschaft für Planung Baulanderschließung und schlüsselfertiges Bauen mbH
5202 Hennef Sieg 1 · Deichstr. 21
Telefon 0 22 42 / 26 32

Wir sind bundesweit einer der führenden Hersteller von Aluminium-Rolladen und Kunststoffenstern für den nachträglichen Einbau. Arbeitsvorbereitung, Montage und Kundendienst für den norddeutschen Raum sind in einem Zweigwerk in Rotenburg/Wümme zusammengefaßt.
Für die Leitung dieser Niederlassung suchen wir einen überdurchschnittlich qualifizierten

Techn. Kaufmann

mit dem wir die begonnene Aufbauarbeiten festigen und fortsetzen können. Deshalb sollte sich der neue Mitarbeiter vor allem durch unternehmerisches Denken und ein besonderes Maß an Verantwortungsbewußtsein und Initiative auszeichnen. Eine dem Anforderungsprofil entsprechende berufliche Praxis und Erfahrungen in der Führung von Mitarbeitern sind unerläßlich.
Wenn Sie diese sehr ausbaufähige und gut dotierte Aufgabe reizt, dann senden Sie Ihre vollständigen Bewerbungsunterlagen einschl. Lichtbild, Gehaltserwartung und Angabe von Referenzen an
Ing. Blaurock,
Bau- und Raumtechnik,
Geschäftsleitung, Postfach 17 05,
8740 Bad Neustadt/S.

Die Große Kombination
Stellenanzeigen
DIE WELT
WELT am SONNTAG

Unseren Vertrieb möchten wir auf Bundesebene aufbauen und suchen freie

Handelsvertreter
mit guten Kontakten zu Kaminstudios, Eisenwaren, Kauf- und Warenhäuser. *Das Vertriebsprogramm umfaßt* Kamine, Öfen und Zubehör.
BIC GmbH, Sorbenstraße 53
2000 Hamburg 26
Telefon 0 40 / 2 50 85 60

Wir schaffen es nicht mehr, daher suchen wir

Mitarbeiter

die es sich zutrauen, in einem Versicherungsmaklerbüro die Kontakte zwischen Vermittler und zu unseren inländischen und ausländischen Kooperationspartnern herzustellen. Die Dotierung ist leistungsbezogen.
Tel. 02 41 / 2 15 05
Versicherungskontor
R. Sieben KG
Holzgraben 6, 5100 Aachen

IHR VERLÄNGERTER ARM IN DEN USA

Amerikanische Vertriebsges. (Inc.) bietet Unternehmen aus der Industrie
Elektrik–Elektronic sowie **Maschinen-Anlagenbau**
eine Beteiligung an.

Es werden 1 bis 3 Unternehmen gesucht, welche insgesamt ein Kapital bis $ 350 000,- einbringen können. Nebst einer sehr lukrativen Rendite kann der Vertrieb eigener Erzeugnisse erwartet werden.

Zur Zeit werden einige namhafte Unternehmen vertreten.

Interessierte senden bitte ihre Zuschriften unter R 9257 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

---

HONGKONG Gut eingeführtes, von erfahrenem Deutschen geführtes IMPORT / EXPORT Marketing Büro in Hongkong, kann neben bisherigen Kunden noch 1 bis 2 neue Kunden für Aufgaben in Fernost annehmen. Geboten werden sachgemäße Abwicklung von Ein- und Verkauf, Promotionen, Transportdokumentationen, Warenkontrollen, Terminüberwachungen, ggfls. Kontenführungen, etc. *Gerne erwarten wir Ihre Anfrage an:*
EMAG Trade Services (HK) Ltd. G. P. O. Box 4752, HongKong

Kleines, gut eingeführtes

Touristik-Reisebüro (TUI-Agentur)

in oberbayerischem Alpen-Luftkurort zu verkaufen.

Zuschriften unter U 9172 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Tischlerei
sucht Werksvertretung für norddeutschen Raum. Montagen können übernommen werden. Wir sind auch an anderen Branchen interessiert.
Zuschr. unter K 9120 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Deutscher Ingenieur in Johannesburg
mit Kenntnis von Land und Leuten, sucht Vertretungen in Südafrika. Büroeinrichtung inkl. Telex vorhanden.
Zuschriften unter Z 9155 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

---

betrifft: bauherren, bauträger, architekten und unternehmer
bau-ing. grad., selbständig, 44 jahre, verh., übernimmt kurzfristig aufgaben eines bau- oder projektleiters schlüsselfertiger projekte aus dem wohnungs-, industrie- u. allgem. ingenieurbau sowie der altbausanierung. kürzestmögl. bauzeiten u. erfolgr. kostenminimierung werden zugesichert. zehnjährige berufserfahrung im schlüsselfertigbau sind nachweisbar. fundierte kenntnisse in akquisition, kalkulation u. abrechnung sind selbstverständlich u. durch zeugnisse belegt. bevorzugter arbeitsraum: E, D, W, K, BN, AC, DU.
sollten sie an einer kontaktaufnahme interessiert sein, schreiben sie bitte unter W 9001 an WELT-Verlag, postfach 10 08 64, 4300 essen, oder rufen sie an: 02 11 / 57 97 73.

Importeur sucht Handelsvertreter, die regelmäßig den Fachhandel für
Mal- u. Zeichenbedarf
besuchen.
Es soll ein volles Markensortiment von hochwert. Kunstölfarben eingeführt u. intensiv betreut werden. Qualifizierte Interessenten bitten wir um Kontaktaufnahme unter W 9174 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Zweigstelle Schweiz
Wir übernehmen für Sie: Import-/Exportabwicklung, Offertwesen, Auftragsabwicklung, Inkasso, kleines Lager, Versand etc.
Angebot/Auskunft:
Pansong, Postfach 44,
CH-5442 Fislisbach

Handelsvertreter
Raum Gütersloh, sucht Zweitvertretung, keine Versicherung, eingef. bei Stilmöbelherstellern.
Zuschriften unter B 9157 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Weinimporteur
für franz., span. und italienische Weine gesucht.
Zuschriften mit Preisangebot unter G 9118 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

ACHTUNG, INTERNISTEN
(auch Chefärzte)
Haben Sie Schwierigkeiten mit der Privatliquidation nach der neuen GOÄ? Ich verkaufe Ihnen ein leicht zu handhabendes Programm für einen Personalcomputer. Änderungswünsche können berücksichtigt werden, auch für andere Fachrichtungen.
Angeb. u. N 9167 an WELT-Verl., Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Modern eingerichteter mittelständischer Metallbaubetrieb, Schwerpunkt Leichtmetallfenster-Fertigung, im Raum Bonn sucht finanzkräftigen, mitarbeitenden
Teilhaber.
Erforderliches Kapital DM 500 000,–.
Angeb. erb. u. L 9121 an WELT-Verl., Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Handelsvertreter gesucht
Kundenkreis: Geschenkartikel- und Bilderrahmengeschäfte.
Programm: Fotorahmen mit vielen Rennern
R. H. Goldhammer, 8214 Bernau
Tel. 0 80 51 / 75 20

Ihr Büro in Hannover
komplett eingerichtet, Sekretärin mit Führerschein, Pkw vorhanden.
Angeb. erb. unt. M 9122 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Übernehme Vertretung
mit Auslieferungslager. Techn. Kundendienst kann eventuell übernommen werden. Habe moderne Lagerhalle einschl. Büro u. Fahrzeugpark sowie entspr. Personal.
Hugo Welsing
Pf. 27 68, Paderborn,
Tel. 0 52 51 / 7 23 39 o. 5 69 95

Großhändler, Vertriebsfirma und Großabnehmer für moderne Jeans und Sportswear bundesweit gesucht.
Angeb. erb. unt. H 9119 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Belgischer Kaufmann
nach 10 Jahren in der BRD aus familiären Gründen zurück nach Belgien, 44 J., unabhängig, sucht Vertretung von deutschen Firmen – Gebiet Handel/Im- u. Export. Perfekt Französisch und Englisch in Wort und Schrift. Korrespondenz kann selbstverständlich in Deutsch geführt werden. Büro, Telefon und Telex vorhanden. Angeb. erb. u. S 8907 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Vertriebsgruppe sucht Bauträger
od. Partner f. baureife Spitzenobjekte im Raum Timmendorfer Strand.
RAF; 5804 Schwerte
Ruf 0 23 30 / 7 30 36

Aktive Beteiligung
sucht Dipl.-Kfm., Mitte 30, langj. Erf. als Geschäftsführer mittelständischer Unternehmen im In- und Ausland, mehrsprachig, Kapital DM 300 000,–, bevorzugter Standort Hamburg.
Angeb. unter V 9173 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

STELLENANGEBOTE

Wir sind eine überregionale Wirtschaftsprüfungsgesellschaft und zählen eine Baugruppe, die mit einer Reihe von selbständigen Unternehmungen im gesamten Bundesgebiet und im Ausland tätig ist, zu unserem Mandantenkreis. Ihre Schwerpunkte liegen im Straßen-, Hoch- und Ing.-Bau.

Für eine der Gesellschaften mit Sitz im Großraum Stuttgart suchen wir zum nächstmöglichen Termin – spätestens zum 1. 4. 1984 –

Abteilungsleiter/Oberbauleiter und Bauleiter

für den „Hoch- und Ing.-Bau" sowie für die Sparte „Schlüsselfertiges Bauen".

Das Unternehmen ist seit vielen Jahren regional im Hochbau und im Tief- und Straßenbau erfolgreich tätig. Ein erfahrener Mitarbeiterstamm bildet die Basis für eine Ausweitung der Aktivitäten.

Für die ausgeschriebene Position denken wir an Ingenieure, die über entsprechende Erfahrungen und Kontakte verfügen. Sie sollten entweder eine ähnliche Tätigkeit bereits ausgeübt haben oder sich diesen Aufgaben aufgrund Ihres bisherigen beruflichen Werdeganges gewachsen fühlen.

Die Dotierung sowie alle übrigen für solche Positionen üblichen Vertragsregelungen werden Sie zufriedenstellen.

Bitte senden Sie Ihre – zunächst nur kurzgefaßte – Bewerbung unter Angabe evtl. Sperrvermerke unter C 9114 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

STELLENGESUCHE

VERTRIEBSLEITER
Mitte 40, led., langj. Auslandserfahrung in ltd. Funktionen a. d. Verkaufs- u. Marketingsektor b. intern. Industrie-Konzernen, zuletzt Spartenleiter b. Chemie-Untern. in der BRD, perf. span., port. u. engl. Sprachk., sucht neuen Wirkungskreis, a. im Ausland.
Angeb. erb. unter Z 9111 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Dynamischer, leitender Bankkaufmann
Prokurist, weibl., 41 J.
sucht herausfordernde Führungsposition in Bank, Handel, Industrie. Langjährige *Erfahrung im gesamten Außenhandelsbereich*, Auslandskreditgeschäft, Akquisition, Auslandserfahrung. Sprachen: Englisch, Französisch, Spanisch.
Angebote unter P 9168 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Internationaler
Ausbilder und Springreiter
mit Erfolgen bis zur schwersten Klasse. Erfahrung in Ausbildung, Personalwesen u. Organisation, spricht perf. deutsch, engl., spanisch u. portugiesisch, z. Zt. Leiter eines Reitclubs in Brasilien, sucht neuen Wirkungskreis in Europa. Nach Möglichkeit in einem Privatstall m. gutem Pferdematerial, Landeszuchtverband od. Verein m. Turnierambition.
Zuschriften erbeten unter A 9156 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Alleinbuchhalter
sucht für sich adäquate Position u. Vertrauensstellung zum 1. 10. 1983.
Tel.: 0 41 92 / 65 96

In der Bauindustrie (Hochbau) bestens eingeführter
techn. Kaufmann (44)
sucht neuen Wirkungskreis im Außendienst (Hamburg/Schleswig-Holstein).
Angebote erbeten unter PZ 46 887 an WELT-Verlag, Postfach, 2000 Hamburg 36.

Innenarchitektin BDIA
30, selbständig, sucht neue Aufgabengebiete, *auch in freier Mitarbeit*, im Raum Hamburg.
Zuschr. erb. u. PA 46 889 an WELT-Verlag, Postfach, 2000 Hamburg 36.

Realschullehrerin
40 J., led., engl./französ., Fremdsprachenkorrespondentin engl./französ. und Übersetzerin englisch, IHK-Zeugnisse, sucht Tätigkeit an *Privatschule* od. als Übersetzerin bzw. Fremdsprachenkorrespondentin. Raum Norddeutschland bevorzugt, aber nicht Bedingung. Zuschr. erb. u. F 9161 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Zuverlässiger, umsichtiger
Fahrer
Mitte 40, FS III, sucht Dauerstellung als Cheffahrer.
Angebote unter X 9109 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Art-Director (Werbe-Design)
selbst., 35 J., seit 10 Jahren in den USA tätig, kehrt nach Deutschland zurück und sucht neuen Wirkungskreis. Zusammenarbeit mit bestehender New Yorker Agentur u. Ausnutzung vielfältiger USA-Kontakte möglich.
Angeb. unter PW 46 886 an WELT-Verlag, Postf., 2000 Hamburg 36.

Maschinenschlosser
23 J., AE- u. Schutzgas-Schweißkenntn., Montageerfahrung i. Übersee, sucht sicheren Arbeitsplatz.
Zuschriften u. T 9020 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Staatl. anerk.
Erzieherin
21 J., Examen August 1983, sucht adäquate Tätigkeit bei Behörde, Kommune oder Familie mit Kindern.
Angebote erbeten unter Y 9110 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Privat-Chauffeur
vertraut m. Haus- u. Gartenarbeit, sucht neuen Wirkungskreis mit Unterkunft.
Zuschriften unter V 9022 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Langj. kfm. Führungskraft
(Prokurist), Pensionär, 63 J., möchte eine interessante Aufgabe in Hamburg übernehmen. *Ang. erb. u. W 9108 an WELT*-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Diplom-Kaufmann
35 J., Außenhandelslehre, Praxis Verw. u. Vertrieb, fundierte Controlling-Kenntnisse, sucht entwicklungsfähige Position.
Angebote erb. u. U 8999 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Schiffsing.
34 J., *in ungek. Position*, langj. Berufserf., Englisch-Kenntnisse, sucht neuen Wirkungskreis an Land.
Ang. erb. u. T 9171 an WELT-Verl., Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Verkaufsleiter Bauelemente
Top-Verkäufer und -Organisator im Innen- und Außendienst sucht fundierte Position in leistungsfähigem Unternehmen.
Ang. u. S 9170 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Sekretärin/Assistentin
abgeschl. kfm. Lehre, Deutsch, Engl., Portug. (deutsch-engl. Steno), mehrj. Auslandsaufenthalte, sucht neuen Wirkungskreis im Raum Hamburg. Ang. u. N 9123 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen

---

Ältere alleinstehende Frau o. jüngere alleinst. Frau mit Kind als
Haushaltshilfe
für große Familie mit 4 kl. Kindern mit Familienanschluß gesucht. 2 Zi. mit Bad vorh.
Stukenbrock, Tel. 0 52 57 / 38 83

Secretary/Assistant
3 years commercial apprenteiceship German/English/Portuguese (German/English Shorthand), several years abroad is looking for an interesting job.
Ang. u. E 9116 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen

Kfz-Mechaniker
24 J., Lkw- und Staplererfahrung, sucht entsprechende Tätigkeit im Ausland.
Tel. 0 52 23 / 6 17 41

Groß- und Industriekaufmann
43 J., *sucht Tätigkeit als Geschäftsführer oder Marktleiter* im Raum Süd. Erfahrung im Ein- und Verkauf sowie in der Werbung vorhanden.
Ang. u. D 9115 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen

Ital. Betriebswirt
fließend Deutsch in Wort und Schrift, EDV, sucht Stellung im Raum Köln/Bonn.
Tel. 0 22 55 / 45 14

Controller
Dipl.-Volkswirt, 37 J., langj. Erf. in Betriebswirtschaft, Unternehmensplanung, Rechnungswesen, Organisation und Berichtswesen sucht neuen Aufgabenbereich im Großraum Hbg.
Ang. u. R 9169 an WELT-Verl., Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Patentinhaber AGW
befahren, Alter 37 J., sucht Anstellung als nautischer Offizier in der Großen Fahrt: Z. Zt. Kleine Fahrt. Angeb. erb. u. PP 46 900 WELT-Verl., Postf., 2 Hamburg 36.

Allroundkaufmann
Mitte 30, Dipl.-Kfm., langj. Erf. als *Geschäftsführer mittelständischer* Unternehmen im In- und Ausland, mehrsprachig, su. adäquate Stellung zum 1. 1. 84 nach Möglichkeit im Großraum Hamburg.
Angeb. unter X 9175 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Kaufm. Angestellter
44 Jahre, ledig, sucht allgemeine *Büroarbeiten im Lebensmittel*-Genußmittel-Großhandel. Zuschriften erbeten unter L 9165 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Vertriebsleiter
42 J., Betriebswirt, prakt. Erfahrungen in Industrie u. Handel, sucht neuen Wirkungskreis im Raum HH. *Schwerpunkte: Verhandlungsgeschick*, Durchsetzungsvermögen u. Führungseigenschaften. Teilnahme an Management- u. Verkaufsschulungen. Kenntnisse in Einkauf u. Materialwirtschaft.
Angeb. u. PS 46903 an WELT-Verlag, Postfach, 2000 Hamburg 36



Führungskraft-Lagerwirtschaft
54, Industriekaufmann, umfassende Kenntnisse der Materialfluß- und Ablaufgestaltung in einem Hochregal-, Paletten- und Langgutlager, langjährige Erfahrung *im gesamten Lagerbereich* unter Anwendung der EDV (Wareneingang, Einlagerung, Kommissionierung, Lagerverwaltung einschl. Führung der Mitarbeiter); *sucht verantwortliche Aufgabe.*
Auskünfte erteilt: Frau Rudolph
Fachvermittlungsdienst Bremen, Außer der Schleifmühle 4
2800 Bremen 1, ☎ 0421/320249, FS 245910

Schweden
Unternehmensberater – Maschinenbautechniker – 53 Jahre, deutscher Geburt, mit schwedischem Abitur und schwedischer Dipl.-Ing. (Civ.-Ing.), wohnhaft in Stockholm, seit 28 *Jahren in der schwedischen Industrie in leitenden Stellungen* tätig, sucht neue Aufgaben in Skandinavien, gerne auf freiberuflicher Basis. Englisch und Deutsch perfekt in Wort und Schrift, gute Kenntnisse auch in Französisch und Italienisch.
Zuschriften erbeten unter V 9000 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Leiter des Finanz- u. Rechnungswesens (Accountant)
z. Zt. in einem amerikanischen Konzern (Öl) tätig. 19 Jahre Berufserfahrung *im nationalen u. internationalen Unternehmen: Getränkeindustrie* u. Handel, Kaufhäusern, Im- u. Export von Fleisch/Öl. Schwerpunkt: Finanzen, Buchhaltung (G. u. V./Bilanzen, Steuern), Verwaltung, Organisation. Kenntnisse: EDV: Kienzle 6000, Philips P 354, IBM 34; Buchhaltung allein verantwortlich, mit *Erfolg* auf ein Philips-Computer-System umgestellt u. Personal eingearbeitet. Gute Englischkenntnisse; div. Geschäftsreisen ins Ausland, sucht zum 1. 10. 83 neue Führungsposition.
Angebote unter PR 46901 an WELT-Verlag, Postfach, 2000 Hamburg 36

---

3 Kripo-Oberkommissare
Angehörige des MEK/SEK, suchen adäq. Wirkungskreis oder übernehmen Aufträge. Geboten werden umfangreiche Erfahrungen in den Bereichen: Observation, Technik, Personen- und Begleitschutz, Nahkampf- und Schießausbildung, Sicherheits- und Gefahrentraining (Kfz).
Zuschr. u. P 9256 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

---

2 Männer, 40 und 26 Jahre
seit längerem nachweislich unverschuldet beschäftigungslos, wollen nicht weiterhin den Amtskassen zur Last fallen und suchen – nach Möglichkeit im Großraum Frankfurt – Beschäftigung jeder Art, ganz gleich, ob kurz- oder langfristig. Gute Kenntnisse in Dienstleistungsarbeiten bei absoluter Zuverlässigkeit – beispielsweise Gartenpflege, *Wartungsarbeiten, fachgerechte Renovierung*, Botendienst, Einkäufe, Behördengänge, Schreibarbeiten, hilfsweise Alten- oder Krankenpflege.
Frdl. Zuschriften erbeten unter PR 46 882 an WELT-Verlag, Postfach, 2000 Hamburg 36

VERKÄUFER
40, 15 J. Außendienst, ungekündigt, Vertrag bis 31. 12. 83, Umsatzführer i. Unternehmen, VK-Erfahrung i. Propaganda, Dienstleistung, Investition, sucht VK o. Orga-Aufgabe i. techn. o. elektron. Bereich, PLZ 5 als Angestellter o. HV.
Zuschr. unter Z 9287 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Rechte Hand eines Unternehmers
Unternehmersohn, Techniker, 33 Jahre, verh., mobil, flexibel, 8 Jahre leitend im elterlichen Betrieb (Baubranche. 60 MA/30 Mio.) mit den *Schwerpunkten Vertrieb, Projektleitung, BWL tätig.*
Fließend Englisch (Auslandserfahrung), sucht neue interessante Aufgabe mit viel Selbständigkeit und Engagement, u. U. mit finanzieller Beteiligung.
Kontaktaufnahme bitte über Herrn Eberhard **Prüfer**
EGOR Deutschland GmbH, Kronprinzenstraße 62
4000 Düsseldorf 1 – Tel.: 02 11 / 37 46 91

Kultivierte Dame mittleren Alters, mit Einfühlungsvermögen, viel *Geduld* und Wärme, sucht verantwortungsvolle *Aufgabe im Bereich*
Betreuung – Pflege – Gesellschaft
Mehrjährige Pflegeerfahrung, Referenzen aus angesehenem Hause vorhanden. Bevorzugt Raum H, HH, nördl. Niedersachsen, gern auch ländliche Umgebung.
Ang. u. F 9117 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen

Verkaufsleiter
Bin 45 Jahre, suche neue Aufgabe *im* Bereich Eisenwarengroß- und *-einzelhandel sowie Baumarkt.*
Über 20jährige Berufserfahrung in leitender Position. Beste Kontakte zu allen wichtigen Handelspartnern, *Verbänden u. Zentralen im ganzen BGB u.* angrenzenden Ausland.
Angebote unter S 9258 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

IMMOBILIEN / KAPITALIEN

GEWERBLICHE IMMOBILIEN



Humor mit Krokodil

he. – Briten inklusive Schotten und Walliser rügen am „typischen Deutschen" gerne seine angebliche Humorlosigkeit. Nun aber war es ausgerechnet ein Hamburger Exportkaufmann, der kürzlich den Briten und Schotten auf den komischen Zahn fühlte. Axel Voss wollte wissen, wie die Flughafenverwaltung von Heathrow auf den Brief eines Mannes reagiert, der allen Ernstes behauptet, ihm sei dort bei der Durchreise sein Verstand abhanden gekommen. Es entspann sich eine wirklich sehr humorvolle Korrespondenz, mit der Bitte der Engländer an den Deutschen, doch sachdienliche Hinweise zur Ortung des Verlegten beizusteuern.

Halb Schottland freute sich dann etwas später über denselben Hamburger, der sich im Edinburgher „King James Hotel" samt Frau und Haustier ansagte, einem sieben Meter langen Krokodil aus Afrika, das ihn auf allen seinen Reisen begleite. Kommt er oder kommt er nicht, fragten sich tagelang Hotelpersonal, Zeitungsleser und Rundfunkhörer.

Wer wird denn Spielverderber sein, wenn es um Humor geht? Die Schotten nahmen es dem Deutschen gar nicht übel, als herauskam, daß er überhaupt kein Krokodil besitzt und nicht einmal mit Kanarienvogel nach Schottland reisen wollte. Sie freuten sich über den gelungenen Scherz, auch wenn dieser Mr. Voss mit seinem Krokodil drauf und dran war, ihrer Nessie das Wasser abzugraben.

Dieser Scherzbold aus Hamburg hat mehr für die Aufbesserung des deutschen Images in Albion getan als Kulturdiplomaten in Botschaften und Goethe-Instituten in jahrelanger Kärrnerarbeit. Jetzt will Voss aber über seine Abenteuer auf der Insel ein Buch schreiben, und das ist leider nicht scherzhaft gemeint.

Der Zweifel ist ihr hartnäckigster Nachbar – WELT-Gespräch mit der Münchner Schauspielerin Christine Ostermayer

Ein Kristall, in dem die Rollen tausendfältig blitzen

Als schwarzgekleidete Dame im Kostüm der Jahrhundertwende mit Hut und Schleier trat sie in dieser Spielzeit im Münchner Residenztheater in Strindbergs „Nach Damaskus" auf. Respektvoll beklatscht vom Stamm- und Abonnementpublikum, bejubelt von ihren Verehrern – Christine Ostermayer (Jahrgang 1936).

Diese Christine Ostermayer ist eine Identifikationsschauspielerin mit einer Bandbreite, die verblüfft. Sie kann jede Rolle spielen – was heißt spielen, sie kann sie sprechen, singen und tanzen, vom Gretchen über die Maria Stuart bis zur Eliza; eine, die Kraft und Talent hat, Stereotype zu widerlegen. Sie zieht auf sich die Rollen wie ein Kristall und läßt sie in unzähligen Facetten aufblitzen.

Wer nun das Geheimnis aufzuspüren trachtet, das Kraft und Wirkung von Christine Ostermayer ausmacht, landet rasch beim Beschreiben der Figuren, die nie nur auf eine Haltung, eine Stimmungslage setzen. Zum Beispiel die „Johanna". Die Ostermayer führt mit Shaws Hilfe vor, daß Leidenschaft nicht denkbar ist ohne Empfindsamkeit. Der Kritiker Curt Hohoff pries sie in dieser Aufführung, der in dem Satz gipfelte: „Sie spielt die Männer an die Wand."

Jetzt lächelt die Ostermayer, fragt jedoch zweifelnd: „Wo gibt es denn heute noch diese Kritiker, die Vermittler, die Diener, die Lehrer der Kunst sind?" Logische Konsequenz solchen Bezweifelns – sie hat es längst aufgegeben, Kritiken zu lesen. Diese Christine Ostermayer, die so souverän die Bühne beherrscht, weiß genau, was sie nicht will: nämlich Interviews.

„Was kann man schon von einem Menschen in so kurzer Zeit erfahren?", hatte sie am Telefon gemeint. „Wichtig ist doch nur, was auf der Bühne geschieht; das, was hinter der Bühne ist, geht niemanden etwas an." Sie versucht immer wieder, ja bis zur Verletzung Wohlwollender mit ihr, sich als „öffentliche Person" aus dem Verkehr zu ziehen, auf Distanz zu gehen.



„Ich kann nicht mehr zu allem ja sagen": Christine Ostermayer FOTO: SÜDDEUTSCHER VERLAG

Wir trafen uns dennoch schließlich in ihrer Schwabinger Wohnung. Wenn man ihr vom Theater erzählt, sieht man, daß Christine Ostermayer eine glückliche Schauspielerin ist. Wie Reflexe von Begeisterung ihr Gesicht aufleben lassen, wie selig sie wirkt, wenn sie erklärt, wie ihr einst eine hervorragende Lehrerin das richtige „Atmen" beigebracht hat, wie spontan sie es dann augenfällig auf dem Fußboden demonstriert.

Doch die private Christine Ostermayer ist dünnhäutig gegenüber ihrer Umwelt geworden, steckt in einer Lebenskrise, ist verletzt worden durch Ignoranten. „Man wird heute benützt, nicht mehr gefördert", meint sie resignierend. „Theaterspielen ist heute scheinbar nur noch ein Beruf für junge, robuste Menschen." So schleppt sie die privaten Strindbergeleien mit heim, in ihre vier Wände. Das Stück, das Damaskus übrigens nie erreicht, scheint derzeit in ihr weiter zu keimen. Dieses Spiel voller Skepsis wird bei ihr zur Wirklichkeit.

Kein Zweifel, sie steht im Umbruch. Christine Ostermayer hat das Gefühl, nicht mehr voranzukommen, zu erstarren. Sie sucht nach einer neuen „Linie". Will aufräumen, und zwar gründlich. Sie, die eher sanfte Heldin, mißachtet den laufenden Theaterbetrieb, macht derzeit Inventur, und zwar rigoros: „Ich kann nicht mehr zu allem ja sagen. Da ist auch die Angst vor der Routine. Ich brauche ‚Blutzufuhr', ‚Sauerstoff'".

Der Zweifel ist ein hartnäckiger Nachbar. Mit Unerbittlichkeit sagt sie: „Nach 20 Jahren München muß ich mich lösen, Neues beginnen." Konkretes dazu sagt sie nicht.

Natürlich wird sie auch wieder ab und an in München spielen. Man erfährt nur peu à peu, was sie machen wird, so z. B. mehr Lesungen geben in Salzburg, Wien oder wie derzeit in Bologna. Noch mehr Synchronarbeiten annehmen. Auch wird man sie häufiger als bisher auf dem Fernsehschirm antreffen. Und natürlich auch auf anderen Bühnen spielen.

Der Einwand, daß sie zur Schauspiel-Elite gehört, ist ihr kein Trost: „Wissen Sie, das Signum ‚Staatsschauspielerin' gleich ‚Establishment-Schauspielerin' ist ja heute fast ein Schimpfwort." Natürlich weiß auch sie, daß sie gut ist. Sie weiß aber ebenso, daß sie nicht allein Theater spielen kann. „Alle müssen mithelfen, vom Pförtner bis zum Beleuchter. Und dazu kommen die Erwartungen der Zuschauer und vor allem das Wollen der Regisseure." An diesem letzten Punkt fühlt sie sich im Stich gelassen. Größe wächst in diesem Metier nur sachte und behutsam heran, ist entscheidend abhängig von Regisseuren und angebotenen Rollen, mit deren Hilfe, deren Herausforderung sich Schauspieler weiterentwickeln.

Christine Ostermayer hat zu Beginn ihrer Laufbahn viel Glück gehabt. Sie wurde Schauspielerin, weil dem kleinen Mädchen das Wien der Nachkriegszeit zu grau erschien. So konnte sie frühzeitig tanzen im Kindertheater. Wurde später vorzeitig im Max-Reinhardt-Seminar entdeckt und spielte dann in Essen und Wuppertal „alles, was man sich wünscht: von Hauptmann über O'Neill bis Wilder". Ging anschließend nach München und war sieben Jahre am Residenz-Theater. Hier lernte sie Hans Lietzau kennen, der sie für drei Spielzeiten zwischen Hamburg und München pendeln ließ. Wurde dann geehrt mit dem Titel Staatsschauspielerin und dem Förderpreis der Stadt München, wo sie nun seitdem – abgesehen von Gastspielen in Wien und Salzburg – lebt und spielt.

Sie wartet auf Regisseure, die ihr neue empfindsame Dimensionen in der Menschendarstellung beibringen könnten. Gibt es diese denn überhaupt für Christine Ostermayer? „Ja", meint sie, „aber Namen nenne ich nicht, das bringt nur unnötigen Ärger. Ich will wieder etwas bewirken in meinem Beruf. Er ist nun einmal der schönste und doch schwierigste zugleich. Alles, was ich noch brauche, ist ‚Glück'", setzt sie energisch hinzu. – Sie wird es schaffen, das Leben ist schließlich nichts anderes als die Summe gespielter Rollen.

ROSE-MARIE BORNGÄSSER

New York: „Ein Käfig voller Narren" als Musical

Zazas zornige Lieder

Nach einem Theaterstück und zwei Filmen ist „La cage aux folles" nun in seiner vierten Inkarnation als Musical von nicht weniger als elf Produzenten am Broadway herausgebracht worden. Es war bei den Voraufführungen in Boston mit Vorschußlorbeeren versehen worden, wie es in dieser sehr kritischen Stadt selten ist, und entsprechend waren bis zum Premierentag bereits Eintrittskarten für vier Millionen Dollar im Vorverkauf abgesetzt worden.

„La cage aux folles", mit fünf Millionen Dollar Produktionskosten das teuerste aller Musicals, hat ausgezeichnete Musik von Jerry Herman, in George Hearn und Gene Barry ein paar hervorragende Hauptdarsteller, ein enttäuschend schwaches Libretto von Harvey Fierstein, eine vor allem im zweiten Akt äußerst imaginative Spielleitung von Arthur Laurents – aber auch viele Längen.

Erstmals ist das Thema der Homosexualität Gegenstand eines Broadway-Musicals, aber solche Gewagtheit kann nicht darüber hinwegtäuschen, daß das Musical mit herkömmlichen Mitteln arbeitet und nicht etwa einen Durchbruch zu einer neuen Form darstellt, wie vielfach erhofft worden war. Was bisher von der Bühne herab kaum geflüstert werden konnte, wird hier fast zur Familienunterhaltung.

Die Fabel ist bekannt: In dem Georges' Nachtlokal „Aux cages des folles" („folle" steht im Französischen nicht nur für „verrückt", sondern in der Umgangssprache auch für „schwul") ist Albin als Zaza die Hauptattraktion eines Männerballetts in Frauenkostümen, Les Cagettes, genannt. Tatsächlich leben Georges und Albin schon seit 20 Jahren in voller Eintracht zusammen. Ihr Verhältnis erhält einen Riß, als Georges' Sohn Jean-Michel, vor langer Zeit in einer heterosexuellen Phase des Nachtklubbesitzers gezeugt, ankündigt, daß er die Tochter eines heuchlerischen Politikers zu heiraten gedenkt. Georges verlangt von Albin-Zaza, daß dieser sich während des Besuchs der künftigen Schwiegereltern nicht sehen läßt, obwohl er an der Erziehung des Jungen lebhaften Anteil genommen hatte.

Der 1. Akt endet mit einer musikalisch und dramatisch herausragenden Nummer: Ein Lied des Zorns, der Selbstbehauptung nach erlittener Enttäuschung. George Hearn läßt aus diesem Lied „I am what I am" seine ganze Leidenschaft, seine verwundete Seele sprechen. Es wird eine glühende Verteidigung seines Lebensstils, seiner Homosexualität. Hier ist der Höhepunkt des Musicals erreicht, das trotz zahlreicher Inszenierungstricks im 2. Akt nicht mehr diese umwerfende Ausdruckskraft erklimmt.

Barry hat zwei gute musikalische Nummern, „Look over there" und „Song on the sand", in denen er unverhohlen seine Verehrung und Liebe für Albin ausdrückt. Man wünschte sich, daß auch die gesprochenen Dialoge der beiden weniger steif wären, als sie wirklich sind. Die Nebenfiguren sind durchweg zu wenig charakterisiert, um den Darstellern größere Möglichkeiten zu geben.

So steht und fällt dieses Musical mit George Hearn und Gene Barry, die die vielleicht besten Leistungen ihrer Laufbahn vollbringen, und der Musik sowie den Liedtexten von Jerry Herman. Für sein „Hello, Dolly!" hat er sich mit „La cage aux folles" keine Konkurrenz geschaffen, aber an „Mame" dürfte sein neuestes Musical an Erfindungsgabe und Musikalität heranreichen.

Auch die Helfer am Werke, die die keineswegs so seltenen Schwächen und Längen des Musicals im Palace Theatre überbrücken, müssen hier genannt werden: David Mitchell, der die stimmungsvollen Bühnenbilder schuf und Theoni v. Aldredge, deren zuckerwattenfarbige Kostüme des Transvestiten-Balletts von einmalig schmalziger Schönheit sind. Enttäuschend war die nur selten über die übliche Routine hinausgehende Choreographie von Scott Salmon.

HENRY MARX

Die 35. Deutsche Therapie-Woche in Karlsruhe

Wer ist wirklich krank?

Professor Hans Erhart Bock, Nestor der deutschen Internisten und Präsident der Deutschen Therapiewoche in Karlsruhe, diagnostizierte in seinem Lagebericht zur Eröffnung des vielbesuchten Medizinerkongresses so manches Seltsame, ja sogar Ungebührliche. So hat er keinerlei Verständnis für die leichtfertige Ausweitung des illusionären Krankheitsbegriffs, wie er von der Weltgesundheitsorganisation postuliert wurde. Danach ist man nicht mehr gesund, wenn es an körperlichem, psychischem und sozialem Wohlergehen gebricht. Daß bei solchen eigenartigen Vorgaben Krankheitsatteste hemmungslos verteilt werden, ist zwar verständlich, oftmals aber nicht gerechtfertigt. Bock verschwieg auch einen anderen Grund nicht, der die berühmten „gelben Scheine" leichter erreichbar macht: die mangelnde Courage der Ärzte, nein zu sagen, „wenn man weiß, daß um die Ecke herum ein Jasager praktiziert". Folgen also der sich anbahnenden Ärzteschwemme.

Strengere berufliche Selbstkontrolle, aber auch bessere Auswahl der Studienbewerber sind Bocks therapeutischer Vorschlag für diese unselige Entwicklung. Wie unselig sie ist, macht folgendes Beispiel deutlich, das Bock seinem Freiburger Kollegen Professor Wolfgang Gerok verdankt: „1979 legten 20 Prozent der Studenten eines Semesters ein ärztliches Attest vor, das ihnen bescheinigte, wegen psychosomatischer Leiden das Internatsjahr nur am Universitätsort selbst und nicht an einem auswärtigen Lehrkrankenhaus ableisten zu können." Der Mißstand – zwar Bock zufolge im Abklingen – ist sowohl berufsethisch als auch zwischenmenschlich gefährlich und dürfe nicht verschwiegen werden, auch nicht „aus christlicher Nächstenliebe und beruflicher Scham".

Bock griff auch den Vorwurf auf, die Medizin leide an seinem naturwissenschaftlich-reduktionistischen Grundkonzept, eine Systemkritik, wie sie zuletzt von dem amerikanischen Physiker Capra beängstigend schlüssig formuliert wurde. Die Ärzte müssen sich, so Bock, bewußt sein, daß naturwissenschaftliche Daten das Leben nur ausschnitthaft kennzeichnen können – „aber doch treffend und erfolgversprechend". Bock sieht eine neue Gefahr im Anmarsch: den psychologischen und soziologischen Reduktionismus, der scheinbar alles mit psychologischem Verständnis und mit gesellschaftlicher Relevanz erklärbar machen möchte. Diese neuen Paradigmen seien zwar therapeutisch nicht so ergiebig wie das naturwissenschaftliche, aber mindestens ebenso kritikbedürftig. Eine primitive, aber modische Spielart sieht Bock im magischen Reduktionismus. Selbst große Geister fühlten sich davon angezogen. Archaische Objekterfahrung und primitivmedizinische Praktiken würden dem Arzt heute allerdings kaum nützen können.

In diesem Zusammenhang teilte Bock noch einen Seitenhieb auf den therapeutischen Reduktionismus aus, insbesondere auf die modische Beschränkung auf pflanzliche Heilmittel (Phytotherapie). Man sollte sich von dem Etikett „unverfälscht natürlich" nicht täuschen lassen, weder durch mysteriöse oder phantastische Ausdeutung imaginärer Wirkpotenzen. Daß „natürlich" nicht gleichbedeutend sei mit „harmlos" und Phytotherapeutika gravierende Nebenwirkungen haben können, gehöre inzwischen zum fundierten Erkenntnisschatz.

JOCHEN AUMILLER

Vorschau auf die Filmfestspiele in Venedig

Woody außer Konkurrenz

Die Erwartungen werden hochgespannt sein, wenn sich heute abend am Lido der Vorhang hebt zu den 40. Internationalen Filmfestspielen von Venedig. Ein „Festspiel der Regisseure für die Regisseure" hat der neue Biennale-Direktor Gian Luigi Rondi angekündigt; und nicht zuletzt wird er damit unter Beweis stellen wollen, wie groß das Renommee dieses Festivals bei den Filmemachern in aller Welt inzwischen ist. Der Glanz Venedigs wird – so viel steht fest – in diesem Jahr den von Cannes überstrahlen.

Federico Fellini und der festivalscheue Ingmar Bergman, Woody Allen, Louis Malle und Georges Rouquier, der Altmeister der französischen Dokumentaristen, haben ihre neuen Arbeiten nach Venedig gegeben, wenn auch außer Konkurrenz. Im Wettbewerb um den Goldenen Löwen fallen Namen auf wie der Amerikaner Robert Altman, der „Streamers" zeigt. Costa Gavras geht für Frankreich an den Start mit „Hanna K.", der Vita einer jüdischen Rechtsanwältin, die als Pflichtverteidigerin einen Palästinenser vertreten muß. Ebenfalls im Zeichen der Trikolore streitet Jean-Luc Godard, der – nach Carlos Saura – nun auch eine „Carmen" auf die Leinwand gebracht hat. Alain Resnais schließlich erzählt – wie schon in „Hiroshima mon amour" und „Letztes Jahr in Marienbad" – eine Geschichte, die auf dem schmalen Grat zwischen Traum und Wirklichkeit spielt: „Das Leben ist ein Roman".

Drei Beiträge hat auch die Bundesrepublik im offiziellen Wettbewerb. Hans W. Geissendörfers Highsmith-Verfilmung „Ediths Tagebuch", die das Filmfest eröffnen wird, ist in den Vorberichten der italienischen Kritik schon in die vorderste Reihe der Favoriten gestellt worden. Alexander Kluges Film „Die Macht der Gefühle" findet ebenfalls Aufmerksamkeit, hat Kluge doch schon einmal, 1968, für „Die Artisten in der Zirkuskuppel – ratlos" in Venedig Gold eingeheimst. Schließlich tritt der Pole Andrzej Wajda, ein aussichtsreicher Kandidat, für die Bundesrepublik an. Er verfilmte Rolf Hochhuts Roman „Eine Liebe in Deutschland". Sollte auch in diesem Jahr ein deutscher Film am Lido siegen, so wäre das schon der Beginn einer Tradition. 1981 hat Margarete von Trotta für ihre „Bleierne Zeit" Venedigs begehrte Trophäe erhalten, und 1982 war Wim Wenders' „Stand der Dinge" auf dem ersten Platz.

Das Gastgeberland Italien präsentiert erstaunlicherweise nur zwei Arbeiten von zumal noch wenig bekannten Regisseuren: Pupi Avati und Giuliana Berlinguer. Mit von der Partie ist auch Kon Ichikawa aus Japan. Die „DDR" bewirbt sich mit Frank Beyers „Der Aufenthalt" (nach Hermann Kants gleichnamigem Roman), der im Februar als offizieller Berlinale-Beitrag angemeldet, im letzten Moment aber wieder zurückgezogen worden war, wohl wegen der politischen Situation in Polen.

Wie sieht die Jury aus auf diesem „Festival der Regisseure"? Bernardo Bertolucci als Vorsitzender hat eine Reihe namhafter Filmemacher der mittleren Generation um sich geschart. Da sind Jack Clayton und Nagis Oshima, Bob Rafelson und Leon Hirszman, Marta Mezaros und Agnes Varda, Mrinal Sen, Alain Tanner, Gleb Panfilov und der Senegalese Ousmane Sembene. Die Bundesrepublik vertritt Peter Handke, der einzige Schriftsteller im Cineasten-Kreis.

DORIS BLUM

AUSSTELLUNGSKALENDER

Augsburg: Deutsche Bildhauer der Gegenwart – Zeughaus (14. Sept. bis 30. Okt.)
Berlin: Sieg über die Sonne – russische Kunst des 20. Jh. – Akademie der Künste (2. Sept. bis 9. Okt.)
Camaro – Kunsthalle (3. Sept. bis 12. Okt.)
Bonn: Jon Borofsky – Städt. Kunstmuseum (21. Sept. bis 30. Okt.)
Jacoba van Heemskerck – Rhein. Landesmuseum (8. Sept. bis 9. Okt.)
Braunschweig: Herzog Anton Ulrich von Braunschweig – Herzog Anton Ulrich-Museum (bis 30. Okt.)
Bremen: Walter Stöhrer – Kunstverein (Bis 16. Okt.)
Darmstadt: Joseph Maria Olbrich – Mathildenhöhe (18. Sept. bis 27. Nov.)
Düsseldorf: Niederländische Fliesen – Hetjens-Museum (18. Sept. bis 27. Nov.)
Georg Melchior Kraus – Goethe-Museum (bis 30. Okt.)
Neues Glas in Deutschland – Tonhalle (4. Sept. bis 6. Nov.)
Frankfurt: Horst Antes/Joseph Beuys – Städel (bis 30. Okt.)
Hamburg: Zigeuner – Museum für Völkerkunde (9. Sept. bis 26. Febr. '84)
Hannover: Künstler in Niedersachsen – Kunstverein Hannover (3. Sept. bis 6. Nov.)
Kaiserslautern: Zeichnung konkret in Deutschland heute – Pfalzgalerie (bis 25. Sept.)
Karlsruhe: Caroline Luise – Markgräfin von Baden – Schloß (10. Sept. bis 20. Nov.)
Köln: Szene Schweiz, Videokunst – Kunstverein (4. Sept. bis 2. Okt.)
Willem de Kooning – Josef-Haubrich-Kunsthalle (9. Sept. bis 30. Okt.)
Krefeld: Canada – Mikrokosma – Textilmuseum (4. Sept. bis 20. Nov.)
Amerikanische Quilts – Museum Haus Esters (4. Sept. bis 23. Okt.)
Mainz: Zwanzig Jahre Kunst in Frankreich – 1960–1980 – Landesmuseum (7. Sept. bis 5. Okt.)
München: Das Kruzifix von Cimabue – Alte Pinakothek (22. Sept. bis 30. Okt.)
Münster: Ereignis-Karikaturen – Westfälisches Landesmuseum (11. Sept. bis 13. Nov.)
Uelzen: Franz Radziwill – Kunstverein (2. Sept. bis 26. Sept.)
Unna: Sakrale Kunst – Evangelisches Altargerät – Ev. Stadtkirche (5. Sept. bis 2. Okt.)

Luthers „Jubel Glaß": Spottblatt der Katholiken von 1618, aus der Coburger Ausstellung FOTO: KATALOG

Coburg: Flugblätter aus der Zeit der Glaubenskämpfe und der Reformation

Das Medium, mit dem Luther stritt

Aussteller von Gedrucktem tun sich verständlicherweise besonders schwer, was die optische Attraktivität ihrer Objekte betrifft. Die Kunstsammlungen der Veste Coburg haben anläßlich ihrer Luther-Jubiläumsausstellung „Illustrierte Flugblätter aus den Jahrhunderten der Reformation und der Glaubenskämpfe" mit diesem Problem keine Last. Mit den 152 Einblattdrucken (aus dem seit Ende des 18. Jahrhunderts zusammengetragenen Bestand von mehr als tausend Blättern im Coburger Kupferstichkabinett) zum Thema der Luther-Rezeption im weitesten Sinn ersteht vor dem Beschauer eine äußerst bewegte Welt, die unmittelbar anspricht und durch die Fülle damals aktueller oder auch zeitloser Themen sowie durch die Variationsbreite der ikonographischen Formen unweigerlich fesselt.

Das angesichts dieses nur mit Hilfe (kunst)historischer, literaturwissenschaftlicher und theologischer Hinführungen wirklich dechiffrierbare Material erfordert erhebliche Anstrengungen des Betrachtens und Lesens, denn es handelt sich um weithin unbekannte und noch unerforschte Belege für ein dem heutigen Leser oder Nachrichtenkonsumenten reizvoll fremd gewordenes publizistisches Medium der frühen Neuzeit. Doch diese Mühe lohnt.

Die Bildelemente der Blätter dienen – sofern sie nicht sowieso den Mittelpunkt bilden – heute wie damals als Blickfang, sozusagen als „Aufmacher" für die Botschaft der Texte. Sie waren allerdings in Einzelheiten ihrer ikonographischen Verschlüsselungen seinerzeit wohl leichter als gegenwärtig zu verstehen. Diesem Informationsdefizit versucht der opulent aufgemachte Katalog erfolgreich abzuhelfen, der sämtliche Exponate abbildet, und zwar in einem Format, das immerhin noch die Lektüre der Originaltexte erlaubt.

Die ältesten der vorgestellten Dokumente stammen aus den Jahren 1524–26, die jüngsten spiegeln höchst reizvoll die Reformationsjubiläen von 1717 und 1730, so daß der zeitliche Anlaß der Ausstellung hier gleichsam potenziert und in zeittypischen Brechungen erscheint. Das Gros der Flugblätter entstand jedoch in der ersten Hälfte des 17. Jahrhunderts und spiegelt die Wirren des Dreißigjährigen Kriegs, des Aufstandes der Niederlande, aber auch die intensiven Auseinandersetzungen um Papsttum, Jesuitenorden, reformatorische Richtungen und die Greuel der Hexen- und Ketzerverfolgungen teils drastisch, teils subtil wider. Dabei kommen alle Richtungen zu Wort, obwohl die reformatorisch agitierenden Autoren seinerzeit qualitativ und quantitativ dominierten. Eine reizvoll anschauliche Geschichtslektion (Bis 31. Okt.; Katalog 20 Mark).

HEINZ RÖLLEKE

JOURNAL

Pflanzliche Gifte gegen Krebszellen

dpa, Hannover

Bestimmte pflanzliche Gifte, wie sie zum Beispiel im Rizinus-Samen vorkommen, sind besonders geeignet, Krebszellen anzugreifen. Das ergaben langjährige Untersuchungen von Sjur Olsnes vom Norwegischen Krebsforschungs-Institut in Oslo, über deren Ergebnis der Wissenschaftler auf dem 5. Symposium über tierische, pflanzliche und mikrobielle Toxine (Gifte) der Europäischen Sektion der Internationalen Gesellschaft für Toxinforschung berichtete. Die Tagung findet zur Zeit an der Tierärztlichen Hochschule in Hannover statt. Der Präsident der 1964 gegründeten Gesellschaft, Professor Gerhard Habermehl (Hannover), wies darauf hin, daß in Zukunft den von Lebewesen stammenden Giften eine zunehmende Bedeutung auf den Gebieten der Infektionsabwehr und der Krebsbekämpfung zukommen werde. Die gewonnen Erkenntnisse, über die auf der Tagung in Hannover berichtet wird, zeigen, daß Toxine aus Tieren, Pflanzen und Mikroben zwar zu den giftigsten bekannten Stoffen zählen, daß sie aber auch zu einem sehr wertvollen Werkzeug in der Hand des Forschers geworden seien.

Turgenjew-Landhaus wird zum Museum

AFP, Versailles

Die „Datscha", die sich Iwan Turgenjew (1818–1883) in Bougival bei Paris baute, wird zum Museum. Zur Eröffnung am kommenden Samstag wird die Ausstellung „Turgenjew und seine Zeit" präsentiert, die vor allem durch sowjetische Leihgaben – insgesamt 248 Dokumente – zustande kam. Der Schriftsteller bezog seine „Datscha" im Jahre 1875. Er starb in Bougival acht Jahre später im Alter von 65 Jahren.

Prähistorische Funde beim Brüsseler U-Bahn-Bau

AFP, Brüssel

Das Schulterblatt eines Mammuts, ein Elchschädel und der Knöchel eines Bisons sind in zwölf Meter Tiefe bei Ausschachtungsarbeiten an der Brüsseler Untergrundbahn gefunden worden. Die Tiere lebten vor mehr als 10 000 Jahren im heutigen belgischen Hauptstadtgebiet, der damals ein großes Sumpfgebiet war. Die Knochenreste haben sich im Schlamm gut erhalten, sollen jedoch durch Spezialverfahren vor Zersetzung beim Kontakt mit der Luft bewahrt werden.

Neue Zeitschrift für Arbeiter in China

rst. Peking

Unter dem Titel „Studien über ideologische und politische Arbeit" erscheint in Peking eine neue politische Zeitschrift, die für Arbeiter bestimmt ist. In der ersten Nummer wurden zahlreiche Beiträge führender Politiker der Volksrepublik, darunter Deng Xiaoping, veröffentlicht, die sich mit der ideologischen Arbeit unter „neuen Bedingungen" beschäftigen. Die Zeitschrift wird vom „Chinesischen Institut für das Studium der ideologischen und politischen Arbeit unter den Angestellten und Arbeitern" herausgegeben.

Chinesisch-japanische Koproduktion ausgezeichnet

AFP, Montreal

Die 1982 gedrehte chinesisch-japanische Koproduktion „The Go Masters" von Junya Sato und Duan Jishun ist beim internationalen Filmfestival von Montreal mit dem Grand Prix ausgezeichnet worden. Der Sonderpreis der Jury ging an André Delvaux für den belgisch-französischen Streifen „Benvenuta". Den Preis für die beste männliche Hauptrolle teilen sich Gerard Depardieu und Wojciech Pszoniak für ihre Darstellung in Andrzej Wajdas „Danton". Zum populärsten Film des Festivals wurden Sauras „Carmen" und die in Botswana produzierte Komödie „The Gods must be crazy" von Jamie Uys gewählt.

Herbstliche Musiktage mit Kontrabaß

DW. Iserlohn

Zum achten Mal veranstaltet die Stadt Iserlohn in diesem Herbst Internationale Musiktage mit dem Schwerpunkt auf instrumentalen Meisterkursen. Gastdozent ist diesmal (7. bis 16. Oktober) der Kontrabassist Ludwig Streicher; einen Orchesterkurs leitet Franz Weilnhammer.

José Bergamin †

dpa, Madrid

Der spanische Schriftsteller José Bergamin Gutierrez, neben Federico Garcia Lorca, Rafael Alberti und Vicente Aleixandre eines der herausragenden Mitglieder der Literatur-„Generation von 27", ist im Alter von 87 Jahren in San Sebastian gestorben. Bergamin, der lange Jahre wegen seiner Antipathie gegen das Franco-Regime im Exil in Uruguay gelebt hat, hinterläßt ein umfangreiches Werk an Gedichten, Essays und Theaterstücken und gründete die in der spanischen Literaturwelt einflußreiche Zeitschrift „Cruz y Raya".

Mit kleiner Verspätung ging Challenger auf Nachtflug

Zum ersten Mal ist eine amerikanische Raumfähre in der Nacht ins Weltall gestartet. An Bord der Raumfähre Challenger, die gestern um 02.32 Ortszeit (8.32 Uhr MEZ) abhob, befand sich erstmals ein schwarzer Astronaut unter den fünf Besatzungsmitgliedern. Der Abflug hatte sich wegen eines Gewitterregens um 17 Minuten verzögert. Der Countdown war zunächst planmäßig gelaufen, wurde aber neun Minuten vor dem Abflug vom Bodenpersonal des Raumfahrtzentrums unterbrochen, weil dichte Gewitterwolken eine eventuelle Notlandung der Raumfähre zu gefährlich gemacht hätten. Wenn alles planmäßig verläuft, wird die Raumfähre am kommenden Montag, ebenfalls nachts, auf der Edwards Airforce Base im US-Bundesstaat Kalifornien landen. Die Raumfähre soll am zweiten Tag ihrer Mission einen indischen Satelliten aussetzen, der eine Reihe von Kommunikations- und Wetterinformationsaufgaben übernehmen soll. Um diesen Satelliten rechtzeitig in seine Umlaufbahn zu bringen, mußte Challenger in der Nacht starten.



Unter der Planierraupe endete die Hoffnung vieler Zigeuner

Darmstädter Experiment zur Integration scheitert an offenbar unüberwindlichen Problemen

H. H. KANNENBERG, **Darmstadt**

Im Sommer 1979 wurde der verstorbene Darmstädter Oberbürgermeister Winfried Sabais auf einem Festival zu Ehren der Sinti feierlich: „An den Grenzen dieser Stadt wird künftig kein Zigeuner zurückgewiesen werden!" Wochen später nahmen drei Großfamilien der Sippe Rom, vom Balkan stammende Zigeuner, das Stadtoberhaupt beim Wort. Mit einem klapprigen Wohnwagen zogen sie in die Stadt ein und baten um Aufenthaltsgenehmigung.

Heute, vier Jahre später, zeigt sich deutlich, daß auch in Darmstadt zwischen verbaler „Vorurteilslosigkeit" und tatsächlicher Integrationspolitik immer noch eine große Lücke klafft. Vor einem verkommenen Hinterhaus in der Arheilger Straße, Unterkunft für 25 Roma, formierten sich vor kurzem in aller Herrgottsfrühe Raupe und Bagger und machten es dem Erdboden gleich. Als die Bewohner gerade im Urlaub waren (ein Sprecher der Stadt:) „Wir dachten sie seien für immer ausgezogen!" „Es versank unter den Trümmern auch der kümmerliche Besitz. Romani Rose, Vorsitzender des „Zentralrates Deutscher Sinti und Roma", befand: „Dies hier ist das Schlimmste, was seit 1945 Zigeunern von Deutschen angetan wurde!"

Fassungslos marschierten die Roma zur Stadtverwaltung. Auf die Frage, warum das Haus abgerissen wurde, bekamen sie die Antwort: „Weil dort Seuchen- und Einsturzgefahr bestand!" Auf den Einwand „Und warum habt Ihr unsere Sachen nicht vorher rausgeholt?" gab es nur ein Achselzucken. Die Frauen und Männer besorgten sich daraufhin Zelte und campierten auf einem verwahrlosten Areal in der Gräfenhäuser Straße, direkt neben einer wilden Müllkippe. Ein Kammerjäger zählte in der Nähe der Zelte 120 Rattenlöcher.

In diese Misere platzte letzte Woche eine Delegation international bekannter Menschenrechtler, um an Ort und Stelle den Rassismus-Vorwürfen nachzugehen. Professor Eugen Kogon, Jude und Autor des Buches „Der SS-Staat", diagnostizierte zwischen Ratten und Müll: „Dies ist zweifellos ein Nachfolgephänomen rassistischer Erscheinungen!" Doch Schuldzuweisungen wollte er sich ersparen: „Hier hilft es nicht weiter, eine Bürgerkriegsfront aufzubauen. Da hilft nur ein Gespräch mit Oberbürgermeister Günther Metzger!" Doch Sozialdemokrat Metzger, tief getroffen vom Rassismusvorwurf, war nicht zu sprechen. In einem Rundfunk-Interview erklärte er lediglich: „Der Abriß des Hauses war rechtlich korrekt!"

Dabei hatte alles verheißungsvoll begonnen. Damals waren die drei Roma-Familien nach ihrer Ankunft aus ihren heruntergekommenen Wohnwagen geholt und in feste Häuser gesetzt worden. Weil sie keine Papiere hatten, erhielten sie „Duldungsgenehmigungen". Die beiden Kirchen sorgten dafür, daß die mittellosen Roma nicht hungern mußten. Für die schulpflichtigen Kinder richtete die Stadt eine Spezialklasse ein. Die Männer erhielten Arbeit beim Gartenamt. Für eine Familie, die sich auf die Herstellung von Töpfen und Kannen aus Kupfer versteht, wurde ein 3000-Mark-Kredit zur Anschaffung einer Maschine bereitgestellt.

Doch die Überzeugung der Behörden, nun könne mit der Integration der Rom-Nomaden nichts mehr schiefgehen, erwies sich als Illusion. Die früheren Wohnwagenbewohner feierten weiter ihre ausgelassenen Feste. Auch andere Vorstellungen von Sauberkeit führten zu Konflikten mit den Nachbarn. Die als Parkpfleger eingesetzten Männer konnten sich an regelmäßige Arbeit nicht gewöhnen.

Die Stadt schaltete im Herbst 1982 auf harten Kurs. Sie sperrte den Männern wegen „Arbeitsunlust" die Sozialhilfe. Die Roma fühlten sich verraten. Ihre Hauptforderung angesichts immer neuer bürokratischer Hemmnisse bei Arbeits- und Wohnraumbeschaffung: „Gebt uns statt der Duldungsgenehmigung reguläre Fremdenpässe." Und Kogon sekundierte letzte Woche in Darmstadt: „Ordentliche Legitimationspapiere sind der erste Schritt zu einer Integration!"

Fremdenpässe hat die Stadt bisher verweigert. Ihr Argument: „Voraussetzung für solche Papiere ist Staatenlosigkeit. Bei den Roma vermuten wir jedoch, daß die meisten jugoslawische Staatsbürgerschaft besitzen und ihre Pässe nur versteckt halten."

Giftalarm für Tausende von Touristen

H. WEISSENBERGER, **Bordeaux**

Nach dem sintflutartigen Regen, der im französischen und spanischen Baskenland wahrscheinlich mehr als 50 Todesopfer forderte, herrscht nun an der französischen Biskaya-Küste Giftalarm. Fässer mit hochgiftigem Natriumzyanid und Äther, die in Spanien ins Meer gespült wurden, driften dutzendweise an die Sandstrände Südwestfrankreichs.

Die gesamte 250 Kilometer lange Küste von der spanischen Grenze bis zur Mündung der Gironde bei Bordeaux wurde von den Behörden für Badende gesperrt. Feuerwehr, Spezialisten des Zivilschutzes und Angehörige des 1. Fallschirmjägerregiments der Marineinfanterie in Schutzanzügen räumen die gefährlichen Giftfässer weg. Befürchtet wird außerdem die radioaktive Verseuchung, nachdem die spanischen Behörden mitgeteilt hätten, daß mehrere Fässer mit stark radioaktiven Kobalt-3-Produkten bei Bilbao ins Meer gespült wurden.

Suchflugzeuge der französischen Marine und sämtliche Schiffe haben Anweisung erhalten, vor der Biskaya-Küste nach verdächtigen Fässern Ausschau zu halten. Am Strand von Cap Breton wurden in unmittelbarer Nähe eines Sanatoriums, in dem sich mehrere hundert Patienten aufhalten, gleich acht Fässer von je 100 Litern mit Gift angespült. Die Fässer tragen die Aufschrift „Sida S.A. Farell Barcelona 4" und einen weißen Totenkopf in schwarzem Feld.

Einheimische und Touristen entlang der Küste wurden gewarnt, sich von allen Behältern mit unbekanntem Inhalt fernzuhalten. (SAD)

An der US-Kürzelsprache sind 2-fel erlaubt

HANS J. STÜCK, **New York**

In den USA, Urheimat des modernen Abkürzungsfimmels, begegnet einem auf Schritt und Tritt Erstaunliches: die zunehmende Reduzierung der Werbe- und schriftlichen Umgangssprache auf griffige, phonetische Kürzel. Von regelrechten Sprachverstößen kann allerdings kaum die Rede sein, denn eine allgemeinverbindliche Autorität wie den Duden gibt's hierzulande nicht.

Da prangern an Häusern und Autos Schilder wie „4 sale", kurz für „for sale". An den Autobahnen sieht man Neontexte wie „bi-lo" oder „U-R here! King's Motel 4-U restaurant". Das heißt aus dem Phonetischen übersetzt „buy low", zu deutsch etwa „Kaufen Sie billig", und „You are here! King's Motel for you restaurant", zu deutsch „Sie sind angekommen! Am King's Motel Restaurant für Sie."

Der Umstand, daß selbst einzelne Buchstaben und Zahlen gängige Homonyme haben – wie „u" für „you", „r" für „are" oder „2" für „too" (auch) und „4" für „for" (für) begünstigt natürlich ganz ungemein den wuchernden Wildwuchs der von Sprachpuristen als „low brow"-Idiom gebrandmarkten Praxis. „Low brow" heißt soviel wie „niedrige Braue", übersetzt etwa „ungebildet". Doch die Kürzelfanatiker schütteln derlei Kritik längst 3-st und 8-los ab und schreiben, wie die Radioindustrie auf ihre Apparate längst „lo" für „low" und „hi" für „high".

Oft treibt die Sprachverkürzung die tollsten Blüten. So war auf einem Schild in Florida zu lesen: „R-U-M-T? Then kum in 4 diner. U will B happy 2." Zu Deutsch etwa: „Sind Sie leer (M-T gleich empty), dann kommen Sie rein zum Diner, und Sie werden auch glücklich sein."

Selbst die städtischen und staatlichen Straßenverkehrsbehörden haben längst die Einprägsamkeit der phonetischen Schreibweise für sich entdeckt und auf Abertausenden von Verkehrsschildern angewandt. So liest man an Fußgängerüberwegen ständig „pedestrian X-ing", was „kreuzende Fußgänger" heißt. All dies sind Abkürzungen, die noch in den braven vierziger oder fünfziger Jahren undenkbar gewesen wären, als ein Schuldschein immerhin schon längst „iou", für „I owe you" (Ich schulde ihnen) hieß und kühne Sprachreformer begannen, „nite" statt „night" und „lite" statt „light" zu schreiben.

Inzwischen hat der Tick so überhandgenommen, daß selbst dann zu Kürzungen gegriffen wird, wenn damit nur zwei Buchstaben gespart werden. So trifft man in Reklame- und Anzeigentexten häufig auf „kwik" für „quick", „bar-B-Q" für „Barbecue" oder sogar „vu" für „view".

Vor der Literatur schrecken die Sprach- und Stilschöpfer allerdings noch zurück – hier befleißigt man sich nach wie vor des „high brow", und auch Zeitungen wie die ehrwürdige „New York Times" beteiligen sich nicht an derart „2-felhaftem" Treiben. (SAD)

Neuer Brief von Emanuela?

AP, **Rom**

Von einem möglichen Lebenszeichen der seit dem 22. Juni verschwundenen 15jährigen Emanuela Orlandi hat am späten Montagabend eine italienische Nachrichtenagentur berichtet. Unter Berufung auf nicht näher bezeichnete Kreise hieß es, dem Anwalt der Familie, Gennaro Egidio, sei am Vormittag ein Brief zugegangen, der mit dem Namen des Mädchens unterzeichnet sei. Darin soll Emanuela mitteilen, daß sie in einer kleinen Zelle gefangengehalten und von ihren Entführern mit „heißen Eisen" gefoltert werde.

Der Anwalt bestätigte später den Erhalt des Briefes, wollte sich zum Inhalt jedoch nicht äußern. Er teilte lediglich mit, daß der Brief zwei mit Schreibmaschine geschriebene Seiten umfasse. Unterzeichnet sei das Schreiben mit „Emanuela". Der Brief sei der Polizei zur Prüfung vorgelegt worden. Aus Polizeikreisen verlautete unterdessen, der erste Eindruck lasse den Schluß zu, daß der Brief nicht authentisch sei.

In mehreren Briefen hatte sich eine Gruppe mit der Bezeichnung „Türkische antichristliche Befreiungsfront" zu der Entführung bekannt und die Freilassung des Papst-Attentäters Mehmet Ali Agca gefordert. Seit dem Verschwinden Emanuelas sind allerdings Hunderte von falschen Anrufen oder Briefen bei der Polizei eingegangen.

Gefahr auf Luxusliner

dpa, **New York**

Der britische Luxusliner „Queen Elizabeth 2" und fast die Hälfte der Passagier-Kreuzfahrtschiffe (27 von 67), die US-Häfen anlaufen, erfüllen nicht die sanitären Bestimmungen der amerikanischen Gesundheitsbehörden. Dies bedeute nicht, so Beamte des US-Gesundheitsministeriums, daß den Passagieren unmittelbar Gefahr drohe, aber die Chancen, auf einem der beanstandeten Luxusliner zu erkranken, seien größer.

3 Kinder verschwunden

dpa, **Heidelberg**

Die drei seit Sonntag spurlos verschwundenen Kinder aus Ludwigshafen sind noch immer nicht aufgetaucht. Der Vater hatte am Montag mit einem geliehenen Auto bei Hockenheim Selbstmord begangen, nachdem er seiner von ihm getrennt lebenden Frau gedroht hatte, sich und die Kinder umzubringen.

Uralte Keimlinge

rtr, **Moskau**

Sowjetischen Wissenschaftlern in der Antarktis ist es nach einem Bericht der Parteizeitung „Prawda" gelungen, im Packeis konservierte 12 000 Jahre alte Mikroorganismen wiederzubeleben. Die Forscher hatten in Eisproben aus einer Tiefe von 400 Metern Pilzkeime gefunden, diese aufgetaut und in einer Nährlösung zum Keimen gebracht.

WETTER: Heiter

Wetterlage: Ein Hochdruckgebiet über Polen bleibt heute noch einmal wetterbestimmend für Deutschland.

Vorhersage für Mittwoch:

Südwesten: Zunächst sonnig und Erwärmung auf 25 bis 28 Grad C. Nachmittags aufkommende stärkere Quellbewölkung mit einzelnen gewittrigen Schauern. Nachts Abkühlung auf 17 bis 13 Grad C. Schwacher bis mäßiger, von Ost auf Süd drehender Wind.

Übriges Bundesgebiet: Nach Auflösung von Frühnebelfeldern sonnig, zeitweise auch leicht bewölkt und niederschlagsfrei. Höchsttemperaturen 24 bis 29 Grad C. Nachts Abkühlung auf 14 bis 9 Grad C.

Weitere Aussichten:

Wolkig mit einzelnen gewittrigen Schauern.

Deutscher Wetterdienst 30. August 1983, nachm.

Stationen: 12 bedeckt, West Stärke 5, 16°C. bedeckt, Nebel, Sprühregen, Regen, Schneefall, Schauer. Gebiete: Regen, Schnee, Nebel, Frostgrenze. H-Hoch-, T-Tiefdruckgebiete. Luftströmung: warm, kalt. Fronten: Warmfront, Kaltfront, Okklusion. Isobaren: Linien gleichen Luftdruckes (1000mb-750mm)

Temperaturen am Dienstag, 13 Uhr:

Berlin	22°	Kairo	30°
Bonn	23°	Kopenh.	20°
Dresden	22°	Las Palmas	24°
Essen	22°	London	17°
Frankfurt	23°	Madrid	24°
Hamburg	22°	Mailand	20°
List/Sylt	16°	Mallorca	28°
München	21°	Moskau	11°
Stuttgart	22°	Nizza	27°
Algier	27°	Oslo	16°
Amsterdam	19°	Paris	20°
Athen	27°	Prag	21°
Barcelona	26°	Rom	25°
Brüssel	18°	Stockholm	19°
Budapest	20°	Tel Aviv	28°
Bukarest	22°	Tunis	28°
Helsinki	18°	Wien	21°
Istanbul	24°	Zürich	21°

***Sonnenaufgang am Donnerstag:** 6.33 Uhr, Untergang: 20.10 Uhr, **Mondaufgang:** 0.15 Uhr, Untergang: 16.18 Uhr.

* in MEZ, zentraler Ort Kassel.

Urteilsspruch im „Jahre neun nach Herstatt"

WERNER KAHL, **Köln**

Ein Tennismatch, bei dem Richter und Angeklagter sich am Netz gegenüberstanden, hätten den größten deutschen Bankenprozeß der Nachkriegszeit beinahe zum Platzen gebracht. In dem Richter und seinem Spielpartner auf der Anklagebank des Herstatt-Prozesses personifizierten die Medien sogleich den „Kölner Klüngel". Ohne Klüngel, so die Kritiker, wären auch die ruinösen Geldspekulationen von Iwan Herstatts Devisenhändlern vor dem Bankzusammenbruch vermutlich gestoppt worden.

Die Schlagzeilen, die den Prozeß um die 1,2-Milliarden-Pleite des Kölner Bankhauses begleiteten, zeigen, welche Odyssee die Justiz in den neun Jahren vor dem heutigen Urteilsspruch hinter sich brachte. Eine erschöpfte Richterbank sah schließlich nur noch das Damoklesschwert der immer näher rückenden Verjährung im Jahre 1984 über sich.

Im Herstatt-Prozeß ist kaum mehr einer, so die „Frankfurter Rundschau" im Sommer 1982, „der ein Urteil sprechen könnte".

„Wettlauf mit der Zeit" meldete die „Zeit" und sorgte sich: „Bleibt die größte Bankpleite ohne strafrechtliche Folgen?"

Der „Stern" setzte schließlich dem bösen Wort vom programmierten Scheitern des Verfahrens eine hausgemachte Prognose auf: „... steht nun auch die Kölner Justiz vor der Pleite".

„Im Jahre neun nach Herstatt", so hatte Staatsanwalt Willems in der vergangenen Woche seine Strafanträge eingeleitet: je zwei Jahre und fünf Monate Gefängnis sowie je 45 000 DM Geldstrafe gegen Graf von der Goltz und Heinz Hedderich. In dem Plädoyer meinte die Anklage gleichwohl, die beiden Bankdirektoren hätten sich nicht, wie es die Devisenhändler taten, selbst bereichern wollen. Durch falsche Ausweisung von Gewinnen in der Bilanz 1973 hätten sie jedoch hohe, schon aufgelaufene Verluste durch Terminspekulationen auf Dollar-Basis vertuscht.

Die Angeklagten verteidigten sich, sie hätten zwar seit Herbst 1973 vor großen Verlusten ihrer Bank gewarnt. Doch seien sie davon ausgegangen, daß diesen Verlusten, die sie anfänglich mit 100 Millionen bewertet hatten, Gewinne gegenüberstehen würden.

Die Verantwortung für das Desaster, das 65 000 Bankkunden ohne Vorwarnung traf, wurde dem damaligen Devisenchefhändler Dany Dattel angelastet. Im Januar 1974 hatte Dattel, so Staatsanwalt Willems, bis zu acht Milliarden Mark bewegt. Eine grenzenlose Maßlosigkeit, wie Willems hervorhob, fast schon das Werk eines Wahnsinnigen. Nur weil alle Banken davon ausgingen, daß der Gerling-Konzern hinter der Herstatt-Bank stehe – Konzernchef Hans Gerling und Iwan Herstatt waren von Kindesbeinen an miteinander vertraut – seien die großen Spekulationen überhaupt möglich gewesen. Mitte 1973 war noch ein als sensationell eingestufter Gewinn von 361 Millionen Mark intern errechnet worden; allen Erwartungen zuwider hatte es schließlich am 23. Januar 1974 zwischendurch noch einmal ein positives Ergebnis von 170 Millionen gegeben. Hätte man zu diesem Zeitpunkt Schluß gemacht, wäre die Bank bis auf weiteres saniert gewesen. Doch das „Roulette" ging weiter – im März 1974 wurden bereits 410 Millionen Mark Verlust bei einem haftenden Eigenkapital von 77 Millionen geschrieben – bis die Bankschalter am 26. Juni 1974 schließen mußten.

Das Verfahren gegen die Bankverantwortlichen demonstrierte die spezifischen Schwierigkeiten der Justiz im Umgang mit der Wirtschaftskriminalität. Die Staatsanwaltschaft sah sich einem papierenen Gebirge ihrer Recherchen gegenüber. 25 000 Blatt EDV-Unterlagen und 25 Bände Aktenmaterial wurden schließlich zusammengetragen.

„Im Herstatt-Prozeß geht es seitdem zu", so der Kölner Strafverteidiger Professor Günter Kohlmann, „wie in der Abschiedssinfonie von Haydn. Einer nach dem anderen tritt von der Bühne ab." Dany Dattel erhielt als erster aus Krankheitsgründen den Einstellungsbescheid der gegen ihn geführten Ermittlungen. Bankchef Herstatt, als Opfer Dattels bezeichnet, wurde nach etwa 50 Verhandlungstagen ebenfalls aus Gesundheitsgründen entlassen. Hans Gerling selbst weigerte sich von der Schweiz aus, als Zeuge auszusagen. Vorführungsbefehl und Beugehaft für den Butler des Konzernchefs zeigten dem Gericht die Grenzen seiner Macht auf. Grund genug für den Vorsitzenden, Gerling charakterliche Schwächen zu attestieren.

ZU GUTER LETZT

Der britische Bergarbeiter-Führer Arthur Scargill hat Premierministerin Margaret Thatcher, die „Eiserne Lady", wegen ihrer Atomrüstung in „Plutonium Blonde" umgetauft.

